

Cynthia Freund-Möller · Johannes Streitberger · Matthias Koch
Marius Miehke · Carolin Lorenz · Marie Mohrmüller
Annika Kleinschmitt · Frederike Wistuba · Jakob Thinius

Wem gehört der Montag?

Montagsdemonstrationen im Herbst 2022 in Thüringen

Bericht über die Befragung
von Demonstrierenden



**FRIEDRICH-SCHILLER-
UNIVERSITÄT
JENA**



KOMREX

Zentrum für Rechtsextremismusforschung,
Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration
Friedrich-Schiller-Universität Jena

Inhalt

1	Einleitung.....	4
2	Warum immer montags? Entstehung und Entwicklung der Montagsdemonstrationen....	6
3	Methodisches Vorgehen und Umsetzung	11
4	Wer demonstriert immer montags? Die Sozialstruktur der Befragten	17
5	Was bewegt die Demonstrierenden? Gründe für die Teilnahme.....	21
6	Die Zukunftssorgen der Montagsdemonstrierenden.....	24
7	Krisennarrative zu kulturellen und individuellen Bedrohungs- und Verlustängsten	29
8	„Verlogenheit der Medien“? Medienvertrauen der Demonstrierenden	33
9	Wie stehen die befragten Demonstrierenden zur Demokratie?	37
10	Wie „rechts“ sind die Befragten?	43
11	Zusammenfassung und Diskussion der Ergebnisse	46
	Abbildungen.....	49
	Tabellen	49
	Abkürzungsverzeichnis.....	49
	Literatur.....	50
	Anhang	54

1 Einleitung

In den letzten Jahren haben Montagsdemonstrationen in Deutschland wieder an Bedeutung gewonnen. Insbesondere in Thüringen sind sie zu einem wöchentlichen und in zahlreichen Städten stattfindenden politischen und gesellschaftlichen Ereignis geworden. In historischer Tradition symbolisieren diese Montagsdemonstrationen ein Aufbegehren gegen politische und gesellschaftliche Entscheidungen und Entwicklungen, die von den Demonstrierenden als ungerecht oder unzumutbar empfunden werden. In der deutsch-deutschen Erinnerung stehen die Montagsdemonstrationen für eine friedliche Bewegung, die für die Freiheit und Demokratie in der DDR kämpfte. Die Demonstrierenden werden als mutige und engagierte Bürger*innen gesehen, die gegen ein autoritäres Regime aufbegehrten, dieses stürzten und den Weg für die deutsche Wiedervereinigung bereiteten.

Dabei konnte jedoch bereits Ende 1989 beobachtet werden, dass die auf den Montagsdemonstrationen geäußerte Regierungskritik aus unterschiedlichen politischen Spektren stammte und sich unter anderem auch durch nationalistische und fremdenfeindliche Kräfte beeinflusst zeigte (Beier 2020). Während das Demonstrieren als verbreitete Form der politischen Partizipation (Reiser et al. 2021, 41f.) für die repräsentative Demokratie von zentraler Bedeutung ist, wohnt solchen Versammlungen nicht automatisch ein demokratieförderndes Potenzial inne (Terwiel/Förster 2018), sondern sie bergen ebenso das Potenzial, die Grundsätze des demokratischen Zusammenlebens wie Gewaltfreiheit, Pluralität und Rechtsstaatlichkeit zu verletzen. Eine präzise Einordnung von Demonstrationsgeschehen und die Unterscheidung zwischen legitimer politischer Meinungsäußerung und antidemokratischen oder menschenrechtsverletzenden Inhalten ist daher unerlässlich, um zu beurteilen, welchen Versammlungen und politischen Einstellungen im demokratischen Rechtsstaat eine Plattform geboten werden sollte. So muss etwa unterschieden werden, ob Kritik an der aktuellen Auslegung und Umsetzung der Verfassung geübt oder die Verfassung selbst in Frage gestellt wird. Von noch größerer Bedeutung ist ein vertieftes Verständnis der Verbreitung und Interpretation politischer Einstellungen auf derartigen Versammlungen, die rechtspopulistische und rechtsextreme Positionen anschlussfähig machen und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt und demokratische Prinzipien gefährden.

Mit Beginn der gesellschaftlich spürbaren Auswirkungen der Corona-Pandemie im Jahr 2020 konnte zunehmend beobachtet werden, dass sich die politische Bedeutung der bisherigen Montagsdemonstrationen veränderte und anschlussfähig für Querfrontbestrebungen, Rechtspopulismus und Verschwörungstheorien wurde. Nach dem Wegfall vieler staatlicher Pandemieschutzmaßnahmen lag die Vermutung nahe, dass die Montagsdemonstrationen gegen die Verordnungen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie nicht weiter stattfinden würden. Dies war nicht der Fall: Die Montagsdemonstrationen setzten sich fort und mit Beginn des Ukrainekrieges wurden der Umgang der Bundesregierung mit dem Ukrainekrieg, die Migrationspolitik gegenüber Geflüchteten aus der Ukraine sowie die Unzufriedenheit mit der Energiepolitik zu neuen Themenschwerpunkten (Fröhlich et al. 2023), auch wenn die Teilnehmendenzahlen etwas zurückgingen und sich auf einen festen Kern zu konzentrieren schienen. Es ist jedoch noch wenig darüber bekannt, wer an den Montagsdemonstrationen teilnimmt und welche Gründe für die Teilnahme ausschlaggebend sind. Was motiviert die Menschen dazu, regelmäßig montags zu demonstrieren? Wofür gehen sie auf die Straße? Welche wirtschaftlichen und sozialen Hintergründe, politischen Einstellungen und Zukunftsorgen zeichnen die Demonstrierenden aus und inwieweit handelt es sich bei den Demonstrierenden um eine einheitliche Gruppe? Welche Auffassungen und Einstellungen zur Demokratie lassen sich feststellen? Und wie groß ist das Vertrauen in demokratische Institutionen und Medien?

Diese Fragen bilden den Ausgangspunkt unserer Befragung von Teilnehmenden von Montagsdemonstrationen in sieben Thüringer Städten im Herbst 2022. Um diesen Fragen explorativ nachzugehen, besuchten wir vom Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration (KomRex) der Friedrich-Schiller-Universität Jena mehrere Montagsdemonstrationen und warben mit Flyern unter den Teilnehmenden für unsere Online-Befragung. In dieser Befragung stellten wir Fragen zur Soziodemografie und Herkunft der Demonstrationsteilnehmenden, zu den Gründen für die Demonstrationsteilnahme, zur Mediennutzung, zu Zukunftssorgen, Krisennarrativen und Einstellungen zur Demokratie und ihren Institutionen in Deutschland. Der vorliegende Bericht gibt nun einen Überblick und eine interdisziplinäre wissenschaftliche Einbettung der Ergebnisse zu den Hintergründen der Demonstrationsteilnehmenden. Im nächsten Kapitel wird ein historischer Überblick über die Entwicklung und gesellschaftliche Bedeutung der Montagsdemonstrationen von den 1980er Jahren bis heute gegeben. Das dritte Kapitel erklärt den methodischen Aufbau der Befragung und berichtet von Beobachtungen auf den Demonstrationen. Ab dem vierten Kapitel werden die Ergebnisse der Befragung dargestellt, wobei zunächst die Stichprobe der befragten Demonstrierenden und ihr soziodemografischer Hintergrund beschrieben werden. Im fünften Kapitel wird ein Überblick über die von den Befragten angegebenen Teilnahmegründe gegeben. Daran anknüpfend stellt das sechste Kapitel die Zukunftssorgen der Befragten dar, vergleicht diese mit den Zukunftssorgen der Befragten in repräsentativen Umfragen der deutschen Allgemeinbevölkerung und geht der Frage nach, inwieweit diese mit dem sozioökonomischen Hintergrund der Teilnehmenden zusammenhängen. Im siebten Kapitel wird die Analyse der Teilnahmegründe und Sorgen vertieft, indem die Zustimmung der Demonstrierenden zu Krisennarrativen dargelegt wird. Das achte Kapitel befasst sich mit der Mediennutzung und dem Vertrauen in die Medien. Die letzten beiden Kapitel geben einen vertieften Einblick in das Verhältnis der Demonstrierenden zu Demokratie. So werden im neunten Kapitel die Unzufriedenheit und das Misstrauen gegenüber der (gegenwärtigen) Demokratie in Deutschland und ihren Institutionen sowie die Einstellungen zur demokratischen Verfasstheit ausgewertet. Abschließend untersucht das zehnte Kapitel die rechte und rechtsextreme Anschlussfähigkeit des Demonstrationsgeschehens.

2 Warum immer montags? Entstehung und Entwicklung der Montagsdemonstrationen

Unsere Umfrage hat unter anderem danach gefragt, wie die Teilnehmenden auf die Montagsdemonstration aufmerksam geworden sind. Hier einige Antworten:

„Allgemein bekannt, dass Montags auf die Straße gegangen wird (bereits in der DDR)“

„Es ist mir ein Bedürfnis, jeden Montag gemeinsam mit Gleichgesinnten gegen das viele Unrecht im Land auf die Straße zu gehen.“

„Ist immer Montags....“

„weil diese jeden Montag statt finden“

Die Antworten legen nahe, dass die Montagsdemonstrationen heute als eine etablierte, wiederkehrende und historisch gewachsene Tradition wahrgenommen werden. Darüber hinaus handelt es sich bei den Montagsdemonstrationen auch um ein soziales Ereignis, bei dem sich Menschen versammeln, um gegen die von ihnen wahrgenommenen Missstände zu protestieren. Die Montagsdemonstrationen in der DDR im Jahr 1989 hatten das Bestreben, das System zu verändern, um eine größere Freiheit und Anerkennung der Menschenrechte zu erreichen. Fällt heute der Begriff Montagsdemonstration, kommen Assoziationen an den Mauerfall auf, aber auch an Menschen, die sich seit den Corona-Demonstrationen als „Die Rote Linie“ bezeichnen. Die Konstante dieser Versammlungen ist der Tag oder vielmehr die Marke „Montagsdemonstration“.

Ein bedeutendes Ereignis, das in der kollektiven Erzählung einer Gruppe als Auslöser für gesellschaftliche oder politische Veränderungen betrachtet wird, wird aus seiner zeitlichen Umgebung herausgelöst und zu einem zentralen Identifikationspunkt, oft auf nationaler Ebene. Diese Ereignisse neigen dazu, übertrieben dargestellt und geglättet zu werden, was zu Mystifizierungen und nostalgischen Verzerrungen führen kann. Durch den Bezug auf die Montagsdemonstrationen von 1989 entsteht ein solcher positiver Erinnerungsort in der Gegenwart. Er soll suggerieren: Die Versammlungen, die unter diesem Namen laufen, repräsentieren den Willen des gesamten Volkes. Der historische Verweis ruft außerdem ein Erfolgsversprechen auf, dass die formulierten Ziele auch umgesetzt werden (Beier 2020).

Die Montagsdemonstrationen 1989 in der DDR fanden ihren Ursprung im politischen Aktivismus aus dem Umfeld der Leipziger Nikolaikirche. Seit 1982 versuchten Laien und Geistliche Reformbewegungen und Friedensgespräche anzuregen. In Kirchen konnten sich diejenigen Menschen organisieren, die unter weniger staatlicher Überwachung friedlich politische Änderungen anstoßen wollten. Ab dem 04.09.1989 kamen verschiedene Gruppen aus der Bevölkerung zu einer Montagsdemonstration zusammen. Aufgrund des gewalttätigen Vorgehens der Sicherheitskräfte bei den Demonstrationen eine Woche später, bekamen die Versammlungen immer mehr Zulauf (Bundeszentrale für politische Bildung 2019). Die Leipziger Montagsdemonstrationen können aus heutiger Sicht als eine „politischen Institution“ (Opp et al. 1993, 44) bezeichnet werden, die sich über längere Zeit etablierte und ein Ausdruck der Solidarität verschiedener Akteur*innen wurde. Die Abfolge der Friedensgebete, die ab 1982 in der Leipziger Nikolaikirche stattfanden, ritualisierte sich: Um 17 Uhr wurde das Friedensgebet gesprochen und im Anschluss, um 18 Uhr, versammelten sich die Teilnehmenden auf dem Platz vor der Oper, um dann weiter in Richtung Neues Rathaus zu ziehen. Das Muster setzte sich fest, sodass es keiner zentralen Figur mehr bedurfte, die Ort und Zeit festlegte – dies war zu einer Art Automatismus geworden (ebd., 44ff.).

Die Montagsdemonstrationen des Jahres 1989 durchliefen drei Phasen: Die **erste Phase** begann am 09.10.1989, als die Menschen mit der Losung „Wir sind das Volk“ als Souveränen den öffentlichen Raum besetzten und als Demokratiebewegung auftraten. Am Montag, den 06.11.1989, gingen DDR-weit 900.000 Menschen auf die Straße und bis heute verbindet viele ehemalige Bürger*innen der DDR die Erinnerung, an den Montagsdemonstrationen teilgenommen und damit aktiv Veränderungen herbeigeführt zu haben. Die **zweite Phase** setzte mit dem Fall der Mauer am 09.11.1989 ein, als die Losung „Wir sind ein Volk“ die Einheitsbewegung prägte. Die nationale Frage wurde gestellt. Mangels historischer deutscher Vorbilder löste diese Frage heftige Debatten aus und eröffnete einen weiten Deutungsraum. Dieser Raum wurde dann teilweise durch rechtsextreme Gruppierungen gefüllt. Bereits in dieser Phase wurden die Demonstrationen von Neonazis unterwandert und für ihre Zwecke instrumentalisiert. In der **dritten Phase** ab Januar 1990 galt die Losung „Schwarz-Rot-Gold: Wir sind das Volk“, wobei der zentrale Bezugspunkt auf eine gemeinsame deutsche Sprache und Kultur gefährlich nah am Völkischen entlang gedacht wurde und all jene ausgrenzte, die nicht zum „deutschen Volk“ gehörten (Beier 2020). Die Demonstrationen wurden nach den freien Volkskammerwahlen am 18.03.1990 in der DDR vorübergehend für beendet erklärt (Bundeszentrale für politische Bildung 2019).

Für das Demonstrationsgeschehen von September 1989 bis März 1990 liegt keine vollständige Übersicht zu den Teilnehmendenzahlen der gesamten DDR vor, da ein Großteil der Versammlungen nicht angemeldet war. Von Leipzig aus verbreiteten sich die montäglichen Demonstrationen und es entstand ein regelrechter Wettbewerb, welche Teilnehmendenzahlen diesmal erreicht werden und welche Städte dazustoßen würden. Diese „politischen Massendemonstrationen“ (Opp et al. 1993, 41) waren medial wirksam, weil sie immer größer wurden. Die Forderungen waren dynamisch: So wurde nach jeder erfüllten Forderung eine neue gestellt, was letztlich zu dem Rücktritt von Egon Krenz im Dezember 1989 führte und den Sieg der „gewaltlosen Revolution“ suggerierte (ebd., 40f.). Die Montagsdemonstrationen zeichneten sich durch die Vielfalt der Teilnehmer aus: Von Arbeiter*innen über Funktionär*innen hin zu Mitgliedern der Staatsgewalt waren alle vertreten, was zum einen die Gefahr eines Bürgerkrieges minderte und zum anderen die Oppositionsgruppe zum Staat größer als die Staatsmacht selbst machte. Eine weitere Besonderheit war, dass es in der DDR keine gewachsene Protestkultur gab und sich die Opposition spontan organisierte, im Gegensatz zu oppositionellen Bewegungen in der BRD, die eine lange Tradition des politischen Protests kannte und über entsprechende Strukturen verfügte (ebd., 52f.).

Fortsetzung nach 1990

Die Montagsdemonstrationen setzten sich in Ostdeutschland auch nach 1990 fort: So wurde im Frühjahr 1991 gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau demonstriert, von Januar bis April 2003 gegen den 3. Golfkrieg im Irak und im Sommer 2004 gingen die „Hartz-IV-Demos“ gegen die *Agenda 2010* unter dem Motto „Wir hier unten und die da oben“ auf die Straße (Beier 2020).

Im Jahr 2014 rief die Initiative Pegida („Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“) in Dresden zu „Montagsspaziergängen“ gegen das diffuse Thema „Islamisierung“ bzw. vermeintliche „Glaubenskriege“ auf europäischem Boden auf. Was mit 350 Teilnehmenden begann, erreichte am 12.01.2015 mit 25.000 Teilnehmenden in Dresden seinen Höhepunkt. In Thüringen fanden ebenfalls montags Demonstrationen unter dem von rechts-extremen Personen organisierten Ableger *Sügida* und später *Thügida* statt (vgl. Best et al. 2018, 116ff.). Eine häufig bediente Parole auf den Demonstrationen lautete „Wir sind das Volk“. Dies war eine Rückbezug auf die Demonstrationen 1989 und eine Botschaft der Ge-

genwart, all jene auszuschließen, die nicht zur Gruppe der weißen, christlichen, heterosexuellen Mitteleuropäer dazugehören (Pfahl-Traugber 2015).

In Chemnitz ereignete sich 2018 eine weitere politisch-ideologisch geprägte Montagsdemonstration. Diese fand statt, nachdem drei Männer mit Migrationshintergrund wegen eines tödlichen Messerangriffs auf einen 35-jährigen Chemnitzer festgenommen wurden. Am Montag, dem 27.08.2018, versammelten sich rechtsextreme Gruppen in der Nähe des Karl Marx-Denkmal und griffen sowohl Demonstrierende als auch Polizeikräfte an (Brandau 2018).

Die Auswirkungen dieser Demonstrationen sind nicht zu unterschätzen, da sie neue bzw. radikalere Einstellungen und Haltungen anschlussfähig machen: Nach den „Hartz-IV-Demonstrationen“ musste die SPD empfindliche Verluste hinnehmen, die Linke erhielt ebenso Auftrieb wie die NPD. Die Pegida-Bewegung machte die AfD mit ihrem offen völkischen, rassistischen und antisemitischen Denken massentauglich (Beier 2020). Zu einem veränderten Demokratieverständnis führten auch die so genannten Corona-Demonstrationen, bei denen gegen die Schutzmaßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie demonstriert wurde (siehe hierzu auch Reiser et al. 2021). Die Veränderungen waren nicht ausschließlich auf die Proteste zurückzuführen. Es ist jedoch von Bedeutung zu verstehen, dass die Versammlungen auch dazu genutzt wurden, um untereinander Informationen auszutauschen und gezielt auf diejenigen Demonstrierenden zuzugehen, die noch nicht die Meinungen der reaktionären, konservativen und rechtsextremen Akteure teilen. Ein Beispiel dafür, wie solche Demonstrationen abwertende Sprache und Einstellungen wieder gesellschaftsfähig machen, ist die Wiedereinführung des Begriffs „Lügenpresse“, der eigentlich dem Antisemitismus des 19. Jahrhunderts entspringt (Beier 2020).

Bedeutung der Montagsdemonstrationen seit Frühjahr 2020

Nach dem Abebben der Welle der „Montagsspaziergänge“ im Zuge der Pegida-Bewegung hat auch der Montag seine Bedeutung als normaler Wochentag zurückgewonnen. Eine Wiederbelebung bzw. Instrumentalisierung des Montagabends durch die extreme Rechte erfolgte mit dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie und den damit verbundenen Schutzmaßnahmen ab Frühjahr 2020. Diese Demonstrationen wurden in Thüringen teils von Anfang an, teils nach ihrer Entstehung von rechten Strukturen unterstützt und organisiert (Rechercheportal Jena-SHK 2023). Ein Beispiel sind die Montagsdemonstrationen in Hermsdorf. Die Organisator*innen wurden von bekannten Rechtsextremist*innen unterstützt, die nachweislich Verbindungen zu den *Patrioten Ostthüringen* und Personen aus dem Reichsbürger*innen-Milieu wie beispielsweise Heinrich XIII. Prinz Reuß pflegten (Wierzioch/Kendzia 2022). Generell war zu beobachten, dass bei den Montagsveranstaltungen in Thüringen neben Einzelpersonen aus dem rechtsextremen Milieu von Beginn an auch Vertreter*innen der Parteien *dieBasis*, der AfD, von „Der III. Weg“, der *Neuen Stärke Partei*, Freies Sachsen und Freies Thüringen aktiv waren (Wudy et al. 2022).

Der Beginn des Krieges in der Ukraine im Februar 2022 brachte eine inhaltliche Erweiterung der Montagsdemonstrationen mit sich. Neben pro-russischen, anti-amerikanischen und Anti-EU Narrativen kamen mit der sog. Energiekrise im Herbst 2022 die Kritik an gestiegenen Energiekosten und der Energiepolitik der Bundesregierung hinzu. Durch die Aufnahme und Versorgung von Geflüchteten aus den neuen Kriegsgebieten wuchs zudem die Angst vor sozialer Benachteiligung. Darüber hinaus steht wie bei früheren Protestbewegungen (z.B. Corona-Demonstrationen oder *Pegida*) immer wieder die Sorge um die eigenen Kinder und deren Zukunft im Vordergrund. Mitte 2022 wuchsen die Befürchtungen, dass sich unter dem Stichwort „Heißer Herbst“ eine Querfront zwischen Linken und Rechten bilden könnte. Vieler-

orts wurde befürchtet, dass das Demonstrationsgeschehen im Herbst 2022 ein hohes Gewalt- und Konfliktpotenzial hervorbringen könnte. Insgesamt verlief der „heiße Herbst“ nicht so konfliktreich wie erwartet – die befürchteten bürgerkriegsähnlichen Zustände blieben aus. Was blieb, war der harte Kern der Montagsdemonstrationen, die von Rechten und Rechtsextremen durchsetzt waren. Die Mobilisierungsthemen (gegen Infektionsschutzmaßnahmen, gegen Inflation, gegen Migration) sind dabei abhängig von den Themen, von denen sich die AfD und Gruppierungen wie die Freien Sachsen den größten Zulauf versprechen und die aktuell am anschlussfähigsten sind (Böckmann/Grothe 2022).

Wem gehört der Montag?

„Ich bin kein Rechtsradikaler, Impfgegner, Verschwörungstheoretiker, Aluhutträger oder Ausländerfeind, nur weil ich anderer Meinung bin als die politisch/mediale konforme Meinung und an den Montagsdemonstrationen teilnehme.“

Äußerungen wie diese zeigen, dass unter den befragten Montagsdemonstrierenden die Angst mitschwang, als „Nazi“ oder „rechts“ stigmatisiert zu werden. Diese Assoziationen kommen nicht von ungefähr, waren es doch immer wieder Demonstrationen in Thüringen, die für zweifelhaftes Aufsehen sorgten: Die Proteste gegen die Bundes- und Landesregierung in Thüringen wurden von Rechtsextremist*innen, Reichsbürger*innen und Selbstverwalter*innen genutzt, um eine größere Öffentlichkeit zu erreichen. Daraus entstand wiederum eine Bewegung, die verschwörungsgläubig und staatsfeindlich war und ist (siehe hierzu auch MOBIT 2021 und MOBIT 2022).

Die Montagsdemonstrationen in Thüringen haben in der bundesdeutschen Berichterstattung seit 2020 immer wieder mediale Aufmerksamkeit erlangt. Dies geschah jedoch nicht, weil die Forderungen nachvollziehbar waren oder die Proteste großen Zulauf hatten, sondern weil die Demonstrationen an sich polarisierten. Die Teilnehmenden zeigten entweder aktiv durch das Tragen von Plakaten und Skandieren von Parolen oder passiv durch ihre Duldung eine beunruhigende Form von Ignoranz, Hass und Antisemitismus. Indem sie die Infektionsschutzmaßnahmen ablehnten, nahmen sie bewusst die Gefährdung ihrer eigenen Gesundheit und die ihrer Mitmenschen in Kauf. In der öffentlichen Wahrnehmung stieß bspw. die Montagsdemonstration am 03.01.2022 in Rudolstadt auf Unverständnis. Diese Versammlung bekam große Aufmerksamkeit, nachdem knapp einen Monat vorher 28 Bewohner*innen eines Pflegeheims in Rudolstadt infolge eines Corona-Ausbruchs starben. Die Bewohner*innen waren zum größten Teil nur teilweise oder gar nicht geimpft – die Entscheidung ging oftmals auf Anraten von Angehörigen zurück. Es wurde der Zusammenhang zwischen der allgemeinen Einstellung einer Stadt und ihren Bewohner*innen und der Teilnahme an solchen Versammlungen hergestellt. Dies führte zu einer neuerlichen Debatte über die demokratische Legitimität von Montagsdemonstrationen als Corona-Demonstrationen. Die Tragödie im Pflegeheim führte zu einer Debatte, wer in der Betreuungsfrage von Corona-Impfentscheidungen von Pflegeheimbewohner*innen die Verantwortung trägt (SZ/ dpa 2021). Es kann empirisch kein direkter Zusammenhang zwischen den beiden Ereignissen nachgewiesen werden.

Der Wegfall der Corona-Schutzmaßnahmen, die einen Hauptgrund der Versammlungsmotivation in den Jahren 2020 und 2021 darstellten, bedeutete keineswegs den Wegfall der Demonstrationen. Vielmehr erfuhren die Mobilisierungsgründe eine Transformation: Was zunächst als Kritik an den Maßnahmen begann, wandelte sich zu einem allgemeinen Protest gegen die Bundesregierung. So beschreibt der Verfassungsschutzbericht 2021 des Bundesinnenministeriums:

„Anschlussfähigkeit an bürgerlich demokratische Kreise bleibt das Ziel von Rechtsextremisten. Dazu instrumentalisieren sie die Proteste gegen die staatlichen Corona Schutzmaßnahmen. Über den gesamten Berichtszeitraum betrachtet waren ihre Bemühungen wenig erfolgreich. Erst mit dem erneut zunehmenden Demonstrationsgeschehen im Spätherbst 2021 erlangten sie in einigen Regionen wahrnehmbaren Einfluss auf das Protestgeschehen.

[Folgeabsatz] Das rechtsextremistische Demonstrationsgeschehen stand dabei hinsichtlich der Mobilisierung auch im Jahr 2021 erheblich unter dem Einfluss der COVID-19-Pandemie und den Auswirkungen der staatlichen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung, die zu einem erheblichen Rückgang des Versammlungsaufkommens im Vergleich zum Vorjahr führten[.]“ (Bundesministerium des Inneren und für Heimat 2021, 48)

Zunächst war die Beteiligung von Rechtsextremisten an den Demonstrationen im Jahr 2021 rückläufig und ihre Bemühungen, Anschluss an regierungskritische Bürger*innen herzustellen, misslungen. Im Spätherbst 2021 kam mit der Debatte um die Impfpflicht eine neue Richtung in das Demonstrationsgeschehen und der Widerstand gegen die staatlichen Schutzmaßnahmen wuchs, was eine Vereinigung von bürgerlichen und rechtsextremistischen Demonstrationsgruppen zur Folge hatte (ebd., 60f.). Das Selbstverständnis als vermeintlich bürgerliche Widerstandsbewegung hielt an und wurde durch die Folgen des Krieges in der Ukraine verstärkt. Im Zusammenhang damit zeigt das rechtsextreme Spektrum eine Neigung zum Glauben an Verschwörungstheorien und Autoritarismus. Es interpretiert den russischen Angriffskrieg als Tarnung für US-amerikanische Interessen in Europa und äußert dies häufig in Form von anti-amerikanischen Ansichten, die oft mit antisemitischen Vorurteilen verbunden sind. Da die Montagsdemonstrationen mitunter rechtsextreme Agitationsthemen anschlussfähig machen, ist davon auszugehen, dass eine weitere Verschärfung der Inflation, steigende Energiekosten sowie Migration neues Potenzial zur Solidarisierung von bürgerlichen und rechtsextremen Versammlungsteilnehmenden darstellen (Rechercheportal Jena-SHK 2023).

3 Methodisches Vorgehen und Umsetzung

Im Fokus unserer Befragung der Teilnehmenden an Montagsdemonstrationen in Thüringen im Herbst 2022 stand die Frage, welche Motivation die Menschen zur Teilnahme an den Montagsdemonstrationen bewegt und ob diese an frühere Formate der Montagsdemonstrationen, wie z.B. die Corona-Demonstrationen, anschließen. Außerdem wollten wir herausfinden, welche Sorgen die Teilnehmenden gegenwärtig und im Hinblick auf ihre Zukunft haben. Welche Krisen erleben sie derzeit? Sind die populären und medialen Annahmen über ihre politische Ausrichtung zutreffend?¹ Zur Beantwortung dieser und weiterer Fragen haben wir einen Online-Fragebogen entwickelt.

Fragebogen

Entworfen wurde ein kurzer Fragebogen, der einen Einblick in die Beweggründe und Einstellungen der Teilnehmenden ermöglicht. Dabei sollte sichergestellt werden, dass vornehmlich Personen den Fragebogen ausfüllen, die auch an den Montagsdemonstrationen teilgenommen haben. Aus diesem Grund wurde auf eine Akquise in Telegram-Gruppen, wie sie beispielsweise in der Studie von Nachtwey et al. (2020) durchgeführt wurde, verzichtet. Fröhlich et al. 2023 befragten in ihrer Studie Demonstrationsteilnehmende vor und während des Demonstrationzuges. Die Bedingungen für ein solches Vorgehen sind allerdings nur schwer im Voraus absehbar und wurden als potenziell problemförmig eingeschätzt (Lautstärke, Aufmerksamkeitsspanne, soziale Erwünschtheit im Antwortverhalten). Daher fiel die Entscheidung schließlich auf die Durchführung einer Online-Befragung, die auf die Teilnahme der Demonstrierenden im Anschluss an die Demonstration ausgelegt wurde. Dazu wurden zu Beginn der Versammlungen Flyer mit einer kurzen Projektbeschreibung und einem Link bzw. QR-Code, der auf die Umfrage verweist, verteilt.

Der Fragebogen bestand aus fünf Abschnitten:

1. Fragen zur Soziodemografie und Herkunft der Demonstrationsteilnehmenden
2. Fragen zu den Gründen der Demonstrationsteilnahme
3. Fragen zur Nutzung von und Einstellung zu Medien
4. Fragen zu verschiedenen Zukunftssorgen und Krisennarrativen
5. Fragen zu Einstellungen zur Demokratie

Im ersten Abschnitt zur Soziodemografie wurden Alter, Geschlecht und Nationalität erfragt. Darüber hinaus wurden Daten zur finanziellen Situation (monatliches Nettogehalt, Anzahl der Personen im Haushalt, Wohnstatus (Miete oder Wohneigentum mit/ohne Kreditabzahlung) und zur subjektiven Wahrnehmung der persönlichen finanziellen Situation erhoben. Ebenso wurde nach der Herkunft der Demonstrationsteilnehmenden (Landkreis des Wohnortes, Anzahl der Menschen am Wohnort) und der Häufigkeit der Teilnahme an Demonstrationen in den letzten zwei Jahren gefragt.

Der zweite Abschnitt des Fragebogens bezog sich auf die thematischen Teilnahmeegründe der Montagsdemonstrierenden („Ich habe an der Veranstaltung teilgenommen, weil ich Kritik

¹ Siehe z.B. folgende Medienartikel:

Litschko, K. (2022, 4. Oktober). Rechtsextreme Montagsdemos: Es brodelt wieder. TAZ Verlags- und Vertriebs GmbH. <https://taz.de/Rechtsextreme-Montagsdemos!/5882340/>; Kühn, T. (2022, 19. Oktober). Das Phänomen der Montagsdemos: Die Rechte und die bürgerliche Mitte. TAZ Verlags- und Vertriebs GmbH. <https://taz.de/Das-Phaenomen-der-Montagsdemos!/5886202/>; Datt, T., Merkel, J. & Pöls, M. (2022, 23. August). Droht Ostdeutschland ein „heißer Herbst“? tagesschau.de. <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/herbst-proteste-103.html>

an folgenden Dingen habe...“). Ausgehend vom damals aktuellen gesellschaftspolitischen Diskurs und den inhaltlichen Schwerpunkten der Montagsdemonstrationen wurden neun Antwortoptionen vorgegeben, die als Teilnahmegründe plausibel erschienen. Diese bezogen sich auf die Politik der Bundesregierung, aber auch auf die Politik der NATO und den russischen Angriff auf die Ukraine. Darüber hinaus konnten die Befragten in einem offenen Antwortfeld weitere Gründe ergänzen.

Der dritte Abschnitt des Fragebogens enthielt Items zur Mediennutzung der Befragten – Wie informieren sie sich über tagesaktuelle Themen und Ereignisse? Wie sind sie auf die Demonstration aufmerksam geworden? – und ihr Vertrauen in die Medien. Einige Items wurden der Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen², einer seit 2015 jährlich stattfindenden repräsentativen Trendbefragung der Johannes-Gutenberg-Universität, entlehnt.

Daran schloss sich im vierten Abschnitt ein Fragenkatalog zu Zukunftssorgen und Krisennarrativen an. Die Aussagen zu den Zukunftssorgen bezogen sich auf die Themenbereiche Wirtschaft, Umwelt und Klima, Krieg und Frieden, sozialer Zusammenhalt, Migration und Digitalisierung. Die darin enthaltenen Fragen wurden in Anlehnung an das Sozio-ökonomische Panel (SOEP)³ formuliert. Diese Befragung durch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung erfasst jährlich die sozioökonomische Situation und Einstellungen von etwa 30.000 Personen. Die Aussagen zu den Krisennarrativen erfragten bestimmte Bedrohungs- und Verlustängste, die sich auf die Nation, Identität und Gemeinschaft, Sicherheit und politische Wirksamkeit bezogen.

Im fünften und letzten Abschnitt wurden die Einstellungen zur Demokratie und das Vertrauen in die Institutionen abgefragt. Einige Items wurden hier zum einen aus dem Thüringen-Monitor⁴, einer jährlich stattfindenden repräsentativen Bevölkerungsbefragung zur politischen Kultur in Thüringen, und zum anderen aus der Studie der Forschungswerkstatt Corona-Proteste⁵ der Universität Wien und der Sigmund Freud PrivatUniversität übernommen. Abschließend wurde eine Frage zur Einschätzung der politischen Selbstwirksamkeit gestellt.

Auswertung

Neben der Möglichkeit einer offenen Texteingabe oder der Auswahl mehrerer Antwortmöglichkeiten wurden – mit Ausnahme der aus dem Thüringen-Monitor übernommenen Items zum Institutionenvertrauen – ausschließlich vierstufige Likert-Skalen ohne neutrale Mittelkategorie (z.B. „teils/teils“) verwendet. Auf die Antwortoption „weiß nicht“ wurde verzichtet. Dadurch wird die Möglichkeit ausweichender bzw. sozial erwünschter Antworten verringert, da sich die Befragten für oder gegen eine Aussage positionieren müssen. Es war jedoch auch möglich, keine Antwort zu geben. Für die Auswertung wurden zustimmende Antworten zur Kategorie „Zustimmung“ und ablehnende Antworten zur Kategorie „Ablehnung“ zusammengefasst (siehe Tab. 1). Nur bei besonderer Aussagekraft wurden die Werte der vier Ant-

² Vgl. Jakobs, Ilka; Schultz, Tanjev; Viehmann, Christina; Quiring, Oliver; Jakob, Nikolaus; Ziegele, Marc; Schemer, Christian (2021): Medienvertrauen in Krisenzeiten: Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen 2020. In: Media-Perspektiven (1), S. 152-162.

³ Vgl. Liebig, Stefan; Goebel, Jan; Grabka, Markus; Schröder, Carsten; Zinn, Sabine; Bartels, Charlotte et al. (2022): Sozio-oekonomisches Panel, Daten der Jahre 1984-2020 (SOEP-Core, v37, EU Edition).

⁴ Vgl. Reiser, Marion; Küppers, Anne; Hebenstreit, Jörg; Salheiser, Axel; Vogel, Lars (2022): Demokratie in der Corona-Pandemie. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2021. Jena: KomRex.

⁵ Vgl. Brunner, Markus; Daniel, Antje; Knasmüller, Florian; Maile, Felix; Schadauer, Andreas; Stern, Verena (2021): Corona-Protest-Report. Narrative - Motive - Einstellungen. Wien: Forschungswerkstatt Corona-Proteste.

wortkategorien einzeln ausgewertet und dargestellt. Die Antwortoption „teilweise“ wurde, sofern vorhanden, als inhaltlich neutral interpretiert (siehe Tab. 2).

Tab. 1: Zuordnung Antwortkategorien des Fragebogens bei vierstufiger Skala

Antwort-Kategorie	stimme gar nicht zu; lehne völlig ab	stimme nicht zu; eher ab	stimme eher/überwiegend zu	stimme voll und ganz zu
Skalenwert	1	2	3	4
inhaltliche Zuordnung	Ablehnung		Zustimmung	

Tab. 2: Zuordnung Antwortkategorien des Fragebogens bei fünfstufiger Antwortskala

Antwort-Kategorie	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	teilweise	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu
Skalenwert	1	2	3	4	5
inhaltliche Zuordnung	Ablehnung		neutral/ weder noch	Zustimmung	

Im vorliegenden Bericht werden die berechneten Werte gerundet angegeben. Im Anhang können die Werte im Detail und aufgeschlüsselt nach den einzelnen Antwortkategorien eingesehen werden. Neben den geschlossenen Fragen wurden ebenfalls die Kommentare der Befragten in den offenen Textfeldern ausgewertet. Die in den nachfolgenden Kapiteln verwendeten Zitate sind wörtlich wiedergegeben. Auf eine Kennzeichnung von Grammatik- und Rechtschreibfehlern wurde aus Gründen der besseren Lesbarkeit verzichtet.

Um Vergleiche mit repräsentativen Erhebungen zu ermöglichen, wurden Items in den Fragebogen aufgenommen, die an das SOEP, den Thüringen-Monitor und die Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen angelehnt sind. Da sich die Zeiträume der jeweiligen Erhebungen unterscheiden und Skalen mitunter angepasst wurden, sind die vorgenommenen Vergleiche in ihrer Aussagekraft jedoch eingeschränkt und sollten daher lediglich als grobe Orientierung verstanden werden. Darüber hinaus zeigte unsere Erhebung Parallelen zu den Daten von Befragungen im Umfeld der Corona-Demonstrationen. Diese wurden daher ebenso bei der Auswertung einbezogen und miteinander verglichen. Eine Studie von Koos (2021) befragte insgesamt 138 Teilnehmende einer Corona-Demonstration in Konstanz an einem Tag im Herbst 2020. Die Personen wurden teils vor Ort befragt, teils zur Online-Teilnahme eingeladen. Bei der zweiten Studie (Nachtwey et al. 2020) handelte es sich um eine von der Abteilung für Soziologie der Universität Basel durchgeführte Online-Befragung mit Akquise in Telegram-Gruppen von Corona-Maßnahmenkritiker*innen und Querdenkenden. Es nahmen 1150 Personen an dieser Befragung teil. Im Rahmen der dritten Studie der Forschungswerkstatt Corona-Proteste der Universität Wien und der Sigmund Freud PrivatUniversität (Brunner et al. 2021) wurden ebenfalls Mitglieder verschiedener Telegram-Gruppen befragt. Dabei konnten 697 Antworten gesammelt werden. Die letzte Studie (Fröhlich et al. 2023) erschien im März 2023 und beschäftigte sich bereits mit den aktuellen Montagsdemonstrationen ab Herbst 2022. Hier wurden Interviews mit 195 Personen in Chemnitz und Gera (davon 72 in Gera) geführt und sowohl qualitativ als auch quantitativ ausgewertet.

Auswahl der Versammlungsorte und Vorgehen vor Ort

Zum Zeitpunkt der Befragung im Herbst 2022 fanden in ganz Thüringen Montagsdemonstrationen statt. In den mittel- und ostthüringischen Städten Erfurt, Weimar, Jena, Saalfeld, Pößneck, Gera und Altenburg verteilten wir Flyer, da hier eine hohe Teilnehmendenzahl gegeben bzw. zu erwarten war. Insgesamt schwankte die Zahl der Teilnehmenden in den von uns besuchten Städten unseren eigenen Schätzungen zufolge zwischen etwa 75 und 600. In Tab. 3 können außerdem die vom Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales (TMIK) angegebenen Teilnehmendenzahlen eingesehen werden und ob die Versammlung zuvor bei der Versammlungsbehörde angemeldet wurde.

Tab. 3: Zahl der Teilnehmenden bei Montagsdemonstrationen in ausgewählten Städten

Datum	Stadt	Anmeldung (lt. TMIK)	Teilnehmendenzahl	
			Eigene Schätzungen	TMIK*
14.11.2022	Erfurt	nein	200	450
21.11.2022	Weimar	ja	450	750
21.11.2022	Jena	Angabe fehlt	75	Angabe fehlt
28.11.2022	Pößneck	nein	300	400
05.12.2022	Gera	ja	600	1500 (550)
12.12.2022	Saalfeld	Angabe fehlt	200	Angabe fehlt
19.12.2022	Altenburg	nein	300	1500

* angemeldete/erwartete Teilnehmendenzahl; in Klammern: tatsächliche Teilnehmendenzahl

Quelle: Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales 2023

Schlaglichter auf die Entwicklung in einigen Städten

Gera

Ab Mai 2020 mobilisierten in Gera montags Bürger*innen, Esoteriker*innen, Reichsbürger*innen und Neonazis der Patrioten Ostthüringen gegen Corona-Maßnahmen. Die Mobilisierung setzte sich bis in den Sommer 2021 fort. Ab diesem Zeitpunkt gingen die Teilnehmendenzahlen zurück. Im November 2021 erlebten die Demonstrationen einen erneuten Aufschwung, als die Vorweihnachtszeit und Kinder unter dem Deckmantel von „Lampionumzügen“ instrumentalisiert wurden (Recherche Ostthüringen 2022). Nach Angaben des Telegram-Kanals *Freies Thüringen* waren die Montagsdemonstrationen in Gera hinsichtlich der angegebenen Teilnehmendenzahlen die größten im Untersuchungszeitraum (vgl. Freies Thüringen 2022)⁶.

Jena

Die Proteste in Jena gegen die Corona-Maßnahmen fanden ab Mitte 2020 regelmäßig auf dem Holzmarkt statt. Dabei kamen Familien aus dem bürgerlichen Spektrum mit Pandemielegner*innen, Verschwörungsgläubigen und Menschen aus dem rechtsextremen Spektrum, sowie Vertreter*innen der AfD und der Partei dieBasis unter dem Banner „Widerstand 2020“ zusammen (Recherche Ostthüringen 2022). In Jena nahmen im Jahr 2022 montags durchgehend zwischen 50 und 200 Personen an den Versammlungen teil. Unter den Redner*innen und Organisator*innen waren bekannte Mitglieder der AfD, bekennende Reichsbür-

⁶ Aus diversen Posts im Oktober 2022 in den Einträgen zwischen <https://t.me/s/freiesth/6500> und <https://t.me/s/freiesth/7500> ersichtlich.

ger*innen sowie weitere Personen, die dem rechtsextremen Spektrum zuzuordnen sind (Rechercheportal Jena-SHK 2023).

Saalfeld

In den Jahren 2020 und 2021 fanden in Saalfeld regelmäßig Versammlungen statt, bei denen Abstandsregeln und Schutzmaßnahmen missachtet wurden (Recherche Ostthüringen 2022). Im Jahr 2022 und Anfang 2023 waren die Teilnehmendenzahlen in Saalfeld höher als in anderen Orten der Region. An diesen Versammlungen nahmen unter anderem Personen teil, die nachweislich zum Umfeld des sogenannten NSU gehörten und heute Kontakte zu rechtsextremen Netzwerken haben. Zudem trat im Oktober 2022 ein ehemaliger Arzt auf, der antisemitische und geschichtsrevisionistische Verschwörungserzählungen verbreitete (Rechercheportal Jena-SHK 2023).

Vorgehen auf den Demonstrationen

Im Vorfeld der Demonstrationen erfolgte eine Absprache mit der jeweils zuständigen Polizeiinspektion, um Informationen über eine mögliche Gefährdungslage einzuholen und unser Forschungsvorhaben anzukündigen. Vor Beginn des Demonstrationenzuges fand ein kurzes Gespräch mit den örtlichen Polizeikräften statt, die uns teilweise der Versammlungsleitung vorstellten, um die Zustimmung zu unserem Vorhaben einzuholen; diese Interaktion verlief durchweg problemlos.

Mit Beginn des Demonstrationenzuges verteilten Zweier- bzw. Dreier-Teams von KomRex-Mitarbeitenden die Flyer an die Teilnehmenden. Hierbei fand kein gesonderter Selektionsprozess statt, da das primäre Ziel darin bestand, möglichst viele Demonstrierende mit unserem Befragungsaufwurf zu erreichen. Von den insgesamt 893 verteilten Flyern auf sieben Veranstaltungen füllten 89 Personen den Fragebogen vollständig aus. Dies entspricht einer Rücklaufquote von 10 %.

Beobachtungen vor Ort

Während und nach den jeweiligen Demonstrationen wurden Beobachtungsprotokolle über die Demonstrationsbedingungen und Auffälligkeiten der Teilnehmenden wie Kleidung, Symbole, verwendete Fahnen, Aufschriften auf Schildern und Transparenten angefertigt.

Trotz widriger Wetterbedingungen bei einigen Demonstrationen (Weimar, Gera) wiesen diese mit ca. 400 bis 600 Demonstrierenden hohe Teilnehmerzahlen auf. Das Geschlechterverhältnis war nach unseren Beobachtungen bei allen besuchten Montagsdemonstrationen männlich dominiert. Alle Altersgruppen waren vertreten, wobei ein deutlicher Schwerpunkt bei älteren Personen lag.

Auffällig war eine Vielzahl von Fahnen, Schildern und Transparenten, die wir nur zum Teil direkt vor Ort zuordnen konnten. Immer wieder tauchten jedoch Fronttransparente mit der Aufschrift „Hier ist die rote Linie“ und „Für Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung“ auf. Darüber hinaus dominierten antiamerikanische („Ami – Go Home!“), nationalistische („Deutschland zuerst!“) und Corona-leugnende bzw. -verharmlosende Inhalte die Schilder der Demonstrierenden. Häufig waren Fahnen der Gruppierungen Freies Thüringen und Freie Sachsen sowie russische Fahnen zu sehen. In Erfurt wurden umgedrehte Deutschlandfahnen gezeigt, ein Symbol der Reichsbürgerszene. Einige Demonstrierende trugen Armbinden mit der Aufschrift „Wir sind keine Nazis“. Ebenso wurden Fahnen mit der Parole „Wir sind das Volk“ gesichtet – ein Rückbezug zu den Montagsdemonstrationen in der DDR 1989/1990. In Weimar waren

auch kleine Ortschaften mit ihren Fahnen vertreten, was nicht nur als Ausdruck von (Regional-)Patriotismus verstanden werden kann, sondern auch eine Referenz an die ursprünglichen Montagsdemonstrationen darstellt.

Exkurs: Fahnenymbolik auf Montagsdemonstrationen

Die Fahnenymbolik auf den Montags- bzw. Wendedemonstrationen in der DDR 1989 war ein Ausdruck des politischen Widerstands und des Wunsches nach Selbstbestimmung. Am prominentesten waren Fahnen, bei denen das Symbol des Arbeiter- und Bauernstaates in der Mitte herausgeschnitten war oder nur schwarz-rot-goldene Fahnen. Hinzu kamen die Fahnen der Bundesländer wie etwa Sachsen und Thüringen, verschiedener Städte und Regionen sowie die Traditionsfahnen der SPD und von Vereinen, die zu DDR-Zeiten aufgelöst worden waren (Opp et al. 1993, 48).

Die Bürger*innen der DDR waren sich der symbolischen Bedeutung von Fahnen und der politischen Performanz, die sie verkörperten, bewusst: „Der DDR-Bürger war von klein auf an Symbole und Rituale gewöhnt. Die Kommunisten hatten vom Faschismus die Liebe zu Massenaufmärschen, Militärparaden, Fackelzügen, Fahnenappellen, Ehrenbannern, Parteiabzeichen, Weiheveranstaltungen und schwülstigen Massengesängen geerbt.“ (ebd.).

4 Wer demonstriert immer montags? Die Sozialstruktur der Befragten

In unserer Befragung der Teilnehmenden an Montagsdemonstrationen in Thüringen im Herbst 2022 wurden verschiedene soziodemografische Merkmale wie Geschlecht, Alter, höchster formaler Bildungsgrad, Einkommen oder Berufsstand abgefragt. Mit Hilfe dieser Angaben kann genauer beschrieben werden, wer an unserer Befragung und damit an den Demonstrationen teilgenommen hat und wie diese Befragten sozialstrukturell einzuordnen sind. Tab. 5 enthält eine Übersicht zu den wichtigsten soziodemografischen und sozioökonomischen Informationen. Darüber hinaus wurde abgefragt, woher die Befragten kommen und wie sie auf die Demonstration aufmerksam geworden sind.

Beschreibung der wichtigsten soziodemografischen und sozioökonomischen Angaben

An der Befragung nahmen 89 Personen teil, darunter überwiegend ältere Personen und mehr Männer (66 %) als Frauen (32 %). Der Altersdurchschnitt lag bei 55 Jahren. Die Umfrageteilnehmenden waren überwiegend 45 Jahre und älter (85 %). Diese soziodemografischen Angaben decken sich mit unseren Beobachtungen der Teilnehmenden an den Demonstrationen vor Ort (vgl. Kap. 3).

Etwas weniger als die Hälfte der Befragten gab an, einen formal hohen Bildungsabschluss zu haben (Abitur oder akademischer Abschluss; zusammen 47 %). Jeweils etwa ein Viertel der Befragten gab als höchsten Bildungserfolg eine berufliche Qualifikation (27 %) oder einen Realschulabschluss (23 %) an.

Von den Umfrageteilnehmenden lebten mehr im Wohneigentum (57 %) als zur Miete (38 %). Sie waren mehrheitlich entweder berufstätig (64 %) oder in Rente (31 %).

81 % der Befragten haben Angaben zu ihrem monatlichen Nettoeinkommen gemacht. Der Median lag bei 2000 Euro, d.h. die Hälfte der Befragten hatte ein monatliches Nettoeinkommen von 2000 Euro oder weniger.

Insgesamt schätzten drei Viertel der Befragten ihre finanzielle Situation als „gut“ ein. Am häufigsten wurde die Situation als „eher gut“ eingeschätzt (66 %). Niemand schätzte seine finanzielle Situation als „sehr schlecht“ ein.

Auf die Frage, wie oft die Befragten in den letzten zwei Jahren an ähnlichen Veranstaltungen teilgenommen haben, gaben 78 % „mehr als 3 Mal“ und 7 % „1 bis 3 Mal“ an. Der Rest hat in diesem Zeitraum nicht an ähnlichen Veranstaltungen teilgenommen. Daraus lässt sich schließen, dass an der Befragung überwiegend Personen teilnahmen, die regelmäßig montags demonstrieren.

Vergleich mit der Thüringer Bevölkerung

Ein Vergleich dieser Angaben mit denen der Thüringer Bevölkerung ermöglicht eine sozialstrukturelle Einordnung der Befragten. Insgesamt gaben 74 % der Befragten als höchsten Bildungsabschluss das Abitur, einen akademischen Abschluss und eine berufliche Qualifikation an. In der Thüringer Bevölkerung lag dieser Anteil im Jahr 2021 bei rund 85 %. Auffällig ist, dass der Anteil der Personen mit akademischem Abschluss (Fachhochschule, Universität) unter den Befragten mit 40 % deutlich über dem Durchschnitt der Thüringer Bevölkerung liegt (15 % im Jahr 2021, vgl. Thüringer Landesamt für Statistik 2023b). Dies erscheint bei Online-Befragungen wie der vorliegenden nicht ungewöhnlich, wenngleich dieser Anteil in anderen Studien noch höher liegt (vgl. Brunner et al. 2021, 1, 12; Koos 2021, 2f.; Nachtwey et al. 2020, 7, 51).

Lediglich eine Person gab an, derzeit erwerbslos bzw. arbeitssuchend zu sein und zwei Personen gaben an, einer Teilzeitbeschäftigung (weniger als 30 Stunden pro Woche) nachzugehen. Diese Angaben liegen deutlich unter denen in Thüringen: Im Jahr 2022 lag die Arbeitslosenquote in Thüringen im Durchschnitt bei gerundet fünf Prozent. Und im Jahr 2021 arbeiteten in Thüringen rund 13 % weniger als 30 Stunden pro Woche (vgl. Thüringer Landesamt für Statistik 2023a; 2023d).

Im Vergleich zum letzten Thüringer Mikrozensus fällt zudem auf, dass sich relativ viele Personen mit sehr hohem Einkommen (über 3.000 Euro) an der Befragung beteiligt haben. Ihr Anteil war 29 %. Unter den Erwerbstätigen in Thüringen betrug dieser Anteil im Jahr 2021 nur 10 %. Dagegen war die mittlere Einkommensgruppe (1.000 bis 3.000 Euro) in der Befragung mit 36 % im Vergleich zu den Erwerbstätigen in Thüringen (51 %) unterrepräsentiert. Gleichwohl stellten Personen mit mittlerem Einkommen jeweils die größte Gruppe dar (vgl. Tab. 4).

Tab. 4: Vergleich Nettoeinkommen der Umfrageteilnehmenden mit Mikrozensus

monatliches Nettoeinkommen in Euro	Herbstumfrage 2022 (alle Umfrageteilnehmenden, in Prozent)	Mikrozensus Thüringen 2021 (von Erwerbstätigen, in Prozent)
weniger als 1.000	17	14
1.001 bis 2.000 Euro	36	51
2.001 bis 3.000 Euro	18	25
mehr als 3.000	29	10

Eigene Berechnung auf Basis valider Angaben (d.h. ohne „keine Angabe“ o.ä. fehlenden Angaben). Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik 2023c.

Vergleich mit anderen Studien

Im Vergleich zu anderen Online-Befragungen auf Corona-Demonstrationen fällt auf, dass dort der Anteil des weiblichen Geschlechts im Vergleich zu unserer Befragung deutlich höher ausfiel. Bei Nachtwey et al. (2020) und Brunner et al. (2021) waren es über 60 %, bei Koos (2021) waren die Werte ausgeglichen. In deutlichem Kontrast dazu steht die Studie zu den Montagsdemonstrationen in Gera und Chemnitz (Fröhlich et al. 2023), bei der 67 % der Befragten männlich waren. Dies stellt bereits den größten Unterschied dar. In den genannten Studien lag der Altersschwerpunkt der Befragten zwischen 50 und 60 Jahren und damit in einem ähnlichen Bereich wie in unserer Befragung. Auch hatte die Mehrheit der Befragten in den drei Corona-Proteststudien einen formal hohen Bildungsabschluss (siehe oben). Je nach Studie gaben zwischen 30 und 49 % der Befragten an, ein Studium abgeschlossen zu haben. Fröhlich et al. (2023) machen keine Angaben zum Bildungsniveau.

Herkunft der Demonstrierenden

Die Befragten kamen fast ausschließlich aus dem Ort oder der Stadt bzw. dem Landkreis, in dem die Demonstration stattfand. Selten kamen sie aus der näheren Umgebung (z.B. im Fall von Weimar auch aus dem Weimarer Land). Eine auffällige Ausnahme bildete Gera: Ein Drittel der Befragten kam nicht aus Gera, sondern aus bis zu sechs anderen Landkreisen bzw. kreisfreien Städten (die meisten aus Greiz und Jena). Das bedeutet, dass im Fall von Gera offenbar relativ viele Teilnehmende eine längere Anreise (vor allem aus der Planungsregion Ostthüringen) in Kauf genommen haben, um an der Demonstration teilzunehmen.

Auf die Frage, wodurch die Befragten „von der heutigen Veranstaltung erfahren haben“, gaben die meisten „Freunde und Bekannte“ an (48 %). Weitere 19 % wurden hauptsächlich durch Instant-Messaging-Dienste (z.B. WhatsApp, Telegram) oder soziale Medien wie Facebook aufmerksam. Insofern ist davon auszugehen, dass sich die Teilnehmenden primär durch Mundpropaganda rekrutieren. Die Auswertung der offenen Antworten auf diese Frage offenbart einen weiteren möglichen relevanten Grund: Für einige Personen sind weniger externe Faktoren oder aktive Werbung der Grund, warum sie auf die Demonstration aufmerksam geworden sind, sondern vielmehr eine intrinsische Motivation und ein soziales Bedürfnis, an solchen Demonstrationen (auch regelmäßig) teilzunehmen (z.B. *„Es ist mir ein Bedürfnis, jeden Montag gemeinsam mit Gleichgesinnten gegen das viele Unrecht im Land auf die Straße u gehen.“*; *„die Handlungsunfähig der Bürger als quasi Zuschauer.“*).

Zwischenfazit: Die Befragten stellen sozialstrukturell keine Randgruppe dar

An unserer Befragung im Herbst 2022 beteiligten sich überwiegend ältere Personen und mehr Männer als Frauen. Der Anteil der Befragten mit formal höherer Bildung war höher als in der Thüringer Bevölkerung. Die Befragten waren bis auf wenige Ausnahmen erwerbstätig oder im Ruhestand. Sie lebten sozioökonomisch im Vergleich zur Thüringer Bevölkerung in durchschnittlichen und nach Selbsteinschätzung mehrheitlich in „eher guten“ Verhältnissen. Damit stellten sie sozialstrukturell keine Randgruppe, sondern eher den Durchschnitt dar. Zudem nahmen an unserer Befragung überwiegend Personen teil, die regelmäßig montags demonstrieren.

Tab. 5: Übersicht sozialstrukturelle Informationen über Umfrageteilnehmende

N = 89			Abs.			In %*		
Geschlecht			Nettoeinkommen pro Monat in Euro					
männlich	59	66	weniger als 1000	12	14	1000-2000	26	29
weiblich	28	32	2001-3000	13	15	3001-4000	9	10
andere Angabe	2	2	4001-5000	4	5	über 5000	8	9
Alter			Subjektive Selbsteinschätzung der finanziellen Situation					
18-24	2	2	sehr schlecht	0	0	eher schlecht	20	23
25-34	1	1	eher gut	59	66	sehr gut	8	9
35-44	9	10	keine Angabe	2	2	Wohnsituation		
45-59	40	45				zur Miete	34	38
60 Jahre und älter	36	40				Wohneigentum	51	57
keine Angabe	1	1				andere/keine Angabe	4	5
höchster Bildungsabschluss/-erfolg			Herkunft und Ortsgröße					
Grund/Hauptschule	2	2	Landkreis	42	47	kreisfreie Stadt	36	40
Realschule	20	23	andere/keine Angabe	11	12	bis 5.000 Einwohner	29	33
Abitur	6	7				bis 20.000 Einwohner	12	14
Berufsausbildung	24	27				bis 50.000 Einwohner	8	9
(Fach)Hochschule	36	40				über 50.000 Einwohner	34	38
Sonstiges	1	1				keine Angabe	6	7
Berufsstatus								
Vollzeit (mindestens 30h/Woche)	39	44						
Teilzeit (weniger als 30h/Woche)	2	2						
Selbstständig	15	17						
in Rente	27	30						
Ausbildung/Studium	2	2						
andere Angaben**	4	5						

* Aufgrund von Rundungsfehlern kann die jeweilige Summe vereinzelt größer/kleiner als 100% sein.

** Dazu zählen mit jeweils einer Ausprägung: erwerbslos/arbeitssuchend; vermindert/ganz arbeitsunfähig; Sonstiges; keine Angabe.

5 Was bewegt die Demonstrierenden? Gründe für die Teilnahme

Ein Anliegen unserer Befragung war es, herauszufinden, welche politischen Themen Thüringer*innen dazu bewegten, im Herbst 2022 montags regelmäßig auf die Straße zu gehen – auch bei widrigen Wetterbedingungen wie Blitzeis oder Regen. Daher sollten die Meinungen der Demonstrierenden zu möglichst vielen Themen erfasst werden, die im Jahr 2022 kontrovers diskutiert wurden. Auf die Aussage „Ich habe an der Veranstaltung teilgenommen, weil ich Kritik an folgenden Dingen habe“ konnte mit neun vorgegebenen Formulierungen und einer offenen Antwort reagiert werden. Neben der Möglichkeit, die Politik der NATO oder den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine zu benennen, konzentrierten sich die übrigen Antwortmöglichkeiten auf unterschiedliche Dimensionen der Politik der aktuellen Bundesregierung. Die Befragten waren also dazu aufgefordert, die Effektivität des Regierungshandelns und damit den Output des gegenwärtigen politischen Systems in Deutschland zu bewerten.

Die Befragten äußerten umfassende Kritik an der Leistung der Bundesregierung. Im Durchschnitt wurden sieben von zehn vorgegebenen Gründen genannt. Ein spezifisches Thema, das zur Teilnahme an den Demonstrationen bewegt hätte, zeichnete sich nicht ab. Das stärkste Mobilisierungspotenzial wohnte der anhaltenden Kritik an der Corona-Politik und der im Jahr 2022 aufgeflammt Kritik an der Energiepolitik inne (jeweils 94 %). Mit geringem Abstand folgten die Kritik an der Migrationspolitik (88 %), an der Sanktionspolitik gegenüber Russland (86 %) und an der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung (82 %). Von etwas geringerer Bedeutung, aber immer noch von rund drei Vierteln der Befragten genannt, war die Kritik an der Klimapolitik (77 %), an der Gender-Politik (72 %) und an der Politik der NATO (77 %). 26 Befragte (30 %) verwiesen auf andere Gründe, wobei 25 ergänzende Ausführungen machten. Deutlich abgeschlagen war die Kritik am russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, die nur 14 % der Befragten als Grund für ihre Teilnahme an der Demonstration nannten (siehe Tab. 6). Diese thematischen Teilnahmegründe decken sich im Kern in etwa mit denen, die im Rahmen der Interviewstudie von Fröhlich et al. mit einer offenen Frage erhoben wurden (Fröhlich et al. 2023, 11). In unserer Befragung ist die Bandbreite der Kritik jedoch größer und die Zustimmungswerte liegen deutlich höher, da wir die Antworten vorgaben und Mehrfachnennung zuließen.

Tab. 6: Thematischer Grund der Teilnahme (geordnet nach Häufigkeit)

Teilnahmegrund (n = 89)	absolut	Prozent
Energie-Politik der Bundesregierung	83	94
Corona-Politik der Bundesregierung	83	94
Migrationspolitik der Bundesregierung	77	88
Deutsche Sanktionspolitik gegenüber Russland	76	86
Wirtschaftspolitik der Bundesregierung	72	82
Politik der NATO	68	77
Klima-Politik der Bundesregierung	68	77
Gender-Politik der Bundesregierung	63	72
Russlands Angriff auf die Ukraine	12	14
Sonstiges/Anmerkungen	26	30

„Diese Regierung ist unser Untergang“

Das Demonstrieren ist eine weit verbreitete Form der politischen Partizipation (Reiser et al. 2021, 41f.). Als direktdemokratisches Element der politischen Willensbekundung ist es von zentraler Bedeutung für die repräsentative Demokratie. Insofern ist es grundsätzlich legitim und wünschenswert, wenn bei Demonstrationen auch eine kritische Haltung zu aktuellen Fragen und zum Regierungshandeln zum Ausdruck kommt. Allerdings bergen solche Versammlungen nicht automatisch ein demokratieförderndes Potenzial (Terwiel/Förster 2018). Es hängt davon ab, ob die geäußerte Kritik auf dem Boden der Menschenrechte steht und Prinzipien des demokratischen Zusammenlebens wie Gewaltfreiheit, Pluralität und Rechtsstaatlichkeit nicht verletzt werden.

Die inhaltliche Qualität und Form der Kritik der befragten Demonstrierenden lässt sich an den Kommentaren ablesen, mit denen 25 Befragte ihre Teilnahme an den Demonstrationen begründeten. Es offenbarte sich eine massive und grundsätzliche Kritik an der Leistung der Bundesregierung. Was und wie kritisiert wurde, umfasste ein weites Feld: von gesellschaftlich anschlussfähigen Urteilen über populistische Stereotype bis hin zu demokratiefeindlichen Äußerungen und Verschwörungserzählungen.

Mit ihren Kommentaren ergänzten die Befragten die durch den Fragebogen vorgegebenen thematischen Politikfelder der Bundesregierung. Sie äußerten sich kritisch zur Medienpolitik, zur Gesundheits-, Pflege- und Behindertenpolitik, zur Schulpolitik und zur parlamentarischen Debattenkultur. Darüber hinaus untermauerten sie die zuvor durch Ankreuzen geäußerte Kritik mit eigenen Worten. Immer wieder zeigte sich in den Kommentaren, wie sehr die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie die Befragten weiterhin umtrieben. Dabei waren zum Zeitpunkt der Befragung viele dieser Maßnahmen nicht mehr in Kraft. Ein Befragter sah „die Existenz unserer Kinder durch Corona-Maßnahmen bedroht“ und befürchtete weiterhin eine „drohende Impfpflicht“. Diese Sorge um die körperliche Selbstbestimmung wird von zwei weiteren Befragten geteilt. Vier Befragte bekräftigten ihre Ablehnung der aktuellen Einwanderungspolitik, die „ins Chaos“ und zur „Plünderung der Sozialsysteme“ führe. Außerdem sei die Klimakatastrophe eine „immaginäre“ und das Verhalten der Bundesregierung sowie der NATO im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine verfehlt. Ein Befragter gab dem „Westen“ eine Mitschuld am Angriff Russlands auf die Ukraine und warf den „Medien und Politiker[n]“ vor, „Kriegspropaganda“ zu betreiben. Allgemeiner und ohne Schuldzuweisung sprachen sich vier Befragte für Frieden und gegen (deutsche) Waffenlieferungen aus.

Aus vielen frei formulierten Äußerungen spricht eine emotionale Ablehnung der Bundesregierung, die über eine sachliche und differenzierte Kritik an den politischen Verantwortlichen und ihren Entscheidungen in einem bestimmten Themenfeld hinausgeht. Mehrfach wurde Mitgliedern des Bundeskabinetts die Qualifikation für ihr Amt abgesprochen. Die Außenministerin und der Wirtschaftsminister (beide Bündnis 90/Die Grünen) sowie der sozialdemokratische Bundeskanzler wurden persönlich angegriffen. So engagierte sich Ministerin Baerbock mehr dafür, „Länder [...], die Hunderttausende km entfernt sind“, vor einer „immaginäre[n]“ Klimakatastrophe zu retten als für ihr Land. Habeck sei ein „Wirtschaftsminister-Darsteller“, der nicht wisse, was eine Insolvenz sei. Kanzler Scholz interessiere sich nicht dafür, wer für den Anschlag auf die Nord Stream-Pipelines verantwortlich sei. „Wer grün wählt, wählt Untergang“, klang in einer Antwort eine parteipolitische Abneigung durch. Die Minister*innen der FDP wurden indes nicht kritisiert, obwohl diese auch zur Regierungskoalition gehören. Vielmehr motivierte der Rücktritt des kurzzeitigen thüringischen Ministerpräsidenten Kemmerich (FDP), an den Demonstrationen teilzunehmen. Dass sich die Kritik der

Demonstrierenden vor allem auf die Partei Bündnis 90/Die Grünen und ihre Politiker*innen konzentrierte und der Rücktritt Kemmerichs als Anzeichen für undemokratische Zustände gelesen wurde, bestätigt auch die Studie von Fröhlich et al. (2023, 18).

Einige Befragte standen nicht nur der Bundesregierung kritisch gegenüber, sondern scheinen auch das Vertrauen in Politik und Medien insgesamt verloren zu haben, wie ihre Äußerungen nahelegten. Kritik und Vertrauensdefizit vermischten sich in den Äußerungen mit einer populistisch grundierten Ablehnung des gegenwärtigen politischen Systems in Deutschland. Die „staatlich gesteuerte[n] Medien“, die wahlweise auch als „Propaganda“ bezeichnet wurden, würden die Meinungsfreiheit einschränken. Man werde „absichtlich belogen und betrogen“ von einer als korrupt wahrgenommenen Politik, die sich nicht für den „Wähler“ interessiere. Es sei Zeit für Neuwahlen auf Landes- und Bundesebene. Einige Befragte sahen die Bundesrepublik als Ganzes in Gefahr. Zwei Kommentare zeichneten ein Untergangsszenario: Regierungsmitglieder würden ihren Amtseid brechen. Es sei „bereits mehr als 5 vor 12 ... und kaum noch aufzuhalten, wo unser ehemals schönes reiches Land hindriftet“. Politik und Regierung glichen einem sinkenden „Narrenschiiff“, hieß es in einer weiteren Äußerung.

In Deutschland sei ein „NEWfaschismus [...] an der Macht“ – in diesem Kommentar fand die Kritik und Ablehnung des gegenwärtigen politischen Systems ihren Höhepunkt. Die politische Herrschaftsform der Diktatur wird damit verharmlost und mit der gegenwärtigen Demokratie gleichgesetzt. Insgesamt drei Befragte sahen die Bundesrepublik weder als demokratisches noch als souveränes Land an. In ihren Äußerungen schienen Elemente der Reichsbürgerideologie und des modernen Antisemitismus durch: Es gebe keine „klare Gewaltentrennung“ und die Medien seien „durch die Regierung“ gleichgeschaltet. Die „Freiheit und unsere Grundrechte“ würden zunehmend beschnitten. Deutschland müsse unabhängig sein. Dies sei nicht der Fall, da es keinen „Friedensvertrag“ gebe. „Organisationen, Medien“ seien von „Finanzgeber[n] wie bspw. die Bill und Melinda-Gates-Stiftung“ unterwandert. Entsprechend gehe man auf die Straße, um gegen den „Lobbyismus moralloser Politiker und Lakaien“ zu demonstrieren“.

Zwischenfazit: Die Befragten brachten ein breites Spektrum an Kritik auf die Straße

Die Corona-Politik der Bundesregierung und die Energiepolitik waren die zentralen Beweggründe für die Teilnahme an den Demonstrationen. Die Befragten kritisierten die Leistung der Bundesregierung durchschnittlich in sieben verschiedenen Politikfeldern. In den Kommentaren wurde das thematische Spektrum der Kritik noch einmal erweitert und gewann an Schärfe. Dies deutet auf eine breit gefächerte, starke Unzufriedenheit mit dem Regierungshandeln, dem Output des gegenwärtigen politischen Systems, hin. Zudem wurde in den Kommentaren deutlich, dass sich die Kritik der Befragten auf unterschiedlichen Radikalisierungsstufen bewegt: von gesellschaftlich anschlussfähiger und sachlich vorgetragener Kritik über populistische Formulierungen bis hin zu demokratiefeindlichen Äußerungen, die sich aus Verschwörungs- und Reichsbürgernarrativen speisen. Nicht wenige Befragte scheinen nicht nur der Bundesregierung, sondern dem gesamten politischen System misstrauisch bis ablehnend gegenüberzustehen. Dies spiegelt sich auch in den Einstellungen der Befragten zur Demokratie wider (vgl. Kapitel 9).

6 Die Zukunftssorgen der Montagsdemonstrierenden

Eine immer wieder geäußerte Vermutung lautet, dass es sich bei den Montagsdemonstrierenden um wirtschaftlich schlechter gestellte Menschen handelt, die z.B. durch die Corona-Maßnahmen und aktuell durch die Inflation in Folge des Ukraine-Krieges unmittelbar von existenziellen Schwierigkeiten betroffen seien (Fürstenau 2022; Jikhareva 2022). Dies konnte in unserer Befragung nicht bestätigt werden (siehe Kap. 4). Die Auswertung der offenen Antworten zu den Gründen für die Demonstrationsteilnahme ergab jedoch eine deutliche Tendenz zu ausgeprägten Zukunftssorgen. So wurde z.B. mehrfach angemerkt, dass die derzeitige Politik die nachfolgenden Generationen gefährde und „direkt in den Untergang“ führe.

In diesem Kapitel wird daher untersucht, welche Rolle verschiedene Zukunftssorgen für die Montagsdemonstrierenden spielen. Entsprechend werden die Zukunftssorgen der von uns befragten Demonstrierenden ausgewertet und zu einer Vergleichsstichprobe (Sozioökonomisches Panel) in Bezug gesetzt. Ergänzend wird untersucht, ob die Zukunftssorgen der befragten Montagsdemonstrierenden in Zusammenhang mit ihrer jeweiligen individuellen wirtschaftlichen Situation stehen. Dies soll Aufschluss darüber geben, welche unterschiedlichen Sorgen- und Motivationsstrukturen die Demonstrierenden auf die Straße führen. Insbesondere soll der Frage nachgegangen werden, ob ökonomische und politische Zukunftssorgen vorrangig vulnerable Gruppen betreffen und beispielsweise tatsächlich aus prekären wirtschaftlichen Situationen resultieren oder ob diese eher Bedrohungsnarrativen folgen und in erster Linie Angst vor sozialem Abstieg darstellen. Hierfür wird untersucht, ob sich soziodemografische Einflüsse (Alter, Bildungsabschluss, Berufsstatus, Nettoeinkommen, subjektive finanzielle Situation) auf die einzelnen Sorgenbereiche der befragten Montagsdemonstrierenden auswirken.

Zukunftssorgen im Vergleich

In der vorliegenden Befragung wurden Zukunftssorgen analog zu ausgewählten Items des sozioökonomischen Panels erfasst. Da in unserer Befragung ein einheitliches und damit vom SOEP abweichendes Antwortformat verwendet wurde, ist ein direkter Vergleich nicht ohne weiteres möglich, sondern es werden lediglich die Sorgenschwerpunkte in beiden Gruppen dargestellt und in Bezug zueinander diskutiert.

Eingeleitet wurde der betreffende Fragenblock mit der Frage „Wenn ich an die Zukunft denke, mache ich mir verstärkt Sorgen...“. Den Befragten wurden zehn verschiedene Sorgenbereiche präsentiert, die in engem Zusammenhang mit der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Situation stehen und somit eine zentrale Motivationsgrundlage für die Teilnahme an den Montagsdemonstrationen darstellen könnten. Die Antworten zeigen, dass insbesondere Sorgen um die Zuwanderung nach Deutschland (volle Zustimmung, vZ = 79 %, aufsummierte Zustimmung, aZ = 98 %), den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft (vZ = 76 %, aZ = 97 %), den Frieden in Europa (vZ = 74 %, aZ = 98 %), die eigene Altersvorsorge (vZ = 53 %, aZ = 85 %), und die eigene wirtschaftliche Situation (vZ = 50 %, aZ = 77 %) bei den Befragten einen hohen Stellenwert einnahmen. Wenig Sorgen machen sich die Befragten hingegen über die Folgen des Klimawandels (vZ = 6 %, aZ = 23 %), über Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass in Deutschland (vZ = 6 %, aZ = 34 %) sowie darüber, mit dem technischen Fortschritt und der Digitalisierung nicht mehr Schritt halten zu können (vZ = 3 %, aZ = 22 %) (siehe Abb. 1).

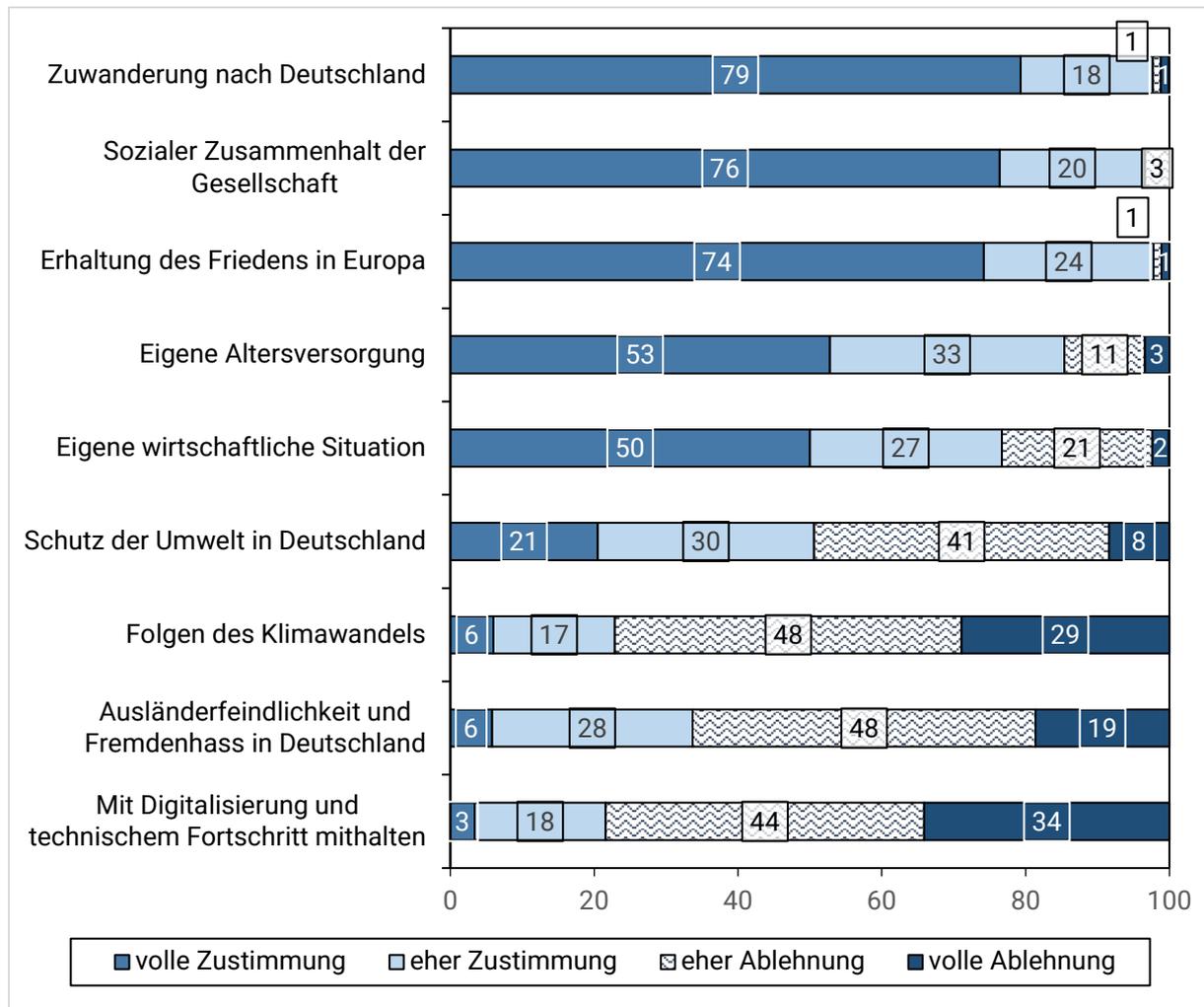


Abb. 1: Zustimmung der befragten Montagsdemonstrierenden zu den verschiedenen Sorgenbereichen (in Prozent)

Im Vergleich zur letzten Erhebung des soziökonomischen Panels aus dem Jahr 2020 zeigen sich deutlich andere Sorgenschwerpunkte. Vor allem der Schutz der Umwelt (36 %) und die Folgen des Klimawandels (40 %) bereiten den Befragten der repräsentativen Vergleichsstichprobe große Sorgen. Während diese beiden Themen von den Befragten des SOEP etwa gleich häufig als Sorgenschwerpunkte genannt wurden, spielte bei den befragten Montagsdemonstrierenden der Schutz der unmittelbaren Umwelt eine größere Rolle als der Schutz des Klimas. Ähnlich wie in der Gruppe der befragten Montagsdemonstrierenden war auch der Frieden in Europa ein Thema, das vielen der Befragten große Sorgen bereitete (38 %) (siehe Abb. 1). Im deutlichen Kontrast zur Gruppe der befragten Montagsdemonstrierenden machte sich nur ein deutlich kleinerer Teil der Befragten des SOEP große Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation (13 %), die Altersvorsorge (19 %), den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft (27 %) und die Zuwanderung nach Deutschland (24 %) (siehe Abb. 1).

Zusammenfassend zeigen sich somit deutliche Unterschiede in den Sorgenschwerpunkten zwischen den befragten Montagsdemonstrierenden unserer Erhebung und der als repräsentativ für die deutsche Gesamtbevölkerung anzunehmenden Stichprobe des soziökonomischen Panels.

Bei der Interpretation ist zu beachten, dass sich die vorliegenden Daten aus dem soziökonomischen Panel auf den Erhebungszeitraum 2020 beziehen, während die befragten Montagsdemonstrierenden im Herbst 2022 befragt wurden. Längsschnittbeobachtungen konnten zeigen, dass Zukunftssorgen stark von aktuellen Entwicklungen abhängen (Bundeszentrale

für politische Bildung 2021, 413ff.; Rohrer et al. 2021), weswegen ein abschließender Vergleich erst mit der Veröffentlichung der Daten aus dem SOEP 2022 möglich sein wird. Entsprechend der aktuellen Entwicklungen ist hier insbesondere eine Zunahme der Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation, den Klimawandel und den Frieden in Europa, möglicherweise auch um die eigene Altersvorsorge, die Zuwanderung nach Deutschland, die Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit sowie die Sicherheit des Arbeitsplatzes zu erwarten.

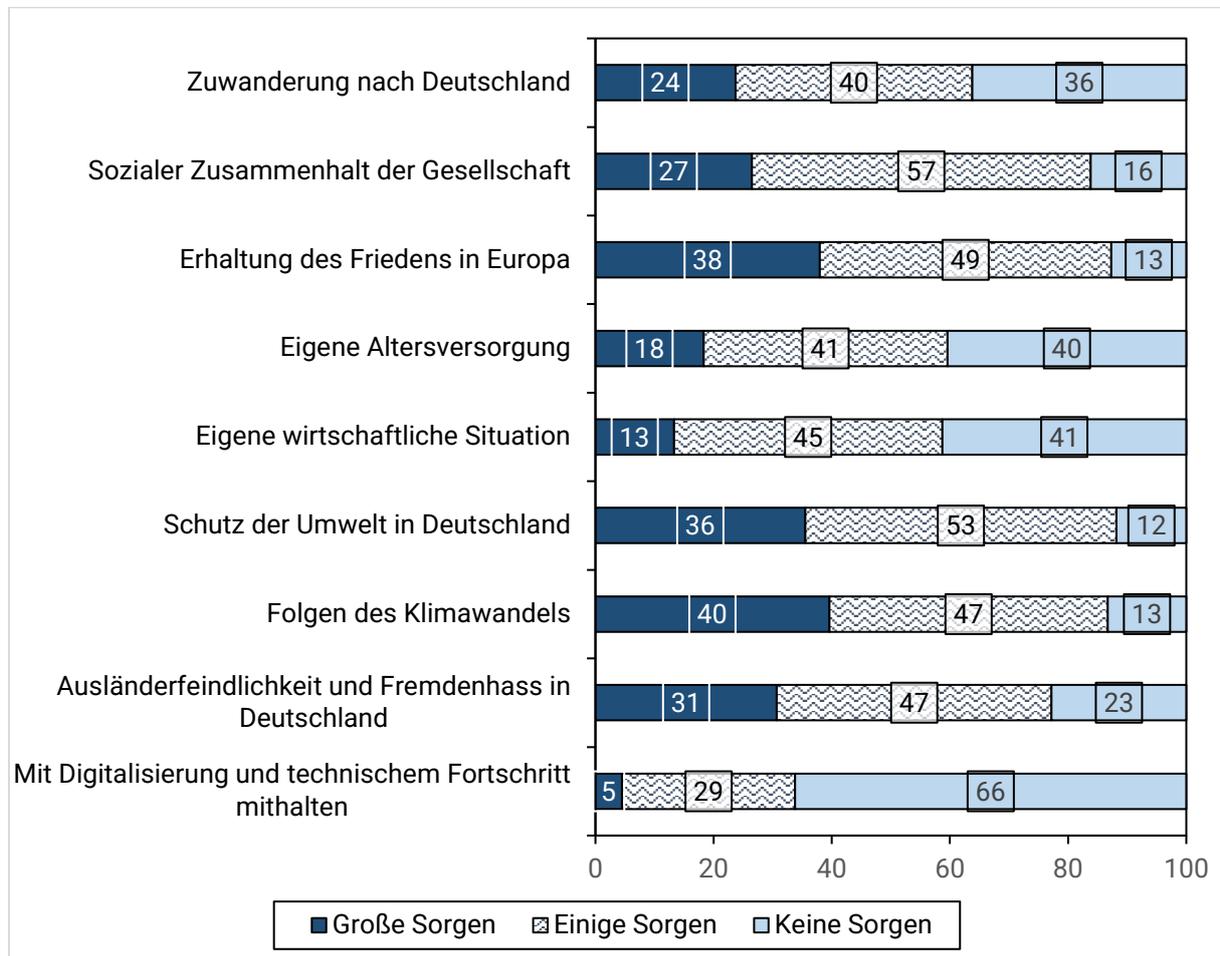


Abb. 2: Sorgen der Befragten des soziökonomischen Panels (SOEP) 2020 (in Prozent)

Unter Berücksichtigung der bisherigen Schwankungen, ist eine Angleichung an das sehr hohe Sorgenniveau der befragten Montagsdemonstrierenden insbesondere in den Bereichen sozialer Zusammenhalt und Zuwanderung nach Deutschland jedoch unwahrscheinlich. Hinsichtlich der Sorgen um die Folgen des Klimawandels ist somit zu erwarten, dass sich die beiden Gruppen noch stärker voneinander entfernen und dieses Thema somit zu einem nächsten Schwerpunkt der Montagsdemonstrationen werden könnte.

Zukunftssorgen: Unabhängig vom sozioökonomischen Status der Befragten

In einem zweiten Schritt wurde der Einfluss soziodemografischer Faktoren (Alter, Bildungsabschluss, Berufsstatus, Nettoeinkommen, subjektive finanzielle Situation) auf die einzelnen Sorgenbereiche der befragten Monatsdemonstrierenden untersucht. Sowohl für die Gesamtskala „Zukunftssorgen“ als auch für jeden Sorgenbereich einzeln wurde eine Regressionsanalyse mit den Variablen Alter, Bildungsabschluss, Berufsstatus, Nettoeinkommen sowie subjektive finanzielle Situation als Prädiktoren gerechnet. Hiermit kann analysiert wer-

den, ob es überzufällig wahrscheinlich ist, dass zwischen den Sorgen der Befragten und den genannten sozioökonomischen Variablen ein Zusammenhang besteht.

Für die Gesamtskala sowie für die meisten Sorgenbereiche ergab sich kein signifikanter Zusammenhang, was darauf hindeutet, dass Zukunftssorgen größtenteils unabhängig von den tatsächlichen wirtschaftlichen Situationen der Befragten auftreten. Signifikante Zusammenhänge zeigten sich für die Sorgenbereiche „Folgen des Klimawandels“, „Zuwanderung nach Deutschland“ und „Ausländer-/Fremdenfeindlichkeit“.

Hinsichtlich des Sorgenbereichs „Folgen des Klimawandels“ ergab die Analyse, dass sowohl der Bildungs- als auch der Berufsstatus einen Einfluss auf das Ausmaß der Besorgnis hatten (korr. $R^2 = .26$; $F(15,50) = 2,523$, $p = .007$). Personen, die sich zum Befragungszeitpunkt in Ausbildung oder Studium befanden, äußerten eine besonders hohe Zustimmung zu diesem Sorgenbereich ($\beta = 2.326$, $p = .011$), während Personen mit dem höchsten Bildungsabschluss „Grund- oder Hauptschulabschluss“ sich besonders wenig besorgt zeigten ($\beta = -2.718$, $p = .014$).

Ein ähnliches Bild ergibt sich hinsichtlich der Einflüsse auf den Sorgenbereich „Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit“ (korr. $R^2 = .163$; $F(15,53) = 1,886$, $p = .046$). Personen, mit dem höchsten Bildungsabschluss „Grund- oder Hauptschulabschluss“ ($\beta = -3.373$, $p = 0.006$) sowie Personen, die angaben, in Teilzeit (<30 h/Woche) beschäftigt zu sein ($\beta = -1.636$, $p = .043$), wiesen eher geringe Sorgenwerte auf. Personen, die ihre eigene finanzielle Situation als „eher gut“ einschätzten ($\beta = .490$, $p = .014$), zeigten hingegen unabhängig von ihrem tatsächlichen Nettoeinkommen eher hohe Sorgenwerte. Konträr zu diesen beiden Sorgenbereichen stellen sich die Einflüsse auf die Sorgen bezüglich der Zuwanderung nach Deutschland dar (korr. $R^2 = .411$; $F(15,53) = 4,245$, $p < .001$). Hier zeigten sich Personen mit dem höchsten Bildungsabschluss „Grund- oder Hauptschule“ besonders besorgt ($\beta = 3.031$, $p < .001$). Weniger besorgt zeigten sich Personen, die sich zum Zeitpunkt der Befragung in Ausbildung oder Studium befanden ($\beta = -3.118$, $p < .001$), Personen mit einem höheren Nettogehalt ($\beta = .000$, $p = .02$) sowie Personen, die ihr Gehalt nicht angaben ($\beta = -.957$, $p = .035$).

Insgesamt zeigt sich, dass der sozioökonomische Hintergrund innerhalb der Gruppe der Befragten kaum einen Einfluss auf Art und Ausmaß der Zukunftssorgen hat. Lediglich die Sorgen um die Folgen des Klimawandels, die Zuwanderung nach Deutschland sowie Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit zeigten sich teilweise abhängig von sozioökonomischen Prädiktoren. Die Einflussmuster geben Hinweise darauf, dass diese Sorgen bildungsabhängig sind. Hinsichtlich der Sorgen um die Zuwanderung sowie Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit ist zudem denkbar, dass diese durch Ängste vor einer möglichen Konkurrenzsituation auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere im geringqualifizierten Bereich begründet sind. Aufgrund der geringen Stichprobengröße sind diese Einflüsse trotz statistischer Signifikanz jedoch nur mit Vorbehalt zu interpretieren und bilden lediglich Tendenzen ab, die in zukünftiger Forschung weiter untersucht werden sollten.

Zwischenfazit: Keine Existenznot, aber Angst vor sozialem Abstieg und dem Untergang Deutschlands

Die Mehrheit der befragten Montagsdemonstrierenden sorgt sich um die Zukunft. Im Vordergrund scheinen dabei Sorgen zu stehen, die sich auf die Zukunft Deutschlands und den nationalen bzw. gesellschaftlichen Zusammenhalt beziehen – insbesondere Sorgen um den Frieden in Europa, die Zuwanderung nach Deutschland sowie den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft. Die Folgen des Klimawandels, Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit sowie der technische Fortschritt und die Digitalisierung bereiten den Befragten hingegen kaum Sor-

gen. Damit unterscheiden sie sich in ihren Sorgenschwerpunkten deutlich von der Stichprobe der deutschen Gesamtbevölkerung (SOEP). Während die Sorgen der Gesamtbevölkerung deutlich gleichmäßiger verteilt sind und sich eher auf globale Themen konzentrieren (z.B. Sorgen um die Folgen des Klimawandels), beziehen sich die Sorgen der von uns befragten Montagsdemonstrierenden eher auf eine wahrgenommene Bedrohung der nationalen Identität (z.B. große Sorge um Zuwanderung vs. geringe Sorge um Ausländerfeindlichkeit) und die unmittelbare eigene wirtschaftliche Situation. Auch nimmt beispielsweise der Umweltschutz einen höheren Stellenwert ein als der Klimaschutz. Der sozioökonomische Hintergrund hat innerhalb der Gruppe der Befragten kaum Einfluss auf Art und Ausmaß der Zukunftssorgen. Dies ist insbesondere für die Zukunftssorgen um die eigene wirtschaftliche Situation und die Altersvorsorge ein interessanter Befund. Er deutet darauf hin, dass die Sorgen der Befragten nicht unmittelbar aus prekären Lebenslagen resultieren, sondern sich vor allem auf einen möglichen zukünftigen sozialen Abstieg, relative Vergleiche und die Bedrohung der nationalen Identität beziehen.

7 Krisennarrative zu kulturellen und individuellen Bedrohungs- und Verlustängsten

Um näher zu ergründen, welche Krisen die befragten Demonstrierenden umtreiben, umfasste unsere Befragung 13 Aussage-Items, die drei verschiedene Krisennarrative und damit unterschiedliche Perspektiven auf wahrgenommene und befürchtete soziale Verluste, Entbehren oder Bedrohungen zum Ausdruck bringen. Konkret wurde hierfür auf einer vierstufigen Skala nach der Zustimmung bzw. Ablehnung von Aussagen zur Bedrohung, Verschlechterung bzw. zum befürchteten Verlust der nationalen Stärke, Identität und Gemeinschaft, der wirtschaftlichen Zukunft, der Sicherheit, des sozialen Zusammenhalts und der politischen Wirksamkeit gefragt. Diese drei Krisennarrative werden von der AfD und ihren Anhängern häufig kommuniziert, instrumentalisiert und reproduziert (vgl. Lindenauer 2022; Brodocz 2018).

Das erste Krisennarrativ betrifft die Angst vor der Bedrohung und dem Verlust nationaler Stärke, Souveränität und Identität. Dies wurde in die folgenden Aussagen übersetzt:

„Mich besorgt der Verlust von Werten und Traditionen, die uns als Deutsche ausmachen.“

„Mich besorgt, dass ich mich in meinem eigenen Land nicht mehr zu Hause fühlen kann, da wir zu unterschiedlich geworden sind (Meinungen, Herkunft, Religion, Werte).“

„Mich besorgt, dass der Staat seiner Verantwortung für (innere und äußere) Sicherheit gegenüber den Bürgern nicht gerecht wird.“

„Mich besorgt, dass Deutschland an Wirtschaftskraft verliert.“

„Mich besorgt, dass Deutschland durch die Mitgliedschaft in der EU an Entscheidungsmacht verloren hat.“

Im zweiten Krisennarrativ wird bemängelt, dass die politische Führung den Willen des Volkes missachtet oder gar unterdrückt und dass der Einfluss des Volkes auf die Politik abgenommen hat. Dies wurde in die folgenden Aussagen übersetzt:

„Mich besorgt, dass Politiker nicht im Interesse des Volkes handeln.“

„Mich besorgt, dass unbequeme Meinungen gesellschaftlich nicht gewünscht sind.“

„Mich besorgt, dass meine politische Beteiligung wenig Auswirkung auf die Politik hat.“

„Mich besorgt, dass ich weniger Möglichkeiten für politische Beteiligung habe.“

Das dritte Krisennarrativ bezieht sich auf die Sorge um die eigene Sicherheit, um die Bedrohung und den Verlust des sozialen Zusammenhalts und die individuelle, sozioökonomische Abstiegsangst. Dies wurde in die folgenden Aussagen übersetzt:

„Ich befürchte, dass ich meinen derzeitigen Lebensstandard nicht halten kann.“

„Mich besorgt, dass ich mich auf den Straßen meiner Stadt zunehmend unsicher fühle.“

„Mich besorgt, dass sich Menschen heutzutage mehr um ihre eigenen Belange als um die der Gemeinschaft kümmern.“

„In der aktuellen Krise sehe ich eine große Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.“

Zwischenfazit: Große Sorge um die politische und gesellschaftliche Zukunft Deutschlands

Allen Aussagen der Krisennarrative stimmte die Mehrheit der Befragten in hohem Maße zu (vgl. Tab. 7 und Abb. 3). Bei drei der 13 Aussagen stimmten alle Befragten zu. Fünf weiteren Krisenaussagen stimmten jeweils mehr als 90 % der Befragten zu. Die restlichen fünf Krisenaussagen erhielten in Summe jeweils mehr als drei Viertel Zustimmung.

Die mit Abstand höchste *volle* Zustimmung erhielten die zwei Aussagen des zweiten Krisennarrativs, demzufolge Politiker nicht im Interesse des Volkes handelten (93 %) und unbequeme Meinungen gesellschaftlich nicht erwünscht seien (91 %).

Im Durchschnitt erreichten alle drei Krisennarrative sehr hohe Zustimmungswerte (zwischen 89 und 94 %). Hinsichtlich des Durchschnittswertes für *volle* Zustimmung unterscheiden sie sich etwas: Den Aussagen des ersten und zweiten Krisennarrativs wurde häufiger voll zugestimmt als den Aussagen des dritten Krisennarrativs (67 und 69 % volle Zustimmung im Durchschnitt im Vergleich zu 47 %). Damit stellen die ersten beiden Krisennarrative und deren Aussagen zentrale Befürchtungen bzw. Ängste der Umfrageteilnehmenden dar: Sie sind hochgradig besorgt darum, dass die politisch Verantwortlichen die Meinung der Befragten und den Willen des Volkes ignorieren (Krisennarrativ 2) und dass die nationale Stärke, Souveränität und Identität bedroht ist bzw. verloren geht (Krisennarrativ 1). Im Vergleich dazu sind die Sorgen um die Bedrohung der eigenen Sicherheit, des Zusammenhalts und des eigenen Lebensstandards bei den Befragten weniger stark ausgeprägt, wenngleich auch sie mehrheitlich vorhanden sind.

Zusammenfassend zeigen die Zustimmungswerte zu den Krisennarrativen und den einzelnen Aussagen, dass sich die Befragten mehr Sorgen um die Bedrohung und den Verlust ihrer politischen Wirksamkeit sowie um die Stärke der deutschen Nation machen als um ihren eigenen sozioökonomischen Status und ihre eigene Sicherheit.

Tab. 7: Übersicht Zustimmungswerte zu Krisennarrativen (Angaben in Prozent)

Krisennarrativ und dazugehörige Aussagen (geordnet von höchster zu niedrigster Durchschnittszustimmung)	Zustimmungswert	
	insg.	nur vZ*
Krisennarrativ 1: Bedrohung und Verlust nationaler Stärke, Souveränität und Identität	ø 93	ø 67
„Mich besorgt, dass Deutschland an Wirtschaftskraft verliert.“	100	77
„Mich besorgt, dass der Staat seiner Verantwortung für (innere und äußere) Sicherheit gegenüber den Bürgern nicht gerecht wird.“	96	78
„Mich besorgt der Verlust von Werten und Traditionen, die uns als Deutsche ausmachen.“	94	71
„Mich besorgt, dass Deutschland durch die Mitgliedschaft in der EU an Entscheidungsmacht verloren hat.“	93	57
„Mich besorgt, dass ich mich in meinem eigenen Land nicht mehr zu Hause fühlen kann, da wir zu unterschiedlich geworden sind (Meinungen, Herkunft, Religion, Werte).“	82	52
Krisennarrativ 2: Bedrohung und Verlust der politischen Wirksamkeit des Willen des Volkes; Ignoranz des Volkswillens	ø 94	ø 69
„Mich besorgt, dass Politiker nicht im Interesse des Volkes handeln.“	100	93
„Mich besorgt, dass unbequeme Meinungen gesellschaftlich nicht gewünscht sind.“	100	91
„Mich besorgt, dass meine politische Beteiligung wenig Auswirkung auf die Politik hat.“	97	57
„Mich besorgt, dass ich weniger Möglichkeiten für politische Beteiligung habe.“	77	35
Krisennarrativ 3: Bedrohung und Verlust der eigenen Sicherheit, des gesellschaftlichen Zusammenhaltes und des Lebensstandard	ø 89	ø 47
„In der aktuellen Krise sehe ich eine große Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.“	98	57
„Ich befürchte, dass ich meinen derzeitigen Lebensstandard nicht halten kann.“	86	47
„Mich besorgt, dass ich mich auf den Straßen meiner Stadt zunehmend unsicher fühle.“	81	42
„Mich besorgt, dass sich Menschen heutzutage mehr um ihre eigenen Belange als um die der Gemeinschaft kümmern.“	79	30

* volle Zustimmung

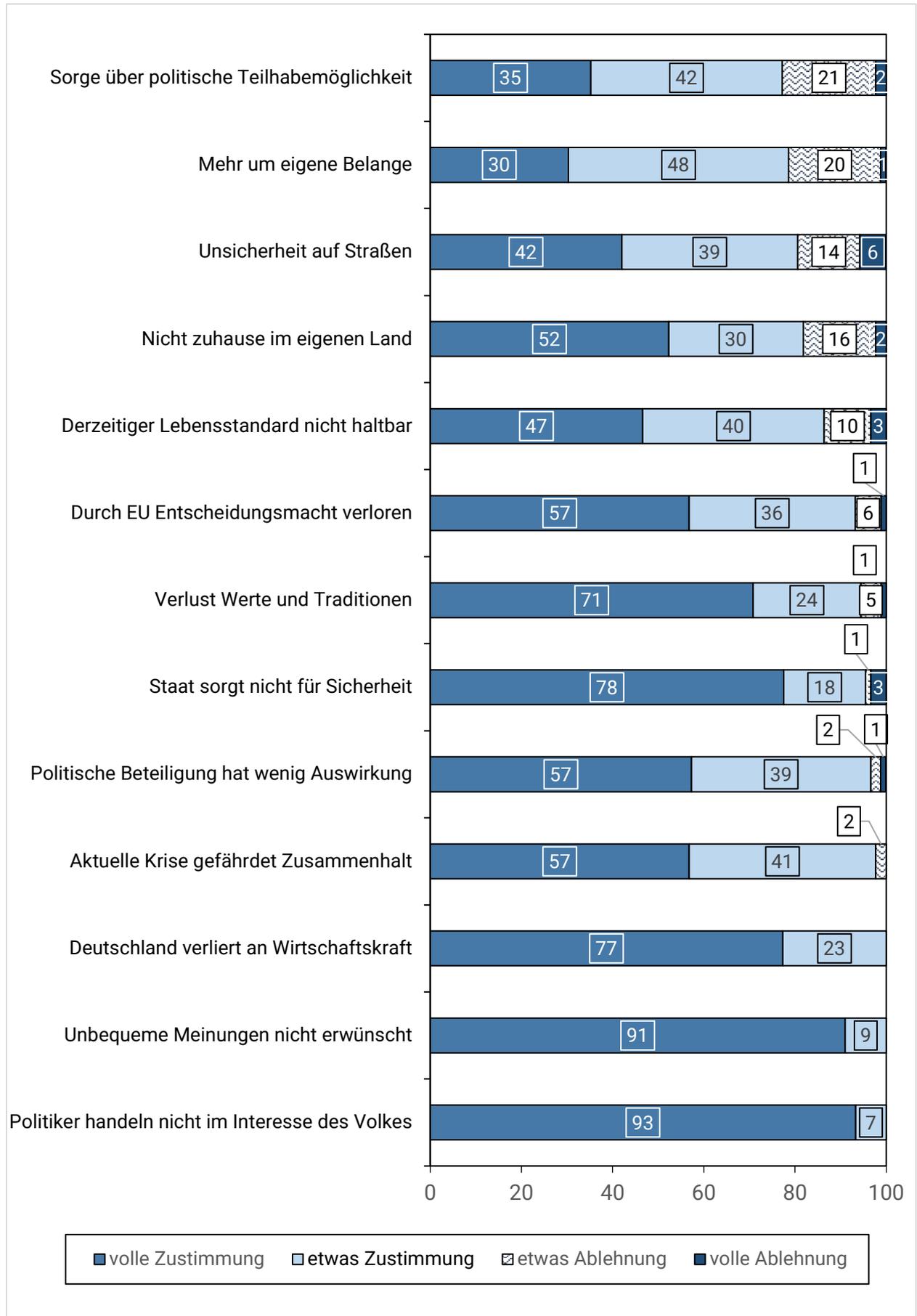


Abb. 3: Antworten zu Krisennarrativen (sortiert nach kumulierter Zustimmung)

8 „Verlogenheit der Medien“? Medienvertrauen der Demonstrierenden

Medien und Meinungsbildung in demokratischen Gesellschaften

In demokratischen Staaten sollen Medien politische Prozesse begleiten und die Bevölkerung zur politischen Partizipation und Meinungsbildung aktivieren. Es gilt, die Bürger*innen so weit zu informieren, dass sie Kommunikations- und Entscheidungsprinzipien grundlegend verstehen sowie Probleme, Konflikte, politische Akteure und deren Argumente überblicken können (Schweiger 2017, 8ff.) Demnach scheinen, aus demokratietheoretischer Perspektive, Informationsangebote etablierter journalistischer Medien für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und einen pluralistischen Diskurs relevant (Schultz et al. 2021, 79). Innerhalb dieses Diskurses ist eine kritische Auseinandersetzung etwa mit Medieninhalten oder journalistischen Praktiken ein wichtiger Bestandteil. Eine ablehnende Haltung gegenüber der Medienberichterstattung steht im Zusammenhang mit einer ablehnenden Haltung gegenüber anderen demokratischen Institutionen und der gegenwärtigen Form der Demokratie (siehe Kapitel 9). Eine pauschal ablehnende Haltung gegenüber den Medien und eine undifferenzierte Medienkritik kann daher als ein weiterer Faktor der Entfremdung von der demokratischen Kultur gesehen werden.

Auswertung der Ergebnisse

Unser Anspruch war es, mit Fragen zum Institutionenvertrauen, zur Medienwahrnehmung sowie zur Mediennutzung ein Bild über die Einstellung der befragten Teilnehmer*innen der Thüringer Montagsdemonstrationen gegenüber den Medien zu erhalten. Um den Bezugsgegenstand einzugrenzen, wurde bei der Erhebung der Vertrauenswerte in öffentlich-rechtliche und private Medien unterschieden. Für beide Medieninstitutionen zeichnet sich eine einstimmige Beurteilung des Vertrauens unter den Befragten ab. Auf die Fragen „Wie sehr vertrauen Sie den öffentlich-rechtlichen Medien“ und „Wie sehr vertrauen Sie den privaten Medien“ antwortete keine der 89 befragten Personen mit „voll“ (siehe Abb. 4). Lediglich 7% vertrauen den privaten Medien „eher“. Das Vertrauen in die öffentlich-rechtlichen Medien ist deutlich geringer ausgeprägt als in die privaten Medien: 97% der Befragten gaben an, den öffentlich-rechtlichen Medien nicht zu vertrauen - bei den privaten Medien waren es 58%. Auch bei der Frage nach der individuellen Mediennutzung zeigt sich eine Abkehr von privaten und öffentlich-rechtlichen Medien (siehe Tab. 8): So werden Instant-Messaging-Dienste (z.B. WhatsApp, Telegram, Facebook-Messenger) (62%) und alternative Nachrichtenseiten (60%) am häufigsten auf die Frage „Was ist Ihre Quelle für tagesaktuelle Themen und Ereignisse?“ genannt. Bei dieser Frage war eine Mehrfachauswahl möglich. Danach folgen „Freunde/Familie/Bekannte/sonstige Privatpersonen“ (56%) als Informationsquelle. An vierter Stelle bei der Rezeption tagesaktueller Themen stehen die öffentlich-rechtlichen Medien (47%). Für die Nutzung öffentlich-rechtlicher Angebote trotz geringen Vertrauens spricht eine mögliche Themenabhängigkeit innerhalb der Mediennutzung. Eine repräsentative Bevölkerungsbefragung aus den Jahren 2017 und 2018 erfasst neben einer anhaltenden generellen Medienskepsis bei einem kleinen Teil der Bevölkerung auch Unterschiede im Vertrauen zwischen verschiedenen Berichterstattungsfeldern, Themen, Sendungen und Journalist*innen (Blöbaum 2018). Demnach ist es sowohl denkbar, dass einzelnen Medienformaten oder Informationsangeboten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ein gewisses Vertrauen entgegengebracht wird, „die Medien“ oder „die öffentlich-rechtlichen Medien“ als generalisiertes Bezugsobjekt aber weniger Zustimmung erhalten.

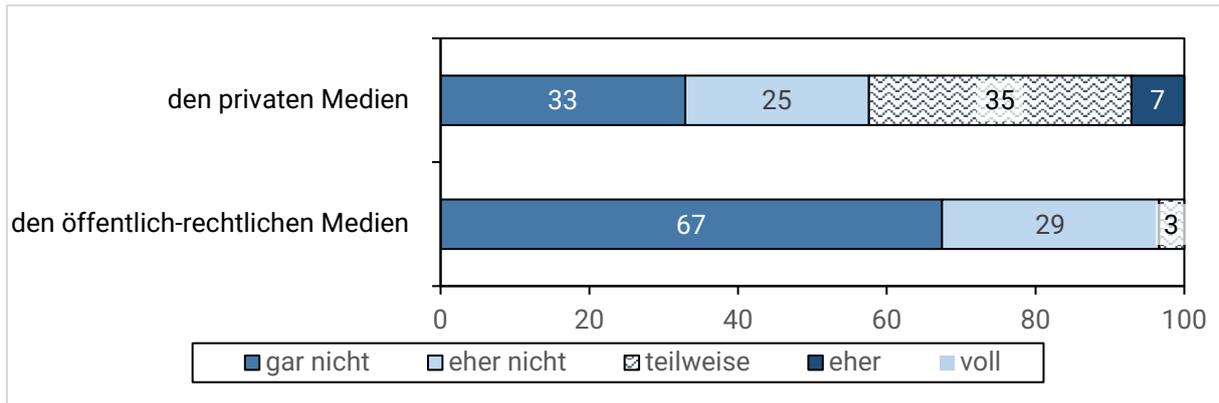


Abb. 4: Medienvertrauen – „Wie sehr vertrauen Sie...“

Tab. 8: „Was ist Ihre Quelle für tagesaktuelle Themen und Ereignisse?“

	Mediengattungen (absteigend)	Anzahl Teilnehmende	Prozent der Befragten
1	Instant-Messaging-Dienste (Bsp. WhatsApp, Telegram, Facebook-Messenger)	55	62
2	Alternative Nachrichten-Seiten	53	60
3	Freunde/Familie/Bekannte/sonstige Privatpersonen	50	56
4	öffentlich-rechtliche Medien	42	47
5	Social Media (Bsp. Facebook, Instagram, TikTok)	29	33
6	regionale Zeitungen	26	29
7	Videoplattformen (Bsp. YouTube)	25	28
8	überregionale Zeitungen	18	20
9	private Fernseh- und Radiosender	14	16

Mit fünf Items haben wir die Medienwahrnehmung der befragten Demonstrationsteilnehmer*innen abgefragt (siehe Abb. 5). Auch hier ist durchgängig eine eher kritische Haltung gegenüber den Medien festzustellen. Die Antworten zeigen, dass die Darstellung der eigenen Themen und die Übereinstimmung mit der eigenen Meinung in den Medien als sehr gering oder gar nicht vorhanden eingeschätzt wurde. Alle Befragten fühlten sich mit den Themen, die ihnen wichtig sind, von den Medien nicht ernst genommen und 99 % sahen sich mit ihren Problemen in den Medien unterrepräsentiert. Der Aussage, dass die Bevölkerung durch die Zusammenarbeit von Medien und Politik aktiv manipuliert wird, stimmten 82 % der Befragten „voll und ganz“ zu. Stark ausgeprägt war auch das Gefühl, dass die eigenen relevanten Themen von den Medien nicht ernst genommen werden und dass die in den Medien vertretenen Meinungen sich stark von den eigenen unterscheiden.

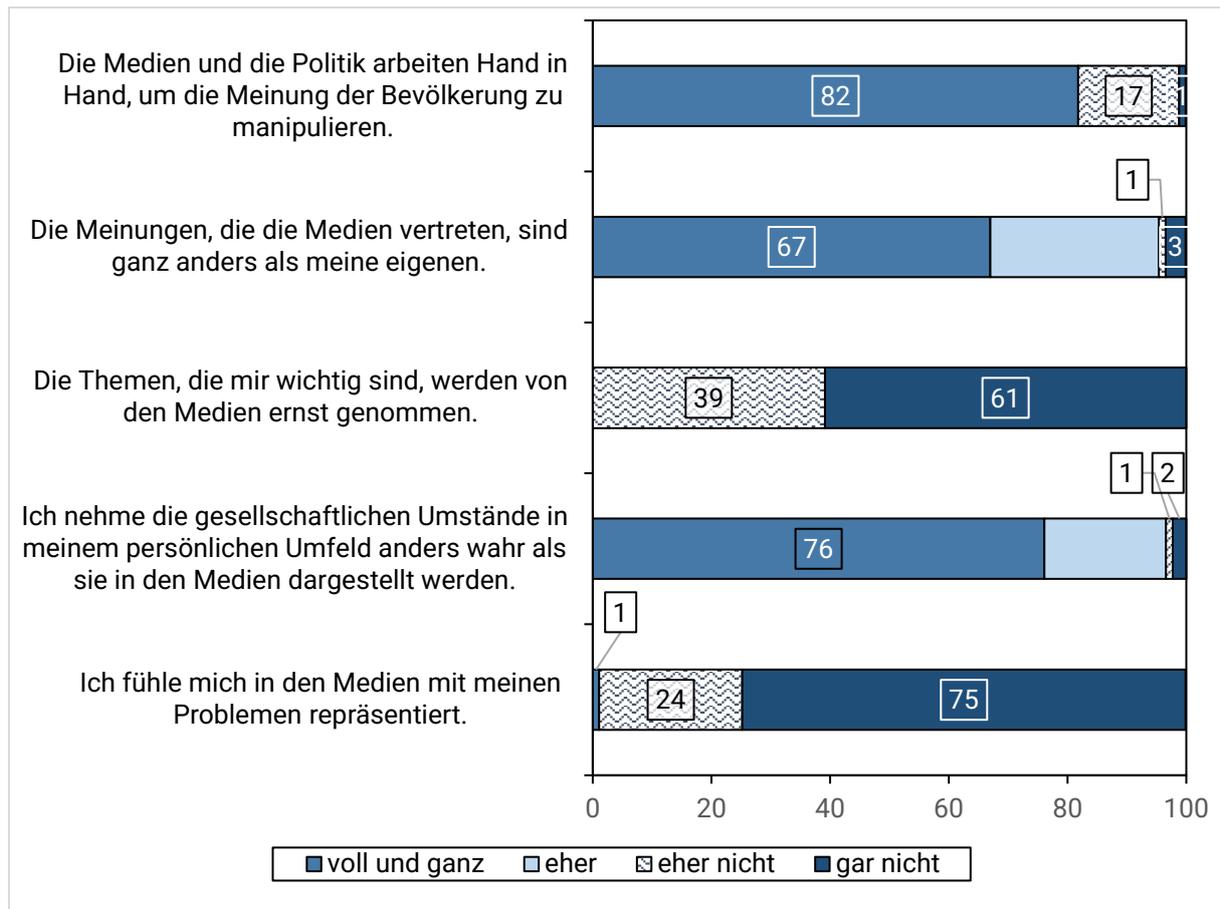


Abb. 5: Medienwahrnehmung – „Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?“

Die negativ gefärbte Einstellung zu Medien findet sich auch in den offenen Antworten der Befragten wieder. Das hier artikulierte Stimmungsbild trägt demokratiefeindliche und verschwörungsideologische Züge. Die Medien wurden von einigen Befragten als staatlich gelenkt, verlogen und als politisches Propagandamittel bezeichnet, wie die folgenden Kommentare verdeutlichen:

„Viele können sich nicht vorstellen, dass wir absichtlich belogen und betrogen werden. Die öffentlich staatlich finanzierte Berichterstattung ist Propaganda aufs Verwerflichste und Verdummung der Menschen.“

„gegen Propaganda mit Hilfe der Medien“

„die Bevölkerung wird gespalten, die Medien berichten nur im Sinne der Politik“

Einordnung der Ergebnisse

Insgesamt messen andere Studien, die das Medienvertrauen in der deutschen Bevölkerung erfassen, relativ stabile und hohe Vertrauenswerte. Ein dramatischer Einbruch des Medienvertrauens im Bevölkerungsdurchschnitt konnte bisher nicht festgestellt werden – im Gegenteil, die Mainzer Langzeitstudie verzeichnet sogar einen Vertrauenszuwachs in den Erhebungswellen von 2016 bis 2020. Für das Jahr 2020 lag die Zustimmung bei 56 % und 16 % waren der Meinung, man könne den Medien nicht/überhaupt nicht vertrauen (Jakobs et al. 2021). Im Vergleich dazu fallen die im Thüringen-Monitor 2021 erhobenen Vertrauenswerte im Durchschnitt der Thüringer Bevölkerung deutlich geringer aus: Lediglich 23 % sprechen Medien ihr Vertrauen aus, 40 % vertrauen teilweise und 37 % vertrauen den Medien nicht

(Reiser et al. 2021, 31). In Thüringen wird den Medien also im deutschlandweiten Vergleich ein deutlich geringeres Vertrauen entgegengebracht – im Durchschnitt liegt das Vertrauen jedoch deutlich über den Werten unserer Befragung von Montagsdemonstrierenden im Herbst 2022. Die Mainzer Langzeitstudie konnte im Jahr 2017 Zusammenhänge zwischen Medienmisstrauen und Politikverdrossenheit, wirtschaftlichen Zukunftsängsten und Verschwörungsglauben, vor allem bei Menschen in Ostdeutschland, feststellen (Schultz et al. 2017, 256). Zudem konsumiert diese Gruppe der Befragten in der Mainzer Langzeitstudie häufiger alternative Nachrichtenseiten (Jackob et al. 2019a, 20). Auch wenn das Vertrauen insgesamt nicht völlig erodiert ist, gibt es einen harten Kern, der den Medien nicht konstruktiv-kritisch, sondern zynisch gegenübersteht (Jackob et al. 2019b, 215). Um für eine begriffliche Abgrenzung zu sorgen, haben die Autor*innen der Mainzer Langzeitstudie zwischen Medienskepsis und Medienzynismus als Einstellungsmerkmale gegenüber den Medien unterschieden. Während bei einer skeptischen Haltung grundsätzliche Eigenschaften der Berichterstattung wie strukturelle Defizite kritisch reflektiert und diskutiert werden, fällt die Kritik bei möglichen Medienzyniker*innen deutlich pauschaler aus. Diese Gruppe unterstellt den Medien niedere Motive und Manipulation (Schultz et al. 2021). Auch die Ergebnisse der Leipziger Mitte-Studie, die vor dem Hintergrund der „Lügenpresse“-Vorwürfe in der Erhebungswelle 2016 ebenfalls Einstellungen zu Medien erfragte, weisen auf einen Zusammenhang zwischen dem Vorurteil der Subjektivität der Medienberichterstattung und mangelndem Vertrauen in Institutionen sowie der Verbreitung von Verschwörungstheorien hin (Decker et al. 2016, 62f.).

Die Unterstellung der Manipulation geht auch in unserer Studie sowohl aus den offenen Kommentaren als auch aus dem Item „Medien und Politik arbeiten Hand in Hand, um die Meinung der Bevölkerung zu manipulieren“ hervor. Dabei ist zu beachten, dass eine spezifische Medienkritik von uns nicht abgefragt wurde und die freien Kommentare ein Stimmungsbild wiedergeben. Dennoch lassen sich Parallelen zu den bisher dargestellten Ergebnissen ziehen. So legen die Ergebnisse unserer und der anderen vorgestellten Studien nahe, dass eine ausgeprägte Medienskepsis bzw. ein Medienzynismus häufig mit Politikverdrossenheit und einer generell negativen Einstellung gegenüber zukünftigen gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen einhergeht (Schultz et al. 2017, 256; Distelrath/Kaukemüller 2020, 82).

In dieser besonderen Unzufriedenheit sieht Nayla Fawzi (2020) nicht zu unterschätzende Probleme für die politische Teilhabe und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Fühlen sich Bürger*innen von den Medien nicht ernst genommen, sehen sie sich auch gegenüber der Politik nicht ausreichend von diesen repräsentiert. Wenn sie zudem der Meinung sind, dass Medien nicht objektiv berichten und politische Entscheidungen nicht ausreichend kritisieren, kann dies zu einer Abwendung von den etablierten Medien hin zu alternativen Medien führen. Es besteht die Gefahr, dass diese Gruppen dem öffentlichen Diskurs den Rücken kehren und damit eine Polarisierung in der Gesellschaft verstärkt wird (ebd.). Sowohl der gefühlten Unterrepräsentation als auch der verstärkten Nutzung alternativer Nachrichtenseiten stimmten die befragten Demonstrierenden überdurchschnittlich zu.

Zwischenfazit: Umfassender Vertrauensverlust in private und öffentlich-rechtliche Medien

Die befragten Teilnehmenden der Thüringer Montagsdemonstrationen haben insgesamt eine eher negative Einstellung gegenüber den Medien. Insbesondere die hohen Ablehnungswerte für das Vertrauen in private und öffentlich-rechtliche Medien und die pauschale Kritik, Medien seien Propagandamittel der Politik, können auf eine Einstellung hindeuten, die über eine reine Medienskepsis hinausgeht. Zudem zeigte sich eine hohe Nutzung von Instant-Messaging-Diensten und alternativen Nachrichtenseiten zur Information über tagesaktuelle Ereignisse.

9 Wie stehen die befragten Demonstrierenden zur Demokratie?

Um sich der Frage anzunähern, wie die Befragten zur Demokratie stehen, lohnt es sich, nicht nur nach der grundsätzlichen Zustimmung zur Idee der Demokratie zu fragen, sondern auch nach der Zufriedenheit mit der gegenwärtigen demokratischen Praxis in der Bundesrepublik (Easton 1975). Letztere speist sich aus zwei aufeinander bezogenen Quellen: der Input- und der Output-Legitimation (Scharpf 1999, 16ff.). Unter der Output-Legitimation wird die Bewertung der Leistung der Regierung verstanden. Wird ihr die Fähigkeit attestiert, gut zu regieren? Werden die Amtsträger*innen als politisch und wirtschaftlich effektiv angesehen? Die Input-Legitimation setzt sich aus einem Bündel von Faktoren zusammen, die die Regierungsform im Allgemeinen betreffen. Eine Determinante ist das Vertrauen in zentrale demokratische und rechtsstaatliche Institutionen. Ein weiterer Faktor ist die (Selbst-)Wahrnehmung der eigenen politischen Wirksamkeit (Decker et al. 2019, 4,7-22). Politische Selbstwirksamkeit gliedert sich in eine internale und eine externale Komponente. Erstere bezieht sich auf Überzeugungen, die sich auf die eigene Person beziehen. Habe ich politische Handlungsmöglichkeiten? Kann ich politische Sachverhalte verstehen und mich wirksam beteiligen? Die externe politische Selbstwirksamkeit bezieht sich dagegen auf Überzeugungen über die Responsivität des Systems. Ist es empfänglich für eigene Initiativen und Veränderungen (Balch 1974)? Die in Kapitel 5 diskutierten thematischen Gründe für die Teilnahme an der Montagsdemonstration können der Output-Legitimation zugeordnet werden. Die von den Befragten geäußerte Kritik an der Regierungsfähigkeit der aktuellen Bundesregierung war umfassend und bezog sich auf viele verschiedene politische Teilbereiche. Diese negative Bewertung der politischen Effektivität ist ein Aspekt, der zur Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Praxis der Demokratie führt (Pickel 2013, 168). In diesem Kapitel wird nun die Seite der Input-Legitimation beleuchtet, um ein vollständigeres Bild der (Un-)Zufriedenheit der befragten Demonstrierenden mit dem Funktionieren der Demokratie zu erhalten.

Demokratieunterstützung und -zufriedenheit

Für etwa drei Viertel der Befragten ist die Demokratie die „beste aller Staatsideen“. Auch wenn die grundsätzliche Zustimmung zur Demokratie in unserer Befragung hoch ist, liegt dieser Wert unter dem des Thüringen-Monitors, wo die Zustimmung zur Idee der Demokratie bei 89 % liegt (Reiser et al. 2021, 27), siehe Abb. 6). Offen bleibt allerdings, von welchem Demokratieverständnis die Befragten bei der Beantwortung der Frage ausgingen. Hinweise dazu ergeben sich aus den abschließenden Kommentaren zum Fragebogen. Dort wird deutlich, dass einige Befragte der parlamentarischen Demokratie misstrauen und direktere Formen der Demokratie bevorzugen.

„Demokratie nach Schweizer Vorbild nötig“

„Das Parteiensystem muß revormiert oder abgeschafft werden.“

„Meiner Meinung nach leben wir nicht mehr in einer Demokratie.“

„In diesem Land funktioniert ausser der Ausbeutung des Arbeitnehmers nichts mehr....“

Die Präferenz für mehr direkte Demokratie und die Ablehnung der parlamentarischen Demokratie bestätigten auch andere Studien (Frei/Nachtwey 2021, 23; Fröhlich et al. 2023, 13, 18-19).

Lediglich zwei Befragte waren mit der gegenwärtigen Praxis der Demokratie zufrieden (Abb. 6). Da sie die Demokratie auch für die beste Staatsidee hielten, können sie als zufriedene

Demokrat*innen bezeichnet werden. Hier ergibt sich ein großer Unterschied zu der im Thüringen-Monitor gemessenen Demokratiezufriedenheit. Dort zeigten sich rund zwei Drittel (65 %) zufrieden damit, wie die Demokratie funktioniert. Die allermeisten von ihnen unterstützten auch die Idee der Demokratie, sodass sie als zufriedene Demokrat*innen bewertet wurden (Reiser et al. 2021, 27, 38). Bei den unzufriedenen Demokrat*innen war das Verhältnis umgekehrt: Die große Mehrheit der befragten Demonstrierenden (73 %) kann als unzufriedene Demokrat*innen bezeichnet werden. Im Thüringen-Monitor war dies nur etwa ein Viertel (27 %) (ebd., 38). In unserer Befragung zeigten sich 24 % weder mit der Demokratie zufrieden, noch befürworteten sie die Demokratie als beste Staatsidee. Es bleibt offen, welche alternative Staatsform sie bevorzugen.

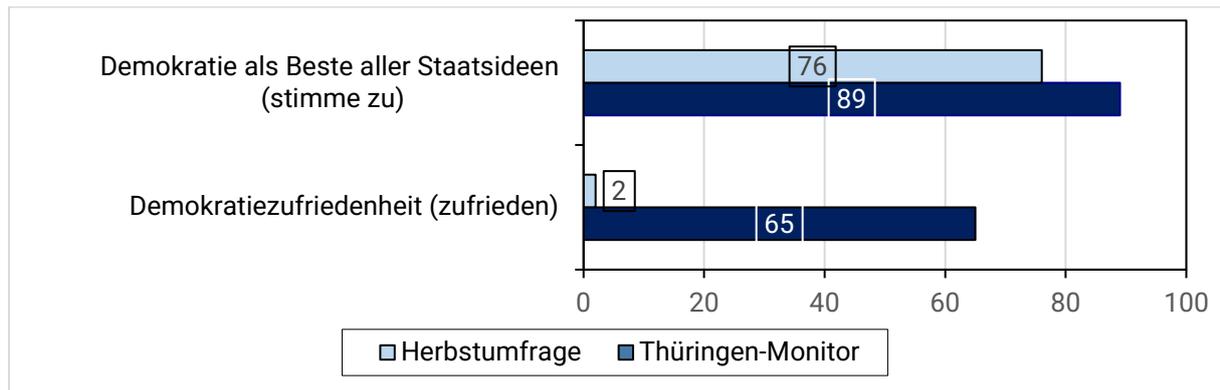


Abb. 6: Vergleich von Demokratieunterstützung und Demokratiezufriedenheit in der Herbstumfrage und im Thüringen-Monitor

Angesichts der vielfältigen Herausforderungen, vor denen die Bundesrepublik im Jahr 2022 stand, waren bei der Befragung der Demonstrierenden niedrigere Zufriedenheitswerte als im Thüringen-Monitor zu erwarten. Schließlich ist die Zufriedenheit mit der demokratischen Praxis weitaus anfälliger für kurzfristige Einflüsse und aktuelle Entwicklungen als die grundsätzliche Zustimmung zu den Prinzipien der Demokratie. Insofern überrascht es nicht, dass sich die wahrgenommene Leistungskrise der Bundesregierung 2022 in niedrigen Zufriedenheitswerten niederschlägt.

Das Ausmaß der Unzufriedenheit, wie es in der Befragung zum Ausdruck kam, lässt sich jedoch nicht allein mit einem Blick auf das Jahr 2022 erklären. Vielmehr gehen einige der Demonstrierenden schon seit längerer Zeit auf die Straße, um unter anderem ihre Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie zum Ausdruck zu bringen. 78 % der Befragten gaben an, schon „mehr als 3 Mal“ an den Montagsdemonstrationen teilgenommen zu haben. Die Kommentare zur Umfrage bestätigen dies:

„Ich war vor 3 Jahren einer der ersten Spaziergänger.... Ohne pestmaske“

„Mitsstreiter der ersten Stunde“

Auch von den von Fröhlich et al. Befragten ging etwas mehr als die Hälfte „seit Jahren regelmäßig montags“ auf die Straße (2023, 12). In den Jahren vor 2022 stand der Protest gegen die staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie im Mittelpunkt. Studien zu den Demonstrationen aus dieser Zeit zeigen, dass auch damals die Unzufriedenheit mit der demokratischen Praxis hoch war (Nachtwey et al. 2020, 38f.; Brunner et al. 2021, 37). Die negative Bewertung der demokratischen Praxis, zu der einige Demonstrierende schon seit Jahren neigen, scheint sich im Jahr 2022 also verstärkt und verfestigt zu haben.

Institutionenvertrauen

Die überwiegende Mehrheit der befragten Demonstrierenden vertraute weder der Bundesregierung (98 %) noch der Landesregierung (87 %). Im Thüringen-Monitor lagen diese Werte weitaus niedriger (29 % und 16 %) (Reiser et al. 2021, 31). Ein weniger eindeutiges Bild ergab sich bei der Frage nach dem Vertrauen in politikferne Institutionen wie Institutionen der Wissenschaft, Gerichte und Polizei. Hinsichtlich der Frage „Wie sehr vertrauen sie der Wissenschaft?“ waren die Befragten geteilter Meinung. 34 % der Befragten vertrauten der Wissenschaft, knapp jede*r Zweite (46 %) nur teilweise und 21 % nicht. Ein ähnliches Stimmungsbild ergab sich beim Vertrauen in die Polizei: Jeweils etwa ein Drittel der Befragten vertraute der Polizei (31 %), vertraute der Polizei teilweise (33 %) oder nicht (36 %). Mit Blick auf das abgefragte Vertrauen in die deutschen Gerichte gab weniger als jede*r Zehnte (9 %) an, den Gerichten zu vertrauen. Etwa ein Drittel vertraute den Gerichten nur teilweise (35 %) und etwas mehr als die Hälfte (56 %) vertraute ihnen nicht. Im Thüringen-Monitor lagen die Vertrauenswerte in die politikferneren Institutionen weitaus höher: Die Vertrauenswerte in die Wissenschaft (78 %) und die Polizei (72 %) waren mehr als doppelt so hoch. Den Gerichten vertrauten im Thüringen-Monitor 59 % (ebd., 29f.) (siehe Abb. 7).

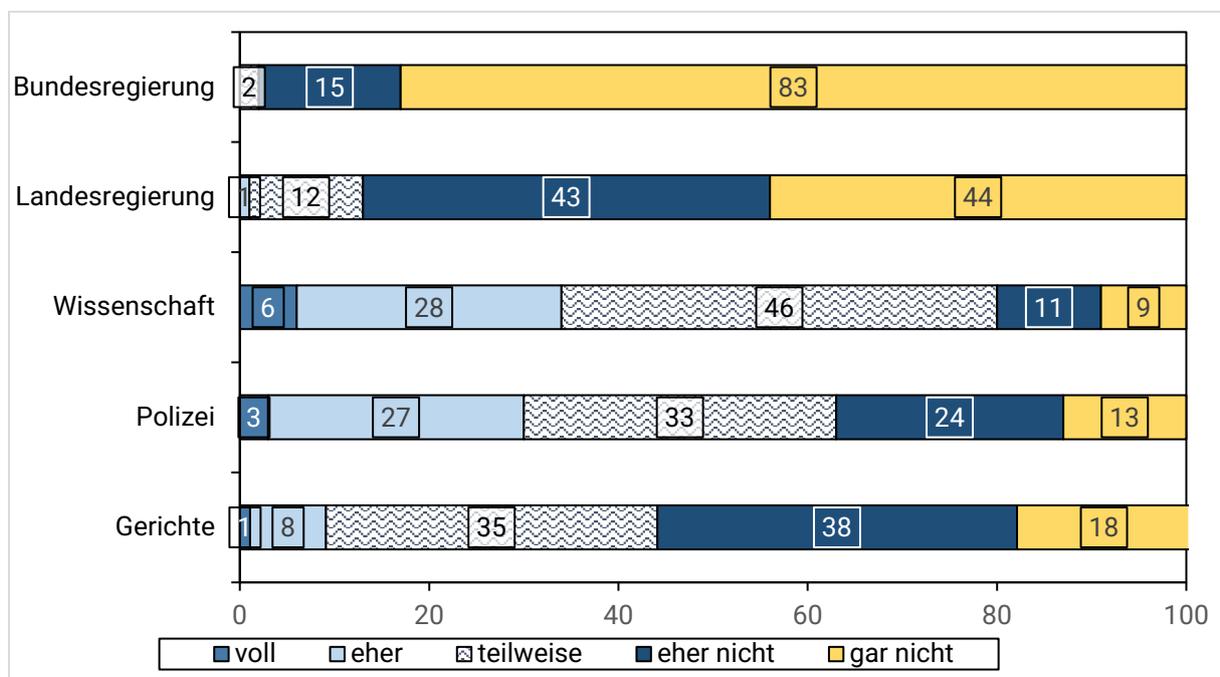


Abb. 7: Institutionenvertrauen der Befragten

Diese Ergebnisse unserer Befragung bestätigen die nachgewiesene Diskrepanz zwischen dem (fehlenden) Vertrauen in politiknahe und politikferne Institutionen (ebd.). Dass politiknahen Institutionen weniger Vertrauen entgegengebracht wird als der Polizei oder den Gerichten, wird durch die Äußerungen einiger Befragter unterstrichen. So wird die Justiz als politisch motiviert und nicht unabhängig wahrgenommen.

„Kurzer Gedanke zur Rechtsstaatlichkeit: Ich bin kein Nazi oder NSU Anhänger!!!
Aber: Beate Tschäpe konnte man in k e i n e m Fall nachweisen an auch nur einem Tatort gewesen zu sein! - in dubio pro reo! Das war eindeutig Rechtsbeugung, und keiner stört sich daran!“

„das die Staatsanwaltschaften nicht unabhängig sind, sondern den Ministerien (damit den Regierungs-Parteien) unterstellt sind, was selbst die EUI kritisiert?“

Insgesamt zeigte sich ein großes Unbehagen und eine Unzufriedenheit der Befragten mit der Rechtsstaatlichkeit und der Einhaltung von Rechtsgrundsätzen in der Bundesrepublik Deutschland. So sahen 97 % der Befragten in den aktuellen Krisen eine große Gefahr für die demokratischen Grundrechte und 85 % meinten, dass ihre Rechte „nur auf dem Papier“ bestünden. Zudem fühlten sich 84 % der Befragten im Umgang mit Behörden ausgeliefert.

Im Vergleich mit den Studien zu den Corona-Protesten wird deutlich, dass sich das Defizit an Institutionenvertrauen bei einem Teil der Demonstrierenden in den letzten Jahren ähnlich verfestigte wie die Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Demokratiepraxis (Nachtwey et al. 2020, 40f.; Brunner et al. 2021, 38f.; Koos 2021, 9).

Politische Selbstwirksamkeit und Responsivität

93 % der Befragten gaben an, sie würden „politische Fragen gut verstehen und einschätzen“ können. Allerdings schätzten fast acht von zehn Befragten ihre Möglichkeiten, politische Prozesse durch eigenes Handeln zu beeinflussen, als gering ein: 78 % der Befragten stimmten der Aussage zu, dass „Leute wie ich [...] so oder so keinen Einfluss“ auf das Regierungshandeln haben. Diese individuellen Vorstellungen, Politik zu verstehen und beeinflussen zu können, bilden die interne politische Selbstwirksamkeit (Balch 1974). Die Vergleichswerte im Thüringen-Monitor fielen niedriger aus: Dort gaben 82 % an, „politische Fragen gut verstehen und einschätzen“ zu können. Etwa zwei Drittel (63 %) meinten, sie könnten keinen Einfluss auf das Handeln der Regierung nehmen (Reiser et al. 2021, 28).

Die externe politische Selbstwirksamkeit bezieht sich darauf, inwieweit das politische System als empfänglich (responsiv) für eigene Initiativen und Handlungen wahrgenommen wird und ob es den Willen der Bürger*innen widerspiegelt (repräsentiert) (Balch 1974). Hier zeichnete sich ein negatives Stimmungsbild ab. Die Befragten gaben an, sie würden nicht wahrnehmen, dass die Regierung auf ihre eigenen Forderungen oder die vermeintlichen Ansprüche der Bevölkerung eingehe und diese bei ihren Entscheidungen berücksichtige. Dabei stand insbesondere die politische Inkompetenz der Politiker*innen im Fokus der Kritik.

„Menschen ohne berufliche Qualifikation über das Land entscheiden“

„Es ist Zeit für Bürgerbewegungen und Personen die Kenntnisse erlernt haben in den Bereichen ihrer Politik, nicht wie jetzt wo ungelernete Nichtsnutze ohne Schulabschluss ein Land in den Untergang führen“

„wenn ein Kinderbuch-Autor als Wirtschaftsminister-Darsteller nicht weiß, was eine Insolvenz ist [...] dann hat dies weder etwas mit Politik noch mit Regierung zu tun, sondern mit einem Narrrenschiff, auf dem die Kapelle (die Medien) noch zum Untergang spielt.“

Das aktuelle politische System wird von den Befragten als wenig responsiv wahrgenommen. Sie waren sich einig (100 %), dass „in unserer Demokratie [...] die Anliegen der Menschen nicht mehr wirksam vertreten“ würden. Im Thüringen-Monitor fiel dieses Urteil nicht so eindeutig aus: Hier waren 59 % der Meinung, dass die politischen Repräsentant*innen nicht auf die Interessen der Bürger*innen eingehen würden (Reiser et al. 2021, 28).

Ergänzend zur Einschätzung der Responsivität des politischen Systems wurde die Parteienverdrossenheit (Arzheimer 2002) unter den Demonstrierenden erhoben. der Demonstrierenden erhoben. Auch sie gibt Aufschluss darüber, ob von einem wahrgenommenen Responsivitätsdefizit gesprochen werden kann (Pickel 2013, 169). Das Urteil über die Parteien in der Bundesrepublik fiel eindeutig aus: Alle Befragten (100 %) glaubten, „die Parteien“ würden „nur

die Stimmen der Wähler“ wollen, sich aber nicht für deren „Ansichten interessieren“. Nicht ganz so ausgeprägt war die Parteienverdrossenheit im Thüringen-Monitor (69 %) (Reiser et al. 2021, 28) (siehe Abb. 8).

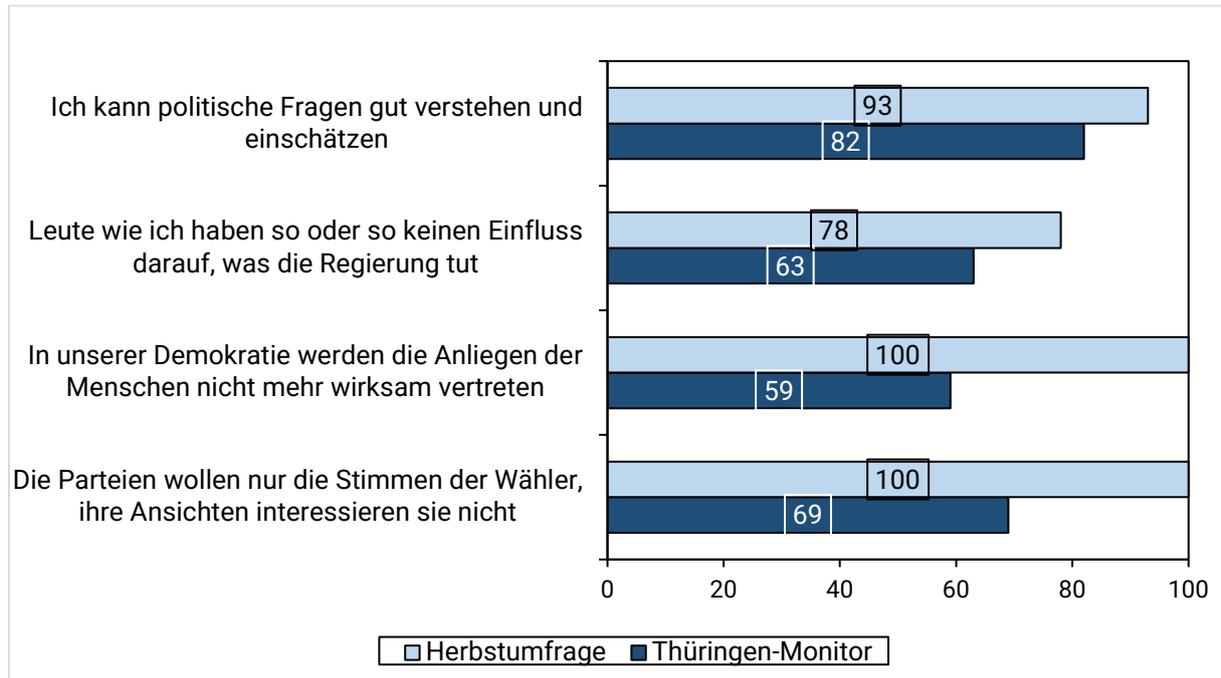


Abb. 8: Vergleich zwischen Herbstumfrage und Thüringen-Monitor zu Einschätzungen zur Selbstwirksamkeit und Politikverdrossenheit (jeweils Zustimmung zu den Aussagen).

Zwischenfazit: Unzufriedenheit mit der Demokratie und verlorenes politisches Vertrauen

Unter den befragten Teilnehmer*innen der Thüringer Montagsdemonstrationen ist eine ausgeprägte und vielschichtige politische Unzufriedenheit zu beobachten. In ihren Augen mangelt es der gegenwärtigen Demokratie sowohl an der Input- als auch an der Output-Legitimation. Wie Kapitel 5 bereits aufgezeigt, steht hierbei insbesondere die Arbeit und die Responsivität der Bundes- und Landesregierung in der Kritik. Die Befragten haben nicht den Eindruck, dass die Anliegen und Interessen der Bevölkerung von den machthabenden politischen Akteur*innen und Institutionen gehört und berücksichtigt werden. Zudem schätzen die Befragten ihre eigenen Möglichkeiten, sich politisch wirksam zu beteiligen, als gering ein und fühlen sich in der aktuellen politischen Praxis nicht repräsentiert. Die Ergebnisse der Befragung zeigen, dass die Befragten ihre interne und externe politische Selbstwirksamkeit als gering einschätzen. Obwohl etwa drei Viertel der Befragten die Demokratie nach wie vor für die beste Staatsform halten, ist die Kritik an der gegenwärtigen Praxis der Demokratie groß. Hier steht insbesondere die Bundesrepublik Deutschland in ihrer gegenwärtigen Form als parlamentarische Parteiendemokratie in der Kritik. Den Parteien und ihren politischen Akteur*innen wird in den offenen Antworten der Befragung großes Misstrauen entgegengebracht, ihre Qualifikation für politische Ämter in Frage gestellt und ihre Bereitschaft abgesprochen, sich für den ‚Willen des Volkes‘ einzusetzen. In der Folge scheint das Vertrauen in die Bundes- und Landesregierungen sowie in andere staatliche Institutionen erodiert zu sein.

Politische Legitimation und Zufriedenheit sind eng mit politischem Vertrauen verbunden. Diese Faktoren gelten als notwendige Voraussetzungen für das Überleben von Demokratien. Die hier zu beobachtende politische Legitimationskrise und Unzufriedenheit und der damit einhergehende politische Vertrauensverlust sind nicht überraschend, da bereits seit einigen

Jahren in wachsenden Teilen der Gesellschaft eine zunehmende Unzufriedenheit sowie ein abnehmendes Vertrauen in das politische System zu beobachten ist (Decker et al. 2019). Dennoch geben diese Beobachtungen Anlass zur Sorge. Auf die Frage, wie die befragten Demonstrant*innen zur Demokratie stehen, lässt sich antworten: in ihrer jetzigen Form nicht gut. Etwa ein Viertel hält die Demokratie nicht „für die beste aller Staatsideen“. Eine Mehrheit der Befragten hat das Vertrauen in das derzeitige politische System der Bundesrepublik Deutschland, in die Politiker*innen, in die Institutionen verloren und sieht sich von der Parteidemokratie nicht repräsentiert. Diese Wahrnehmung scheint zu einer umfassenden Vertrauens- und damit Legitimationskrise der parlamentarischen Demokratie geführt zu haben.

10 Wie „rechts“ sind die Befragten?

Während der Corona-Pandemie bildete sich in Thüringen eine feste, mobilisierungsfähige „rechte Mischszene“ (MOBIT 2021, 66, 75; 2022, 40) heraus, die regelmäßig unter anderem montags demonstrierte (vgl. Koch et al.). Daraus rekrutierte sich auch ein Teil der Montagsdemonstrierenden im Herbst 2022 (vgl. Wudy et al. 2022; Litschko 2022). Diese Erkenntnis spiegelt sich ebenfalls in den Ergebnissen unserer Befragung wider: Ein Teil der Befragten gab an, bereits seit den Corona-Protesten an solchen Demonstrationen teilgenommen zu haben. Demzufolge steht der Verdacht nahe, die Befragten könnten Teil dieser „rechten“ Mischszene sein. In diesem Zusammenhang wurden sechs Items aus der Befragung genauer betrachtet: Zum einen vier Items zum Komplex *Migration und Fremdenfeindlichkeit* und zum anderen zwei Items zum Komplex *Sorgen um die Homogenität der deutschen Nation und Kultur* (vgl. Tab. 9).

Komplex *Migration und Fremdenfeindlichkeit*

Eine Aussage, die zur Einstellungsmessung von Fremden- bzw. Ausländerfeindlichkeit mit genutzt wird („Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet.“), war Bestandteil unserer Befragung. Dieser Aussagen stimmten hier 88 % aller Befragten zu. Das ist doppelt so hoch wie in anderen Befragungen: Beim Thüringen-Monitor waren es zuletzt 42 % (Reiser et al. 2021, 79) und bei der Leipziger Autoritarismus Studie, die „teils/teils“-Antworten zulässt, gerundet 38 % für Ostdeutschland (Decker et al. 2022, 37ff., 46).

Darüber hinaus gaben in unserer Befragung ebenfalls 88 % aller Befragten als Teilnahmegrund „Migrationspolitik der Bundesregierung“ an. Dies ist isoliert betrachtet unproblematisch, da die vorgegebene Antwortmöglichkeit offen formuliert war und der Selbstinterpretation unterliegt. Diese Angabe lässt daher keine Rückschlüsse darauf zu, was die Befragten an der Migrationspolitik stört und sie veranlasst, dagegen zu demonstrieren.

Auf die Frage nach den Zukunftssorgen (vgl. Kap. 6) stimmten fast alle Befragten (98 %) der Aussage zu, dass sie sich „über die Zuwanderung nach Deutschland“ Sorgen machen. Ein Drittel aller Befragten (34 %) stimmte der Aussage zu, dass sie sich „über Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass in Deutschland“ Sorgen machen. Dies ist einer der niedrigsten Zustimmungswerte in der Kategorie der Zukunftssorgen. Zugleich machten sich damit zwei Drittel (66 %) aller Befragten keine Sorgen „über Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass in Deutschland“ (in Tab. 9 umgedreht zu 66 % Zustimmung).

Diese hohen Zustimmungswerte zu den oben genannten Items führen zu zahlreichen Überschneidungen: Wenn sich nahezu alle Befragten Sorgen um die Zuwanderung nach Deutschland machen, dann liegt es nahe, dass sehr viele von ihnen beispielsweise auch der Aussage zum Thema „Überfremdung“ zustimmen. Zählt man die Antworten der oben genannten vier Items gesondert aus, dann nahmen etwas mehr als die Hälfte aller Befragten (54 %) dieselben Positionen ein: Sie alle gaben als Grund für ihre Teilnahme an der Montagsdemonstration „Migrationspolitik der Bundesregierung“ an; sie alle stimmten der Aussage zu, dass Deutschland „durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet“ sei; sie alle machten sich Sorgen „über die Zuwanderung nach Deutschland“, jedoch nicht „über Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass in Deutschland“. Daraus lässt sich ableiten, dass diese Mehrheit der Befragten die Zuwanderung von Menschen nach Deutschland ablehnt und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland eher verharmlost. Ein möglicher Grund hierfür könnte sein, dass diese Befragten Vorurteile gegenüber Ausländern haben. Zu dieser angesproche-

nen Mehrheit kommt etwa ein weiteres Drittel aller Befragten (32 %) hinzu, die drei dieser vier Antworten in dieser Art und Weise ausgewählt haben.

Erwähnenswert ist zudem, dass von allen Befragten, die die Migrationspolitik als Grund für ihre Teilnahme angaben, 16 % sowohl der Aussage *voll* zustimmten, dass Deutschland überfremdet sei, als auch sich große Sorgen über die Zuwanderung nach Deutschland machten, während sie sich gleichzeitig überhaupt keine Sorgen über Fremdenfeindlichkeit in Deutschland machten (vgl. Tab. 9). Für diese Personen dürfte die oben gezogene Schlussfolgerung, Vorurteile gegenüber Ausländern zu haben, noch am ehesten zutreffen.

Komplex Sorgen um die Homogenität der deutschen Nation und Kultur

Befragt nach bestimmten Krisennarrativen (vgl. Kap. 7) stimmten 94 % aller Befragten der Sorge zu, dass „Werte und Traditionen, die uns als Deutsche ausmachen“ verloren gehen. Außerdem stimmten 82 % aller Befragten der Sorge zu, „dass ich mich in meinem eigenen Land nicht mehr zu Hause fühlen kann, da wir zu unterschiedlich geworden sind (Meinungen, Herkunft, Religion, Werte).“ Beiden Aussagen stimmten zugleich 79 % aller Befragten zu (vgl. Tab. 9). Daraus lässt sich schließen, dass die Mehrheit der Befragten um die Homogenität der deutschen Nation und Kultur besorgt sind.

Zustimmung zu den beiden Komplexen

Zählt man die Antworten auf die sechs oben genannten Items gesondert aus, so zeigt etwas weniger als die Hälfte aller Befragten (47 %) das gleiche Antwortverhalten: Sie wählten die deutsche Migrationspolitik als Teilnahmegrund aus, stimmten der Überfremdungsaussage zu, machten sich Sorgen um Zuwanderung und lehnten die Sorge um Fremdenhass ab. Gleichzeitig stimmten sie den beiden oben genannten Krisennarrativ-Aussagen zur nationalen und kulturellen Homogenität zu. Etwa ein weiteres Drittel aller Befragten (33 %) wählte fünf dieser sechs Antworten in dieser Art und Weise aus.

Zwischenfazit: Ablehnung von Migrant*innen sowie Sorge um deutsche Nation und Kultur als weiterer mehrheitsfähiger Kitt der Demonstrierenden

Etwas mehr als die Hälfte aller Befragten sieht in der Zuwanderung nach Deutschland ein Problem, das auf fremdenfeindlichen Vorurteilen zu beruhen scheint. Darüber hinaus sorgt sich ein Großteil der Befragten um die Homogenität der deutschen Nation und Kultur. Insgesamt teilt fast die Hälfte aller Befragten diese Ansichten. Ob und inwieweit die Befragten rechtsextrem eingestellt sind, lässt sich daraus zwar nicht ableiten, da hierfür weitere Einstellungen (z.B. Diktaturaffinität, Antisemitismus) gemessen werden müssten. Allerdings zeigen diese Ergebnisse durchaus, was die Teilnehmenden der Montagsdemonstrationen neben der Unzufriedenheit mit der bestehenden Demokratie und dem Misstrauen gegenüber dem bestehenden politischen System (vgl. Kap. 9) noch eint bzw. was ein weiteres Kernelement der befragten Montagsdemonstrant*innen ist: eine offenbar fremdenfeindlich begründete Ablehnung von Migrant*innen unter Bezugnahme auf ein Volksverständnis, das die Bewahrung der eigenen Identität und einer vermeintlichen ethnisch-kulturellen Abstammungsgemeinschaft in den Vordergrund stellt. Dadurch können solche Proteste, wie bereits während der Coronapandemie (MOBIT 2022, 40 ff.; Koch et al.; 2021, 75 ff.), für rechtspopulistische bis rechtsextreme Akteure und Inhalte anschlussfähig sein und für diese einen Resonanzraum und ein Aktionsfeld darstellen. Zugleich darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass beispielsweise die Montagsdemonstrationen in Gera seit langem von rechtsextremen Akteuren organisiert und angeführt werden und dort Lieder des rechtsextremen, NPD-nahen Liedermachers Frank

Rennicke gespielt werden, sofern er nicht selbst vor Ort ist (vgl. Abschnitt „Schlaglichter auf die Entwicklung in einigen Städten“ in Kap. 3). Insofern sind die vorgenannten Befunde wiederum nicht überraschend, sondern Ausdruck dieser „rechten Mischszene“.

Tab. 9: Übersicht zu den Zustimmungswerten von sechs ausgewählten Items (Angaben in Prozent)

Aussagen (Zustimmungswert von allen Befragten; geordnet von höchster zu niedrigster Zustimmung)	Zustimmungswert	
	insg.	nur vZ*
zu Items über Migration und Fremdenfeindlichkeit		
„Wenn ich an meine Zukunft denke, mache ich mir verstärkt Sorgen über die Zuwanderung nach Deutschland.“	98	76
Teilnahmegrund „Migrationspolitik der Bundesregierung“ ausgewählt	88	-
„Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet.“	88	54
„Wenn ich an meine Zukunft denke, mache ich mir verstärkt Sorgen über Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass in Deutschland.“**	66**	19**
Wie viele aller Befragten stimmten** allen vier Items zu?	54	16
zu Items über Sorge um die Homogenität der deutschen Nation und Kultur		
„Mich besorgt der Verlust von Werten und Traditionen, die uns als Deutsche ausmachen.“	94	71
„Mich besorgt, dass ich mich in meinem eigenen Land nicht mehr zu Hause fühlen kann, da wir zu unterschiedlich geworden sind (Meinungen, Herkunft, Religion, Werte).“	82	52
Wie viele aller Befragten stimmten beiden Items zu?	79	49
Wie viele aller Befragten stimmten allen** sechs Items zu?	47	12

* volle Zustimmung

** Bestimmte Antworten wurden für die Auswertung und Tabellen umgedreht, d.h. (volle) Ablehnung dieser Aussage wurde umgewandelt zu (voller) Zustimmung und umgekehrt.

11 Zusammenfassung und Diskussion der Ergebnisse

Ausgangspunkt für unsere Befragung von Teilnehmenden an Thüringer Montagsdemonstrationen waren drei zentrale Fragen: Wer waren die Menschen, die im Herbst 2022 regelmäßig montags demonstrierten? Was motivierte sie, auf die Straße zu gehen? Und wie standen sie zur Demokratie? Dieser Bericht basiert auf den Selbstauskünften von 89 Demonstrierenden aus sieben Thüringer Städten. Zwar können die aus den Auskünften entstandenen Erkenntnisse nicht als repräsentativ für die Gesamtheit der Demonstrierenden gedeutet werden, da eine repräsentative Erhebung aufgrund der Bedingungen bei einer Demonstration kaum zu realisieren ist. Dennoch lieferte die Online-Befragung tiefe empirische Einblicke über eine Kerngruppe von Demonstrierenden, die sich durch ein relativ einheitliches Antwortverhalten sowie regelmäßige Teilnahme auszeichneten. Damit stellen die Ergebnisse keine Zuschreibungen von außen dar.

Wer waren die Menschen, die im Herbst 2022 regelmäßig montags demonstrierten?

Die Mehrheit der befragten Demonstrierenden hatte einen formal hohen Bildungsabschluss, war berufstätig und lebte in sozioökonomisch durchschnittlichen, gemäß Selbsteinschätzung „eher guten“ Verhältnissen. Sie waren mehrheitlich über 45 Jahre alt und es waren mehr Männer als Frauen. Im Vergleich mit der Sozialstruktur der Thüringer Bevölkerung stellten sie keine Randgruppe dar. Die Befragten trieben andere Zukunftssorgen um als den Rest der Bevölkerung: Sie machten sich deutlich mehr Sorgen um die wahrgenommene Bedrohung der nationalen Identität als um globale Herausforderungen. Darüber hinaus zeigten sie sich besorgt über die Aufrechterhaltung ihres Lebensstandards und den Erhalt der Werte und Traditionen, durch die sie sich als „Deutsche“ identifizierten. Beides sahen sie durch den Krieg in Europa und die Migration nach Deutschland bedroht. In Bezug auf den Krieg in der Ukraine wurden pro-russische und anti-amerikanische Positionen bezogen, analog zu AfD-nahen Narrativen.

Was motivierte sie, auf die Straße zu gehen?

Neben den bereits erwähnten Wahrnehmungen von Krisen und Zukunftssorgen trieb die Befragten eine komplexe und ausgeprägte politische Unzufriedenheit auf die Straße. Sie sahen die Demokratie in Deutschland in einer Vertrauens- und Legitimationskrise und nahmen eine schlechte Regierungsführung wahr. Die Bundesregierung und ihre Arbeit wurden umfassend kritisiert, insbesondere im Hinblick auf ihre Corona- und Energiepolitik. Das Vertrauen in die zentralen Institutionen des politischen Systems war gering bis nicht vorhanden. Die parlamentarische Demokratie wurde nicht als repräsentativ wahrgenommen. Den Medien wurde vorgeworfen, nicht objektiv und repräsentativ (darüber) zu berichten. Dennoch hielten drei Viertel der Befragten die Demokratie für die beste Staatsform. Die Mehrheit von ihnen kann also als unzufriedene Demokrat*innen verstanden werden, und nicht als Gegner*innen der Demokratie. Gleichzeitig erfüllten sie jedoch zwei Kernmerkmale des Rechtspopulismus: Die Annahme einer Dichotomie zwischen dem Volk und einer politischen Elite sowie die Wahrnehmung eines bedrohten, homogenen Volkes (siehe Kap. 10). Die Ergebnisse der Befragung deuten darauf hin, dass ein nicht unerheblicher Teil der Montagsdemonstrierenden rechtspopulistisch eingestellt war.

Die soziale Dimension der Montagsdemonstrationen ist nicht zu unterschätzen. Unter den Befragten und Demonstrierenden hatte es sich zu einer lieb gewonnenen Gewohnheit entwickelt, montags gemeinsam mit Bekannten und Freund*innen zu de-

monstrieren. Es wäre interessant zu untersuchen, ob und wie sich das soziale Moment auf die Motivation und das Engagement der Teilnehmenden auswirkt. Weitere Untersuchungen sind notwendig, um den Einfluss der sozialen Dynamik auf die politische Meinungsbildung der Demonstrierenden besser zu verstehen.

Wie standen sie zur Demokratie?

Die Befragten gaben an, direktere Formen der Demokratie zu bevorzugen. Gemeinsam war ihnen die Ablehnung von Migration, die Sorge um die Homogenität der deutschen Nation und Kultur sowie eine generelle und umfassende Kritik am bestehenden politischen System. Sie hatten wenig Vertrauen in die repräsentative Parteiendemokratie und zweifelten daran, dass die Politiker*innen den „Willen des Volkes“ vertreten oder sich dafür interessieren. Diese Wahrnehmungen und Einstellungen können zu politischer Entfremdung führen oder diese verstärken und die Unterstützung für die Demokratie weiter verringern. Dies stellt eine Gefahr für die demokratische Kultur dar, insbesondere wenn dadurch die Unterstützung für die Demokratie weiter abnimmt (E-dinger 2010, 46f.).

Auch wenn die deutliche Mehrheit der Umfrageteilnehmenden die Idee der Demokratie unterstützte, lehnte etwa ein Viertel der Befragten die Demokratie als beste Staatsform ab. Diese Personen zeigten deutliche Anzeichen politischer Entfremdung. Sie stellten damit eine potenzielle Gefahr für die grundsätzliche Unterstützung demokratischer Werte der anderen Befragten bzw. Demonstrierenden dar. Besorgniserregend war auch die gleichzeitige Präsenz von rechtsextremen Akteur*innen bei den Montagsdemonstrationen, was das Risiko erhöhen kann, dass die Unterstützung für die Demokratie innerhalb dieser Gruppe weiter abnimmt (Wudy et al. 2022). Rechtsextreme Akteur*innen können an die Unzufriedenheit mit der repräsentativen Demokratie, die Wahrnehmung von Migration als Gefahr und den pessimistischen Blick in die Zukunft anknüpfen. Der Zusammenhang zwischen der weit verbreiteten politischen Entfremdung der Befragten und der im Vergleich zum Thüringen-Monitor geringeren Demokratieunterstützung wirft die Frage auf, ob dies in Zukunft zu einem weiteren Rückgang der Demokratieunterstützung führen könnte. Um dies eindeutig festzustellen, wären Längsschnittdaten erforderlich, die in unserer Studie allerdings nicht vorliegen.

Ausblick

Die Montagsdemonstrationen sind Ausdruck der Empörung über das bestehende politische System und gehen über die bloße Kritik an Politik und Maßnahmen hinaus. Die Demonstrierenden sind empört über das Vorgehen der Landes- und Bundesregierung beim Pandemie-schutz, in der Migrationspolitik und bei der Verteilung der Ressourcen im Sozialstaat. Sie sind auch empört darüber, dass die Nachrichtenorganisationen, die sie abwertend als „Mainstream-Presse“ bezeichnen, ihre Version der Dinge nicht unterstützen. Zudem sind einige empört darüber, dass sich nur eine kleine Bevölkerungsgruppe an den Montagabenden versammelt und nicht viel mehr Menschen teilnehmen.

Die Montagsdemonstrationen sollten weder unterschätzt noch belächelt werden. Sie stellen eine reale Bedrohung für die demokratische Kultur dar. Eine liberale und pluralistische Demokratie muss in der Lage sein, unterschiedliche Meinungen zu akzeptieren, aber sie darf rassistische, antisemitische und ausgrenzende Meinungen nicht tolerieren. Dies ist besonders wichtig, da die Demonstrierenden keine Randgruppe der Gesellschaft repräsentieren, sondern ein sozioökonomischer Querschnitt derselben sind.

Es liegt in der Verantwortung von Politik, Wissenschaft, Medien und Zivilgesellschaft, das Vertrauen und die Unterstützung für das demokratische System bei den Demonstrierenden wieder aufzubauen. Dazu ist es wichtig, für Gespräche bereit zu sein, um gerade die Demonstrierenden zu erreichen, die den demokratischen Werten prinzipiell offen gegenüberstehen. Andernfalls besteht die Gefahr, dass die bei den Demonstrationen zum Ausdruck gebrachte Empörung in Frustration und/oder Wut umschlägt, die sich gegen die Grundprinzipien des demokratischen Zusammenlebens richtet. Der Montag sollte nicht den Gegner*innen der Demokratie oder rechtsextremen Akteur*innen gehören.

Abbildungen

Abb. 1:	Zustimmung der befragten Montagsdemonstrierenden zu den verschiedenen Sorgenbereichen (in Prozent).....	25
Abb. 2:	Sorgen der Befragten des soziökonomischen Panels (SOEP) 2020 (in Prozent)	26
Abb. 3:	Antworten zu Krisennarrativen (sortiert nach kumulierter Zustimmung).....	32
Abb. 4:	Medienvertrauen – „Wie sehr vertrauen Sie...“	34
Abb. 5:	Medienwahrnehmung – „Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?“.....	35
Abb. 6:	Vergleich von Demokratieunterstützung und Demokratiezufriedenheit in der Herbstumfrage und im Thüringen-Monitor.....	38
Abb. 7:	Institutionenvertrauen der Befragten	39
Abb. 8:	Vergleich zwischen Herbstumfrage und Thüringen-Monitor zu Einschätzungen zur Selbstwirksamkeit und Politikverdrossenheit (jeweils Zustimmung zu den Aussagen).....	41

Tabellen

Tab. 1:	Zuordnung Antwortkategorien des Fragebogens bei vierstufiger Skala	13
Tab. 2:	Zuordnung Antwortkategorien des Fragebogens bei fünfstufiger Antwortskala	13
Tab. 3:	Zahl der Teilnehmenden bei Montagsdemonstrationen in ausgewählten Städten.....	14
Tab. 4:	Vergleich Nettoeinkommen der Umfrageteilnehmenden mit Mikrozensus	18
Tab. 5:	Übersicht sozialstrukturelle Informationen über Umfrageteilnehmende	20
Tab. 6:	Thematischer Grund der Teilnahme (geordnet nach Häufigkeit)	21
Tab. 7:	Übersicht Zustimmungswerte zu Krisennarrativen (Angaben in Prozent)	31
Tab. 8:	„Was ist Ihre Quelle für tagesaktuelle Themen und Ereignisse?“	34
Tab. 9:	Übersicht zu den Zustimmungswerten von sechs ausgewählten Items (Angaben in Prozent).....	45

Abkürzungsverzeichnis

bspw.....	<i>beispielsweise</i>
bzw.....	<i>beziehungsweise</i>
d.h.....	<i>das heißt</i>
o.ä.....	<i>oder Ähnliche(s)</i>
sog.....	<i>sogenannt</i>
z.B.....	<i>zum Beispiel</i>

Literatur

- Arzheimer, K. (2002) *Politikverdrossenheit. Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffs*. Wiesbaden: Westdt. Verl.
- Balch, G. I. (1974) Multiple Indicators in Survey Research: The Concept "Sense of Political Efficacy". In: *Political Methodology* 1(2): 1–43.
- Beier, A. (2020) "Mythos Montagsdemonstration". www.bpb.de/324912 (11.04.2023).
- Best, H.; Miehle, M.; Salheiser, A. (2018) *Topografie des Rechtsextremismus und der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Thüringen. Dokumentation und Analysen*. Jena: KomRex.
- Blöbaum, B. (2018) Bezugspunkte von medienvertrauen. Issue 12. Media Perspektiven. https://www.ard-media.de/fileadmin/user_upload/media-perspektiven/pdf/2018/1218_Bloebaum_2019-01-08.pdf (23.05.2023).
- Böckmann, N.; Grothe, L. (2022) Ausbleibende Massenproteste: War es das mit dem "heißen Herbst"? <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/gesellschaft/heisser-herbst-vorbei-wenig-teilnehmer-100.html> (11.04.2023).
- Brandau, B. (2018) 2018 in Sachsen. Chemnitz - eine zerrissene Stadt. <https://www.deutschlandfunk.de/2018-in-sachsen-chemnitz-eine-zerrissene-stadt-100.html> (11.04.2023).
- Brodocz, A. (2018) »Enttäuscht Euch!« Wie Krisen-Narrative einen normativen Formwandel der Demokratie blockieren. In: Thaa, W.; Volk, C. (Hg.) *Formwandel der Demokratie*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG: 57–80.
- Brunner, M.; Daniel, A.; Knasmüller, F.; Maile, F.; Schadauer, A.; Stern, V. (2021) *Corona-Protest-Report. Narrative – Motive – Einstellungen*. Wien: Forschungswerkstatt Corona-Proteste.
- Bundesministerium des Inneren und für Heimat (2021) Verfassungsschutzbericht 2021. <https://verfassungsschutz.thueringen.de/fileadmin/Verfassungsschutz/Oeffentlichkeitsarbeit/2022-06-07-verfassungsschutzbericht-2021.pdf> (11.04.2023).
- Bundeszentrale für politische Bildung (2019) Vor 30 Jahren: Die ersten Montagsdemonstrationen. <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/295940/vor-30-jahren-die-erste-montagsdemonstration/> (11.04.2023).
- Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.) (2021) *Datenreport 2021 - Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb).
- Decker, F.; Best, V.; Fischer, S.; Küppers, A. (2019) *Vertrauen in Demokratie. Wie zufrieden sind die Menschen in Deutschland mit Regierung, Staat und Politik?* Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Decker, O.; Brähler, E.; Heller, A.; Kiess, J. (Hg.) (2022) *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen - alte Reaktionen?* Leipzig: Psychosozial-Verlag.
- Decker, O.; Kiess, J.; Brähler, E. (2016) *Die enthemmte Mitte*. Psychosozial-Verlag.
- Distelrath, M.; Kaukemüller, J. (2020) Medienskeptische Personen im Profil: Von harten und weichen Typen der Medienskepsis. In: Blöbaum, B.; Hanitzsch, T.; Badura, L. (Hg.) *Medienskepsis in Deutschland*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden: 63–85.
- Easton, D. (1975) A Re-assessment of the Concept of Political Support. In: *British Journal of Political Science* 5(4): 435–457.
- Edinger, M. (2010) *Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen. Rechtsextremismus und politische Entfremdung*. Jena: Friedrich-Schiller-Universität.

- Fawzi, N. (2020) Objektive Informationsquelle, Watchdog und Sprachrohr der Bürger? Die Bewertung der gesellschaftlichen Leistungen von Medien durch die Bevölkerung. In: *Publizistik* 65(2): 187–207.
- Frei, N.; Nachtwey, O. (2021) *Quellen des "Querdenkertums". Eine politische Soziologie der Corona-Proteste in Baden-Württemberg*. Basel: Universität Fachbereich Soziologie.
- Freies Thüringen (2022) (Telegramkanal). <https://t.me/s/freiesth> (08.06.2023).
- Fröhlich, P.; Ranft, F.; Vollmann, E. (2023) *Mir reicht's Bürger. Analyse der Montagsdemonstrationen in Chemnitz und Gera im Winter 2022/23*. Berlin: Das Progressive Zentrum e. V.
- Fürstenau, M. (2022) Inflation sorgt für Comeback der Montagsdemos. In: *Deutsche Welle* v. 05.09.22.
- Jackob, N.; Jakobs, I.; Quiring, O.; Schultz, T.; Schemer, C.; Ziegele, M. (2019a) Medienskepsis und Medienzynismus. Funktionale und dysfunktionale Formen von Medienkritik. In: *Communicatio Socialis* 52(1): 19–35.
- Jackob, N.; Schultz, T.; Jakobs, I.; Ziegele, M.; Quiring, O.; Schemer, C. (2019b) Medienvertrauen im Zeitalter der Polarisierung. Issue 5. https://www.ard-media.de/fileadmin/user_upload/media-perspektiven/pdf/2019/0519_Jackob_Schultz_Jakobs_Ziegele_Quiring_Schemer_2019-06-12.pdf (23.05.2023).
- Jakobs, I.; Schultz, T.; Viehmann, C.; Quiring, O.; Jakob, N.; Ziegele, M.; Schemer, C. (2021) Medienvertrauen in Krisenzeiten : Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen 2020. In: *Media-Perspektiven* (1): 152.
- Jikhareva, A. (2022) Soziale Kämpfe: Von der Angst zum Aufstand | WOZ Die Wochenzeitung. In: *WOZ Die Wochenzeitung* v. 08.09.22.
- Koch, M.; Miehke, M.; Beelmann, A. *Topografie 2021/2022. Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Thüringen. Forschungsbericht für die Förderperiode 2021/2022*.
- Koos, S. (2021) *Die „Querdenker“. Wer nimmt an Corona-Protesten teil und warum? Ergebnisse einer Befragung während der „Corona- Proteste“ am 4.10.2020 in Konstanz*. Konstanz: Universität Konstanz.
- Lindenauer, T. (2022) Das populistische Krisennarrativ: Eine qualitative Analyse der Wahlkampfkommunikation der AfD auf Facebook. In: *Studies in Communication and Media* 11(1): 98–131.
- Litschko, K. (2022) Immer wieder montags. <https://taz.de/Protest-in-Ostdeutschland/!5893766/> (14.04.2023).
- (MOBIT) (2021) Die Neonaziszene in Thüringen. Strukturen, Pandemielegnung und Immobilien. In: ezra, MOBIT, KomRex, IDZ (Hg.) *Thüringer Zustände. Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Freistaat Thüringen. Fakten und Analysen 2020*. Erfurt; Jena: 66–78.
- (MOBIT) (2022) Die extreme Rechte in Thüringen. In: ezra, MOBIT, KomRex, IDZ (Hg.) *Thüringer Zustände. Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Freistaat Thüringen. Fakten und Analysen 2021*. Erfurt; Jena: 35–44.
- Nachtwey, O.; Schäfer, R.; Frei, N. (2020) *Politische Soziologie der Corona-Proteste. Grundauswertung*. Basel: Universität Basel.
- Opp, K.-D.; Voß, P.; Gern, C. (1993) *Die volkseigene Revolution*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Pfahl-Traughber, A. (2015) Pegida - eine Protestbewegung zwischen Ängsten und Ressentiments. Eine Analyse aus der Sicht der Bewegungs-, Extremismus- und Sozialforschung.

- <https://www.bpb.de/themen/parteien/rechtspopulismus/200901/pegida-eine-protestbewegung-zwischen-aengsten-und-ressentiments/> (11.04.2023).
- Pickel, S. (2013) Politische Kultur, Systemvertrauen und Demokratiezufriedenheit. Wann fühlen sich die Bürger gut regiert? In: Korte, K.-R.; Grunden, T. (Hg.) *Handbuch Regierungsforschung*. Wiesbaden: Springer VS: 161-174.
- Recherche Ostthüringen (2022) Abstandslos durch die Nacht: Pandemielegner*innen und Neonazis in Ostthüringen. <https://rechercheostthueringen.noblogs.org/post/2022/01/22/abstandslos-durch-die-nacht-pandemielegnerinnen-und-neonazis-in-ostthuringen/> (11.04.2023).
- Rechercheportal Jena-SHK (2023) Im rechten Trott – Die Montagsdemos von Jena bis Saalfeld. <https://rechercheportaljenashk.noblogs.org/post/2023/03/01/im-rechten-trott-die-montagsdemos-von-jena-bis-saalfeld/> (11.04.2023).
- Reiser, M.; Küppers, A.; Hebenstreit, J.; Salheiser, A.; Vogel, L. (2021) *Demokratie in der Corona-Pandemie. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2021*. Jena: KomRex.
- Rohrer, J.; Brümmer, M.; Schupp, J.; Wagner, G. (2021) Worries across time and age in the German Socio-Economic Panel study. In: *Journal of Economic Behavior & Organization* 181: 332–343.
- Scharpf, F. (1999) *Regieren in Europa. Effectiv und demokratisch?* Frankfurt; New York: Campus.
- Schultz, T.; Jakob, N.; Ziegele, M.; Quiring, O.; Schemer, C. (2017) Erosion des Vertrauens zwischen Medien und Publikum? Issue 5. https://www.ard-media.de/fileadmin/user_upload/media-perspektiven/pdf/2017/0517_Schultz_Jakob_Ziegele_Quiring_Schemer.pdf.
- Schultz, T.; Ziegele, M.; Jakob, N.; Jakobs, I.; Quiring, O.; Schemer, C. (2021) Verschwörungsglaube, Medienzynismus und Militanz: Einstellungen und Informationsquellen von Menschen mit AfD-Wahlpräferenz – ein Beitrag zur Radikalisierungsforschung. In: *ZRex – Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung* 1(1-2021): 60–89.
- Schweiger, W. (2017) *Der (des)informierte Bürger im Netz*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- SZ; dpa (2021) 28 Corona-Tote in Pflegeheim: Patientenschützer will Klärung. <https://www.sueddeutsche.de/gesundheit/gesundheitsrudolstadt-28-corona-tote-in-pflegeheim-patientenschuetzer-will-klaerung-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-211208-99-297691> (11.04.2023).
- Terwiel, D.; Förster, A. (2018) Demonstrationen. In: Voigt, R. (Hg.) *Handbuch Staat*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden: 423–430.
- Thüringer Landesamt für Statistik (2023a) Arbeitslose und Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt nach Kreisen ab 2021 in Thüringen. <https://www.statistik.thueringen.de/datenbank/TabAnzeige.asp?tabelle=kr000311> (22.04.2023).
- Thüringer Landesamt für Statistik (2023b) Bevölkerung ab 15 Jahren nach beruflichem Bildungsabschluss, Erwerbsbeteiligung und Geschlecht ab 2020 (Mikrozensus) in Thüringen. <https://www.statistik.thueringen.de/datenbank/TabAnzeige.asp?tabelle=nt010102> (22.04.2023).
- Thüringer Landesamt für Statistik (2023c) Erwerbstätige nach monatlichem Nettoeinkommen und Geschlecht ab 2020 (Mikrozensus) in Thüringen. <https://www.statistik.thueringen.de/datenbank/TabAnzeige.asp?tabelle=zt010128> (22.04.2023).

- Thüringer Landesamt für Statistik (2023d) Erwerbstätige nach normalerweise je Woche geleisteten Arbeitsstunden und Geschlecht ab 2020 (Mikrozensus) in Thüringen. <https://www.statistik.thueringen.de/datenbank/TabAnzeige.asp?tabelle=zt010127||> (22.04.2023).
- Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales (2023) Versammlungslagen im Zusammenhang mit dem sogenannten Heißen Herbst in Thüringen. Drucksache 7/8090. https://parldok.thueringer-land-tag.de/ParlDok/dokument/92804/versammlungslagen_im_zusammenhang_mit_dem_sogenannten_heissen_herbst_in_thueringen.pdf.
- Wierzioch, B.; Kendzia, L. (2022) Spurensuche: Die Thüringer AfD und die Reichsbürger-Szene. <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/reichsbuerger-razzia-afd-kontakte-100~amp.html> (11.04.2023).
- Wudy, L.; Hönig, A.; Kelm, U. (2022) Hauptsache Protest: Was Demonstranten in Thüringen fordern. <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/demos-protest-politik-energiekrise-ukrainekrieg-corona-100.html> (07.06.2023).

Anhang

Anhang 1: Stichprobeninformation

	Zahl der Befragten (abs.)	%
Gesamt	89	
Geschlecht		
männlich	59	66
weiblich	28	32
divers	1	1
Alter		
18-24 Jahre	2	2
25-34 Jahre	1	1
35-44 Jahre	9	10
45-59 Jahre	40	44
60 Jahre und älter	36	40
Nationalität		
deutsch	87	98
Weltbürger	1	1
Bildungsabschluss		
Grund-/Hauptschule	2	2
Realschule (Mittlere Reife)	20	23
Gymnasium (Abitur)	6	7
Ausbildung, brfl. Qualifikation	24	27
Fachhochschule, Universität	36	40
Sonstiges	1	1
Berufsstatus		
Vollzeit (>= 30 h/Woche)	39	44
Teilzeit (< 30 h/Woche)	2	2
selbstständig, freiberuflich	15	17
in Ausbildung oder Studium	2	2
Früh- oder Altersrente	27	30
Hausfrau/-mann; Elternzeit	0	0
erwerbslos/arbeitssuchend	1	1
vermindert oder ganz arbeitsunfähig	0	0
Finanzielle Situation		
sehr schlecht	0	0
eher schlecht	20	23
eher gut	59	66
sehr gut	8	9

	Zahl der Befragten (abs.)	%
Netto Gehalt (monatlich in €)		
weniger als 1000	12	14
1000 – 2000	26	30
2000 – 3000	13	15
3000 – 4000	9	10
über 5000	12	14
Personen im Haushalt		
1	16	18
2	39	44
3	12	14
4	7	8
5	2	2
Wohnstatus		
zur Miete	34	38
Wohneigentum mit Kreditabzahlung	16	18
Wohneigentum ohne Kreditabzahlung	35	40
Sonstiges	2	2
Landkreis		
Altenburger Land	4	5
Erfurt	5	6
Gera	22	25
Greiz	7	8
Ilm-Kreis	1	1
Jena	6	7
Saale-Holzland-Kreis	3	3
Saale-Orla-Kreis	12	14
Saalfeld-Rudolstadt	10	11
Schmalkalden-Meiningen	1	1
Weimar	3	3
Weimarer Land	4	5
Einwohner Wohnort		
weniger als 1000	18	20
1000 – 5000	11	12
5000 – 25.000	14	16
25.000 – 50.000	5	6
50.000 – 100.000	19	21
über 100.000	16	18
Häufigkeit Demoteilnahme in den letzten zwei Jahren		
Nein	12	14
1 – 3 Mal	6	7
Mehr als 3 Mal	69	78

Anhang 2: Ergebnisse

Alle Prozentangaben beziehen sich auf die Gesamtzahl der Teilnehmenden, die 89 beträgt. Der Rest bei Kategorien mit absoluten Summen unter 89, sind fehlende Werte.

"Ich habe an der Veranstaltung teilgenommen, weil ich Kritik an folgenden Dingen habe:"

Zahl der Befragten (abs.) %

Teilnahmegrund (Mehrfachnennung möglich)

Deutsche Sanktionspolitik gegenüber Russland	76	86
Politik der NATO	68	77
Russlands Angriff auf die Ukraine	12	14
Gender-Politik der Bundesregierung	63	71
Corona-Politik der Bundesregierung	83	94
Klima-Politik der Bundesregierung	68	77
Migrationspolitik der Bundesregierung	77	87
Energie-Politik der Bundesregierung	83	94
Wirtschaftspolitik der Bundesregierung	72	81
Sonstiges	26	30

Angaben zu Sonstiges (unverändert):

Wenn einen Kanzler weder interessiert wer Nordstream1/2 gespengt hat, noch wie dies repariert werden kann, wenn eine Außenministerin Länder vor einer imaginären Klima-Katastrophe retten will, die Hunderttausende km entfernt sind und sie weder ihre Wähler interessieren noch ihr Amtseid auf das Land und wenn ein Kinderbuch-Autor als Wirtschaftsminister-Darsteller nicht weiß, was eine Insolvenz ist und eine Uni erst eine Umfrage benötigt, um herauszufinden, was los ist - dann hat dies weder etwas mit Politik noch mit Regierung zu tun, sondern mit einem Narrrenschiff, auf dem die Kapelle (die Medien) noch zum Untergang spielt.

Bevorteilung ukrainischer Flüchtlinge!

Corona Politik, Recht auf Selbstbestimmung

Die Politik der EZB. Gegen die zunehmende Unterwanderung von Organisationen, Medien die durch Finanzgeber wie bspw. die Bill und Melinda-Gates-Stiftung und deren Einflussnahme auf diese. Gegen die Gleichschaltung der Medien durch die Regierung. Gegen Hass und Propaganda. Für eine klare Gewaltentrennung der Judikative, Legislative und Exekutive. Für Freiheit und unsere Grundrechte, die zunehmend beschnitten werden. Für eine friedliche Politik, ohne Waffen bzw. Waffenlieferungen, egal an welche Länder oder Gruppierungen. Für den Austritt aus der Nato. Für einen Friedensvertrag, die vollständige Souveränität und den Abzug aller in Deutschland stationierten Militärs, aufgestellten Waffen auswärtiger Staaten. Gegen die Inflationspolitik, die durch diese amtierende Regierung hausgemacht ist. Für eine Parteienlandschaft, die Ihre Grundwerte noch kennen und gegen jeglichen Lobbyismus moralloser Politiker und Lakaien."

Die Verlogenheit der Medien und der Blockparteien in den letzten 20 Jahren.
Die offen zur Schau gestellten Arroganz der Medien und Regierenden.
Lobbyismus bis hin zur Korruption und Günstlingwirtschaft.

Die Wahl bzw. Nichtwahl unseres MP.

diese Regierung ist unser Ende

Ein NEWfaschismus ist an der Macht.

Eingeschrenkte Meinungsfreiheit/ Staatlich gesteuerte Medien und Presse/ für
Neuwahlen Land und Bund!

Es ist bereits mehr als 5 vor 12 ... und kaum noch aufzuhalten, wo unser ehe-
mals schönes reiches Land hindriftet.

Es ist befremdlich, wie wenig Menschen 1+1 zusammenrechnen können und
sich immer noch viel zu wenige wundern oder fragen,
wo die derzeitige Politik hinführt. Viele können sich nicht vorstellen, dass wir
absichtlich belogen und betrogen werden.

Die öffentlich staatlich finanzierte Berichterstattung ist Propaganda aufs Ver-
werflichste und Verdummung der Menschen.

es werden Grundrechte aufgehoben, die Bevölkerung wird gespalten, die Medi-
en berichten nur im Sinne der Politik, der Krieg hätte durch den Westen (USA,
NATO, Europa) durch eine ehrlichere Politik gegenüber Russland verhindert
werden können, die Medien und Politiker betreiben Kriegspropaganda, durch
schlechte Politik werden unglaubliche Schulden aufgenommen, unter denen
die Menschen jetzt und die nachfolgenden Generationen zu leiden haben

Es zeigt sich immer mehr : Wer grün wählt, wählt den Untergang!

Für ein unabhängis souveränes Deutschland

für Frieden in Europa und der Welt, für die Selbstbestimmung (Gesundheit etc.)
und eine uneingeschränkte Meinungsfreiheit

gegen Bevormundung, Leid der Kinder

schlechte Bildungspolitik

gegen Vetternwirtschaft, Korruption in allen Ebenen hoch bis zur Politik

gegen Propaganda mit Hilfe der Medien

Hauptgründe: Existenz unserer Kinder durch Coronamaßnahmen bedroht,
drohende Impfpflicht, Einwanderungspolitik führt ins Chaos

Ich kämpfe auch dafür, dass der Bundestag verkleinert und die Diäten reduziert
werden.

Auch ist es unerträglich zu sehen, dass ständig eine absolute Minderheit an
Bundestagsmitgliedern an den Bundestagsveranstaltungen teilnehmen und
dann auch noch Abstimmungen vornehmen.

Redner der AfD und anderen demokratisch gewählten Parteien werden perma-
nent in ihren Reden gestört, obwohl diese Klartext und vielen Menschen aus
dem Herzen sprechen.

illegale Einwanderung Plünderung der Sozialsysteme

Keine Frage nach Kritik an Medienpolitik?

Menschen ohne berufliche Qualifikation über das Land entscheiden

Pflege- und Behindertenpolitik. Wie alte und behinderte Menschen in diesem Land vergessen werden ist erbärmlich.

Schulpolitik, Gesundheitswesen

Waffenlieferungen an die Ukraine/Ukraine-Einwanderung!

Waffenlieferungen in Kriegsgebiete

wegen der Verletzung des Amtseides der Bundesregierung "Schaden von deutschen Volk abzuwenden". Zu Beginn des Krieges hat sich Kanzler Scholz noch darauf berufen, jetzt wo wir Waffen liefern, sagt er es nicht mehr.

Zahl der Befragten (abs.) %

"Was ist Ihre Quelle für tagesaktuelle Themen und Ereignisse?"

Social Media	29	33
Instant-Messaging-Dienste	55	62
Freund/Familie/Bekannte	50	57
öffentlich-rechtliche Medien	42	48
private Fernseh- und Radiosender	14	16
überregionale Zeitungen	18	20
regionale Zeitungen	26	29
Videoplattformen	25	28
alternative Nachrichten-Seiten	53	60
Sonstiges	12	14

Teilnahmegrund zu Sonstiges:

Arbeitskollegen

Individuelle Informationssuche, und ein Kopf nicht nur zum Haare schneiden

internationale (meist englisch sprachige) Original-Quellen, wie Wissenschafts-Journale, unzensurierte Social Media da ich selbst denken kann und dies nicht Journalisten überlassen muss

Internet

Nachdenkseiten

Onlinedienste

Pers. und Kontakte u. Medien im Ausland

Recherchen im Netz zur Nachvollziehung ob wahr oder falsch recherchiert, also zur Wahrheitsfindung

reitschuster.de ; Vera lengsfeld Newsletter

Sehen-Hören- Erleben und durch den gesunden Menschenverstand

Staatsmedien, außer dem Wetterbericht, spielen keine Rolle mehr.

Twitter

Zahl der Befragten (abs.) %

Wodurch sind Sie auf die heutige Demonstration aufmerksam geworden?

Social Media	4	5
Instant-Messaging-Dienste	13	15
Flyer/Plakate	3	3
mediale Berichterstattung	4	5
durch Freunde und Bekannte	43	48
Zufall/spontan	3	3
Sonstiges	14	16

Folgende Angaben wurden als Teilnahmegrund zu Sonstiges angegeben:

Allgemein bekannt, dass Montags auf die Straße gegangen wird (bereits in der DDR)

Bekannte, regelmäßig wiederkehrende Termine

die Handlungsunfähigkeit der Bürger als quasi Zuschauer.

Durch soziale Medien und andere Menschen.

Es ist mir ein Bedürfnis, jeden Montag gemeinsam mit Gleichgesinnten gegen das viele Unrecht im Land auf die Straße zu gehen.

Ich gehe jede Woche mit.

Ich lebe in einer kleinen Stadt, da spricht sich das rum.

Ich war vor 3 Jahren einer der ersten Spaziergänger.... Ohne pestmaske

Ist immer Montags....

leider nicht durch die Tagespresse (OTZ) wie es zu wünschen wäre!!!!

Mitstreiter der ersten Stunde

Sie ist Regelmäßig 😊

Sorry, muss ich überlesen haben, dass es um eine bestimmte Demo geht

weiol diese jeden Montag statt finden

Medienvertrauen

Zahl der Befragten (abs.) %

"Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?"

Ich fühle mich in den Medien mit meinen Problemen repräsentiert.

gar nicht	65	73
eher nicht	21	24
eher	0	0
voll und ganz	1	1

Ich nehme die gesellschaftlichen Umstände in meinem persönlichen Umfeld anders wahr als sie in den Medien dargestellt werden.

gar nicht	2	2
eher nicht	1	1
eher	18	20
voll und ganz	67	75

Die Themen, die mir wichtig sind, werden von den Medien ernst genommen.

gar nicht	53	60
eher nicht	34	38
eher	0	0
voll und ganz	0	0

Die Meinungen, die die Medien vertreten, sind ganz anders als meine Eigenen.

gar nicht	3	3
eher nicht	1	1
eher	25	28
voll und ganz	59	66

Die Medien und die Politik arbeiten Hand in Hand, um die Meinung der Bevölkerung zu manipulieren.

gar nicht	1	1
eher nicht	0	0
eher	15	17
voll und ganz	72	81

Zukunftssorgen

Zahl der Befragten (abs.) %

*"Wenn ich an meine Zukunft denke,
mache ich mir verstärkt Sorgen..."*

...um meine aktuelle wirtschaftliche Situation.

gar nicht	2	2
eher nicht	18	20
eher	23	26
voll und ganz	43	48

...um meine eigene Altersversorgung.

gar nicht	3	3
eher nicht	10	11
eher	29	33
voll und ganz	47	53

...um den Schutz der Umwelt in Deutschland.

gar nicht	7	8
eher nicht	34	38
eher	25	28
voll und ganz	17	19

...über die Folgen des Klimawandels.

gar nicht	24	27
eher nicht	40	45
eher	14	16
voll und ganz	5	6

...über die Erhaltung des Friedens in Europa.

gar nicht	1	1
eher nicht	1	1
eher	21	24
voll und ganz	66	74

...um den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft.

gar nicht	0	0
eher nicht	3	3
eher	18	20
voll und ganz	68	76

	Zahl der Befragten (abs.)	%
...über die Zuwanderung nach Deutschland.		
gar nicht	1	1
eher nicht	1	1
eher	16	18
voll und ganz	69	78
...über Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass in Deutschland.		
gar nicht	16	18
eher nicht	41	46
eher	24	27
voll und ganz	5	6
...dass ich mit dem technischen Fortschritt und der Digitalisierung nicht mehr mithalten kann.		
gar nicht	30	34
eher nicht	39	44
eher	16	18
voll und ganz	3	3
Nur wenn Sie erwerbstätig sind: Um die Sicherheit meines Arbeitsplatzes		
gar nicht	9	10
eher nicht	15	17
eher	18	20
voll und ganz	16	18
<i>"Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?"</i>		
Mich besorgt der Verlust von Werten und Traditionen, die uns als Deutsche ausmachen.		
gar nicht	1	1
eher nicht	4	5
eher	21	24
voll und ganz	63	71
Mich besorgt, dass ich mich in meinem eigenen Land nicht mehr zuhause fühlen kann, da wir zu unterschiedlich geworden sind (Meinungen, Herkunft, Religion, Werte).		
gar nicht	2	2
eher nicht	14	16
eher	26	29
voll und ganz	46	52

Zahl der Befragten (abs.) %

*"Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?"***Mich besorgt, dass sich Menschen heutzutage mehr um ihre eigenen Belange als um die der Gemeinschaft zu kümmern.**

gar nicht	1	1
eher nicht	18	20
eher	43	48
voll und ganz	27	30

Mich besorgt, dass Politiker nicht im Interesse des Volkes handeln.

gar nicht	0	0
eher nicht	0	0
eher	6	7
voll und ganz	83	93

Mich besorgt, dass Deutschland durch die Mitgliedschaft in der EU an Entscheidungsmacht verloren hat.

gar nicht	1	1
eher nicht	5	6
eher	32	36
voll und ganz	50	56

Mich besorgt, dass unbequeme Meinungen gesellschaftlich nicht gewünscht sind.

gar nicht	0	0
eher nicht	0	0
eher	8	9
voll und ganz	81	91

Mich besorgt, dass Deutschland an Wirtschaftskraft verliert

gar nicht	0	0
eher nicht	0	0
eher	20	23
voll und ganz	68	77

	Zahl der Befragten (abs.)	%
Ich befürchte, dass ich meinen derzeitigen Lebensstandard nicht halten kann.		
gar nicht	3	3
eher nicht	9	10
eher	35	39
voll und ganz	41	46

"Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?"

Mich besorgt, dass der Staat seiner Verantwortung für (innere und äußere) Sicherheit gegenüber den Bürgern nicht gerecht wird.

gar nicht	3	3
eher nicht	1	1
eher	16	18
voll und ganz	69	78

Mich besorgt, dass ich mich auf den Straßen meiner Stadt zunehmend unsicher fühle.

gar nicht	5	6
eher nicht	12	14
eher	34	38
voll und ganz	37	42

Politische Einstellungen

Zahl der Befragten (abs.) %

"Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?"

Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.

Lehne ich völlig ab	2	2
Lehne ich überwiegend ab	8	9
Stimme überwiegend zu	30	34
Stimme voll und ganz zu	46	52

Zahl der Befragten (abs.) %

In den aktuellen Krisen sehe ich eine große Gefahr für die demokratischen Grundrechte.

Lehne ich völlig ab	1	1
Lehne ich überwiegend ab	2	2
Stimme überwiegend zu	22	25
Stimme voll und ganz zu	64	72

In den aktuellen Krisen sehe ich eine große Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Lehne ich völlig ab	0	0
Lehne ich überwiegend ab	2	2
Stimme überwiegend zu	36	40
Stimme voll und ganz zu	50	56

Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.

Lehne ich völlig ab	0	0
Lehne ich überwiegend ab	0	0
Stimme überwiegend zu	26	29
Stimme voll und ganz zu	63	71

Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.

Lehne ich völlig ab	5	6
Lehne ich überwiegend ab	14	16
Stimme überwiegend zu	39	44
Stimme voll und ganz zu	30	34

In unserer Demokratie werden die Anliegen der Menschen nicht mehr wirksam vertreten.

Lehne ich völlig ab	0	0
Lehne ich überwiegend ab	0	0
Stimme überwiegend zu	20	22
Stimme voll und ganz zu	68	76

Ich kann politische Fragen gut verstehen und einschätzen.

Lehne ich völlig ab	2	2
Lehne ich überwiegend ab	4	4
Stimme überwiegend zu	43	48
Stimme voll und ganz zu	40	45

Institutionsvertrauen

Zahl der Befragten (abs.) %

*"Wie sehr vertrauen Sie..."***der Landesregierung in Thüringen?**

gar nicht	39	44
eher nicht	38	43
teilweise	11	12
eher	1	1
voll und ganz	0	0

der Bundesregierung?

gar nicht	72	81
eher nicht	13	15
teilweise	2	2
eher	0	0
voll und ganz	0	0

den öffentlich-rechtlichen Medien?

gar nicht	60	67
eher nicht	26	29
teilweise	3	3
eher	0	0
voll und ganz	0	0

den privaten Medien?

gar nicht	28	31
eher nicht	21	24
teilweise	30	34
eher	6	7
voll und ganz	0	0

der Wissenschaft?

gar nicht	8	9
eher nicht	10	11
teilweise	40	45
eher	25	28
voll und ganz	5	6

der Opposition in den Parlamenten?

gar nicht	7	8
eher nicht	18	20
teilweise	29	33
eher	31	35
voll und ganz	4	4

Zahl der Befragten (abs.) %

*"Wie sehr vertrauen Sie..."***der Polizei?**

gar nicht	11	12
eher nicht	21	24
teilweise	29	33
eher	24	27
voll und ganz	3	3

den Gerichten?

gar nicht	16	18
eher nicht	33	37
teilweise	30	34
eher	7	8
voll und ganz	1	1

Zahl der Befragten (abs.) %

*"Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?"***Ich fühle mich als Mensch zweiter Klasse**

Lehne ich völlig ab	9	10
Lehne ich überwiegend ab	24	27
Stimme überwiegend zu	33	37
Stimme voll und ganz zu	22	25

Meine Rechte bestehen nur auf dem Papier.

Lehne ich völlig ab	1	1
Lehne ich überwiegend ab	12	13
Stimme überwiegend zu	47	53
Stimme voll und ganz zu	28	32

Ich fühle mich im Umgang mit den Behörden ausgeliefert.

Lehne ich völlig ab	2	2
Lehne ich überwiegend ab	12	13
Stimme überwiegend zu	49	55
Stimme voll und ganz zu	23	26

Die Demokratie ist die beste aller Staatsideen.

Lehne ich völlig ab	2	2
Lehne ich überwiegend ab	19	21
Stimme überwiegend zu	40	45
Stimme voll und ganz zu	25	28

Zahl der Befragten (abs.) %

Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie alles in allem mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland funktioniert?

Sehr unzufrieden	43	48
Eher unzufrieden	44	49
Eher zufrieden	2	2
Sehr zufrieden	0	0

"Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?"

Politische Teilhabe: Mich besorgt, dass es weniger Möglichkeiten für politische Beteiligung gibt.

gar nicht	2	2
eher nicht	18	20
eher	37	42
voll und ganz	31	35

Politische Teilhabe: Mich besorgt, dass meine politische Beteiligung wenig Auswirkung auf die Politik hat.

gar nicht	1	1
eher nicht	2	2
eher	35	39
voll und ganz	51	57

Anmerkungen

Die größte Gefahr für dieses Land geht von rechts aus
die Berichterstattung, der sogenannten öffentlich rechtlichen

5er Skala mit Neutralitätswert angebrachter. Closed end Fragen bzw Aussagen teilweise biased.

Als Mensch 2. Klasse fühlte ich mich als nicht gegen Covid Geimpfte zwischenzeitlich definitiv. Die Diskriminierung und Ausgrenzung haben in meinem Glauben an eine gelebte Demokratie mit einem Minderheitenschutz in unserem Land und dem Recht auf freie Meinungsäußerung schwer erschüttert.

Bei der Frage nach den Medien wurde nicht konkretisiert, welche Medien gemeint sind. Antworten beziehen sich auf MSM.

Ich bin davon ausgegangen, dass die Demokratiefragen sich auf die parlamentarische Parteiendemokratie beziehen. Demokratie kann ansonsten auch etwas Gutes sein.

Bin ein Freund der Demokratie, mich erschreckt die Inkompetenz von Rotgrün in fast allen Politikfeldern aber vor Allem bei Migration, Klima, Wirtschaft, Gesundheit und Energie.

Werde deswegen als Verfassungsfeind und Nazi beschimpft. Das werde ich diesem Pack nie vergessen.

Demokratie nach Schweizer Vorbild nötig.
EU neu strukturieren.

Deutschland muß wieder souverän werden, was es derzeit nicht ist, weil die Siegermächte vorne an die USA uns immer noch negativ beeinflusst. Das Parteiensystem muß reformiert oder abgeschafft werden. Es ist Zeit für Bürgerbewegungen und Personen die Kenntnisse erlernt haben in den Bereichen ihrer Politik, nicht wie jetzt wo ungelernete Nichtsnutze ohne Schulabschluss ein Land in den Untergang führen. Die ganze Welt lacht über uns und ist entsetzt was aus einst dem stolzen Deutschland geworden ist. Welches Land soll den ganz schwachen Ländern helfen, wenn wir am Boden liegen? Die USA der Drahtzieher des ganzen, ganz bestimmt nicht!

Liebe Studenten, eines gebe ich Euch mit auf den Weg, seid immer auf der Hut und nehmt alles war, und bedenkt, die Kriminellen schieben ihre Untaten immer anderen zu. Noch einwas, die Wahrheit braucht ein schnelles Pferd!

Danke für das Interesse an unseren Protest

Die Regierung, ob Landes oder Bundespolitik hat ihre Aufgabe in den letzten 30 Jahren total verschoben.

Finde gut , das es solche Umfragen gibt. Habe etwas Angst ,das ehrliche Meinungen unerwünscht sind und zu Nachteilen führen kann

gut

Ich bin kein Rechtsradikaler, Impfgegner, Verschwörungstheoretiker, Aluhutträger oder Ausländerfeind, nur weil ich anderer Meinung bin als die politisch/mediale konforme Meinung und an den Montagsdemonstrationen teilnehme.

Ich gehe auf die Strasse nicht für mich, sondern für die nächsten Generationen. Das was heute politische umgesetzt wird, artet in eine Katastrophe für unsere Kinder aus. Wer soll das eines Tages mal bezahlen und das Leben noch für lebenswert halten. Der Wohlstand wird geopfert und Schaden von eigenen Volk nicht abgewendet.

Millionen werden für Dinge ausgegeben oder verschleudert, die uns weder nützen noch nachhaltig sind, wo an anderen Ecken das Geld für Schulen, Kindergärten, Wohnungen und Infrastruktur fehlen. Abgeordnete und Minister müssen für Ihre Entscheidungen haftbar gemacht werden!

Ich hoffe hier auf eine vorurteilsfreie Analyse ohne das übliche Rechts-Framing.

Ich halte die Rechts-Links-Spaltung nicht mehr für zeitgemäß.

Ich vertraue der Wissenschaft schon, aber nur, wenn sie nicht von den öffentlichen Medien oder der Bundesregierung publiziert wird.

In diesem Land funktioniert ausser der Ausbeutung des Arbeitnehmers nichts mehr....

Kurzer Gedanke zur Rechtsstaatlichkeit: Ich bin kein Nazi oder NSU Anhänger!!! Aber: Beate Tschäpe konnte man in k e i n e m Fall nachweisen an auch nur einem Tatort gewesen zu sein! - in dubio pro reo! Das war eindeutig Rechtsbeugung, und keiner stört sich daran!

Meiner Meinung nach leben wir nicht mehr in einer Demokratie.

Nein

Normalerweise sollte Wissenschaft objektiv unabhängig sein. Leider ist in den letzten Jahren zunehmend daraus eine Propaganda-/Gefälligkeitswissenschaft entstanden, so das ich dieser auch nicht mehr vertrauen kann.

Mich besorgt der mögliche Mißbrauch dieser Umfrage.

Wenn Sie nach Demokratie fragen, entspricht dies der Definition nach Karl Popper, "als der Möglichkeit die Herrschenden unblutig abzulösen"? Oder entspricht dies der Praxis, dass:

- Eine Wahl in Thüringen durch die Kanzlerin rückgängig gemacht werden kann, indem intern in der FDP Druck ausgeübt wird und die sogenannte Antifa den gewählten Ministerpräsidenten und dessen Familie bedroht?

- Ein von der Kanzlerin als Vorsitzender des BVG eingesetzter Parteigenosse vor einer wichtigen Entscheidung im Kanzleramt diniert?

- das die Staatsanwaltschaften nicht unabhängig sind, sondern den Ministerien (damit den Regierungs-Parteien) unterstellt sind, was selbst die EUI kritisiert?

- Dass immer mehr Befugnisse an die EU angegeben werden, deren Chefs noch nie demokratisch gewählt, sondern (von wem?) eingesetzt sind?

- Was würden Sie davon halten, wenn all dies in Ungarn passieren würde?

- Was halten Sie davon, wenn das Grundgesetz durch ein Infektionsschutzgesetz ausgehebelt werden kann, für eine Krankheit, die ein Mann (Bill Gates) der Ostern 2020 in der ARD verkündete 7 Mrd. Menschen impfen zu wollen, diese Krankheit Anfang 2023 in Harvard mit der "Infektionssterblichkeit einer Grippe, nur etwas anders" vergleicht?

- Was halten Sie davon, wenn Kinder mit Masken traktiert werden, für die es keinerlei Evidenz gibt und über die ein Prof. Drosten noch im Febr. 2020 im RBB sagte "diese helfen nicht, die Daten sind nicht gut"?

- Was halten Sie davon, wenn Politiker die Menschen (aus Solidarität, die nichts mit Medizin zu tun hat) überreden und zwingen eine völlig neuartige mRNA-Impfung auch gegen ihren Willen zu akzeptieren, die nur eine Notzulassung hat und die auf der Website des NIH (National Institute of Health) als "utilisation of a gene-therapy application beschrieben wird?

- Was ist für Sie Wissenschaft? Wenn von der Regierung besoldete oder von Milliardären (wie Bill Gates) gesponserte staatliche Einrichtungen oder Medien (RKI, Charite, Spiegel, ... uvm. s. Website der Gates Foundation/ donations) ihre Statements abgeben?

Oder ist es Wissenschaft, wenn alle relevanten Fachleute/Seiten in jeden relevanten Diskurs einbezogen werden?

Gibt es für Sie in den Naturwissenschaften (wie Klima) einen (vorgeblichen) Konsens, oder zählt dort allein der (empirische) Beweis?

Sollte es in Deutschland eine Ministerin (Claudia Roth) geben, die 2015 hinter einem Plakat der Antifa herlief auf dem stand "Deutschland du mieses Stück Scheiße, Deutschland verrecke" und die es nicht für nötig hielt, sich davon zu distanzieren? Was halten Sie von einer Mainstream-Presse, die dies nicht thematisiert und von einem Bundestag, in dem sie Vize sein durfte?

- Welche Erwartungen haben Sie an eine Regierung bei der all dies möglich ist? Was leiten Sie daraus für die wirtschaftliche Entwicklung ab? Was leiten Sie daraus für ihre eigene Perspektive ab?

And last but not least: Wozu brauchen wir Universitäten, in denen das Gendern wichtiger ist, als der dialektische Meinungsstreit. Finden Sie, dass dies ausgerechnet unter dem Namen von "Friedrich Schiller" einen würdigen Platz findet? Falls ja, dann machen Sie weiter so. Falls nein, dann raus auf die Straße. Ihren Kindern und Enkel zuliebe.



Zentrum für Rechtsextremismusforschung,
Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration
der Friedrich-Schiller-Universität Jena

Humboldtstraße 11, 07743 Jena

www.komrex.uni-jena.de

Gefördert durch:

